DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

72 7. JAHRGANG September '90 5,00 DM

„ENDE DER EISZEIT" ?

Entwurf für eine Alternativen-Versammlung

Auf dem diesjährigen Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie im „Jugendzentrum Bahnhof Göhrde", veranstaltet in Kooperation mit dem Buntstift e.V., legte Rolf Schwendter den nachfolgend dokumentierten „Entwurf" zur Diskussion vor.

Rolf Schwendter, Redaktion Heidelberg ● Ich weiß, ich habe gute Chancen, mich wieder einmal unbeliebt zu machen. Aber das mir undurchschaubare Gerangel bald jedes größeren Projektzusammenhangs gegen jeden anderen, das geradezu zum Gegenteil der in Worten angestrebten Vernetzung geführt hat, veranlaßt mich, einen Vorschlag zu machen, der so einfach ist, daß es mich wundert, ihn nicht schon bisher gelesen zu haben.

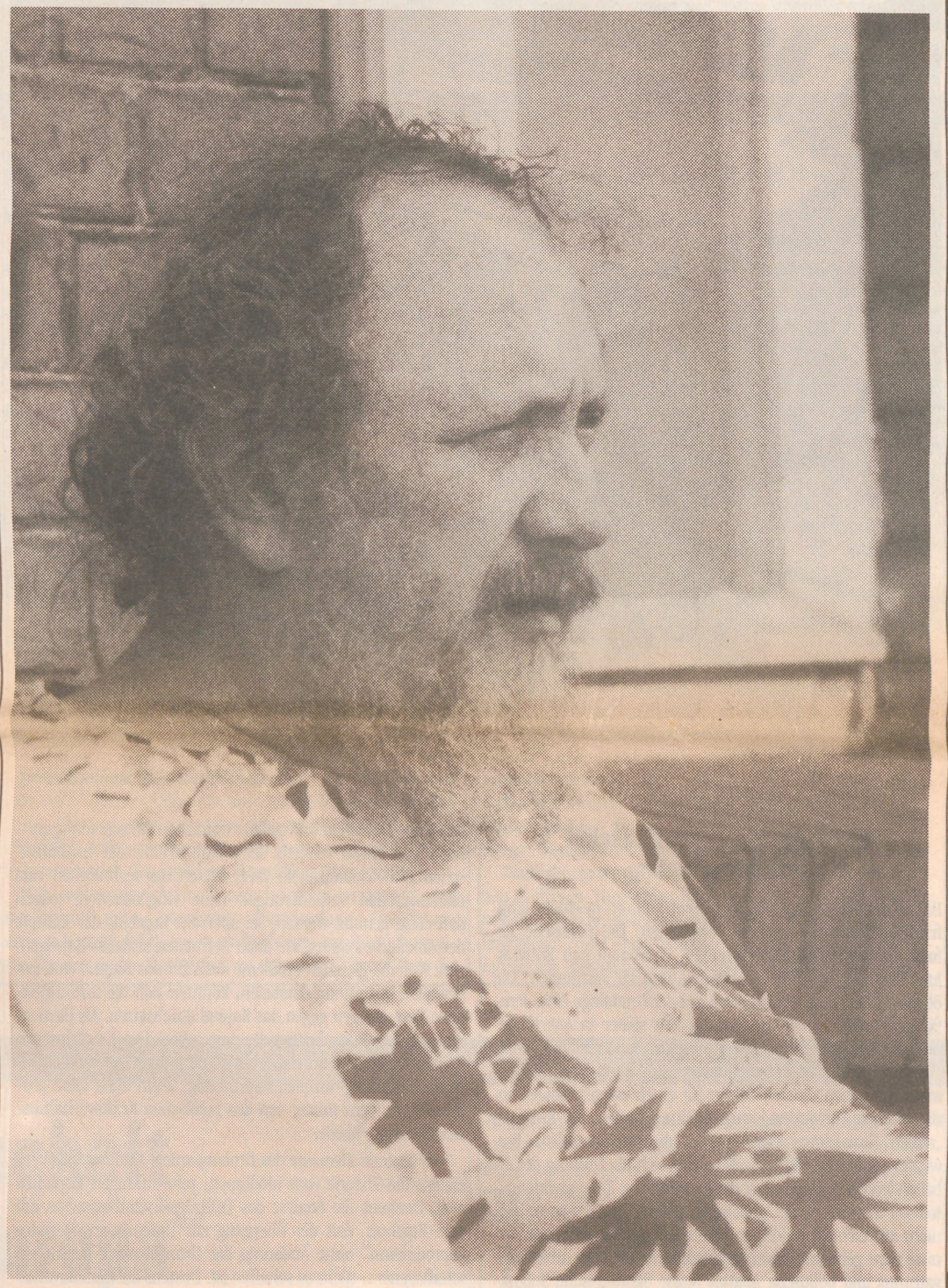
Der nahezu schon zur Routine gewordene Streit um die Entstehung so gut wie jedes größeren alternativen Projekts seit 1975 (von „Emma" über die taz und Netzwerk Selbsthilfe bis hin zur Ökobank), die ständig sich umgruppierenden Clinch-Kombinationen, welche eher an Team-Matches im Freistilringen erinnerten denn an solidarische Kooperation,der vorläufige Höhepunkt dieses im Raufhandel um das „Ende der Eiszeit", der diesen Arbeitstitel gründlich Lügen gestraft hat, haben mich zur Formulierung vorliegender Provokation geführt.

Und die Provokation ist als solche durchaus gemeint – wenngleich sie nicht einen Kabarettabend beinhaltet, sondern *einen völlig ernstgemeinten Vorschlag.*

Dabei gehe ich von folgenden Tendenzen aus, die meines Erachtens in den alternativen Bewegungen der Selbstverwaltung zwischenzeitlich zu Fakten geworden sind:

○ keine einzige alternative Einrichtung der Selbstverwaltung, soweit sie dies überhaupt angestrebt hat (die Mehrzahl tat dies bekanntlich nie), hat es geschafft, zum übergreifenden Diskussionsknoten alternativer Ökonomie zu werden. (Siehe die Diskussionen um Netzwerk Selbsthilfe und ihre Bundesarbeitsgemeinschaft, um „CONTRASTE", um ICGA, um „Ende der Eiszeit", um die Ökobank-Unterstützungsvereine).
Von kleinen und somit notwendigerweise an dem Gerangel wenig interessierten Gruppen abgesehen, ist davon auszugehen, daß derzeit das Streben nach Selbstverwaltung sichin ein Ensemble von miteinander konkurrierenden, einander häufig ausgrenzenden Teilinteressen aufgelöst hat. (Dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK – TAKAÖ – etwa ist es nie um seine eigene Hegemonie, sondern um die Hegemonie der Selbstverwaltung gegangen.Folglich hat er nie eine Position ausgegrenzt – bei allen genannten Konflikten waren seine Mitglieder denn auch auf beiden Seiten zu finden. Doch hat eine Gruppe mit einem Verteiler von 300-500 Personen, von welchen je 20-50 an den Treffen teilnehmen(und nur ausnahmsweise 150), hier ihre notwendigen und sinnvollen Grenzen).

Fortsetzung auf Seite 3



Sommerseminar 1990 , Rolf Schwendter — Foto: TAKAÖ-Archiv

AUS DEM INHALT:

MYTHOS KIBBUZ

Die Bilder der brutalen Unterdrückung des palistinänsischen Volkes durch den israelischen Staat sind wohlbekannt, dennoch wird zu diesen Verbrechen größtenteils geschwiegen. Die jüngsten Ereignisse um Irak und Kuwait gelten als Beweis der arabischen Bedrohung, Israel hat als westlicher Stützpunkt seine Funktion – und gilt als Rechtstaat. Das Palästina Komittee Heidelberg will in seinem Beitrag »Mythos Kibbuz« darstellen, daß die Siedlungsform der Kibbuzim in diesen Zusammenhängen keine sozialistische Lebensform darstellen kann, sondern als Teil eines kolonialistischen Staates gesehen werden muß.
Näheres siehe Seite 11.

TELEKOMMUNIKATION

Auf einem Treffen Ende Juli beschäftigten sich die Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft mit den Folgen der Einführung des computerlesbaren Sozialversicherungsausweis und dem flächendeckenden Einsatz von Kartentelefonen. Es geht ihnen darum, Bewußtsein für die zunehmende Computerüberwachung zu schaffen und Strategien zur Gegenwehr zu entwickeln.
Ein Bericht auf Seite 5.

BERLIN - POTSDAMER PLATZ

Ins Licht der Öffentlichkeit geraten ist die fragwürdige Ansiedlung von Daimler Benz auf einem der zentralsten Plätze Berlins, dem Potsdamer Platz.
Was es eigentlich heißt, wenn eine Stadt derart wertvollen Grund und Boden auf diese Weise »verschleudert«, stellt Klaus Schmitt in seinem Beitrag dar.
Als Alternative zu solcher, bei uns üblicher Spekulation stellt er die dänische Bodenwertsteuer vor.
Siehe Seite 12.

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Allein in Ostberlin gibt es zehnmal soviel Produktionsgenossenschaften wie in der gesamten Bundesrepublik. In welcher Form diese Betriebe nun aber weiterexistieren können, ist noch unklar. Auflösen, Umwandeln oder Neugründen, das ist die Frage!
Ein Beitrag auf Seite 6.

BINNENMARKT UND BANANEN

Einheitliche Importregelungen für den EG-Binnenmarkt zu schaffen, wird noch zu einigen Problemen führen.
Ein Beispiel hierfür ist der Bananenimport, der in den einzelnen EG-Staaten sehr unterschiedlich geregelt ist. Während bei uns der Markt mit »Dollar-Bananen« überschwemmt wird, unterliegen diese in anderen Ländern harten Einfuhrbeschränkungen.
Näheres siehe Seite 5.

AUSSERDEM

● Berichte aus Betrieben in der BRD und der DDR
Seite 9.
● Frühlingstage in Berlin. Bericht über das Treffen der selbstverwalteten Grafischen Betriebe.
Seite 10.
● Kommunismus: »Sackgassen- und Wahnidee«? Ein Beitrag von Klaus Schmitt
Seite 13.
● Schnöder Mammon: Das verflixte Geld – 9. Folge
Seite 14.

P 8008 E

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

IM RÜCKBLICK – WIRTSCHAFTSREFORMDISKUSSION IN DER DDR, TEIL 1

Die ReformerInnen in der SED-PDS

Vor einem Jahr etwa begann sich die BürgerInnenbewegung in der DDR zu konstituieren, entfaltete eine ungeahnte politische Kraft, setzte grundlegende politische Umwälzungen in Gang, ohne sich auf die Dauer zu einer gesellschaftsbestimmenden Kraft zu formieren.

Thomas Hardwig, Redaktion Göttingen ● Heute erscheinen Fragen nach einer Wirtschaftsreformdiskussion in der DDR ebenso unzeitgemäß wie vor einem Jahr noch die Möglichkeit baldiger deutscher Einheit. So rasch ist die DDR der BRD-Ökonomie einverleibt worden, so schnell erfolgte der völlige Anschluß.

Die Frage nach einer Wirtschaftsreformdebatte wird nicht aus Trotz gestellt. Es geht um die Suche nach dem, was auf der Strecke geblieben ist, ohne eine Chance zu seiner Verwirklichung erhalten zu haben, nach einer Alternative zur administrativ-zentralistischen Staatswirtschaft ebenso wie zur kapitalistischen Ökonomie.

In der offenen geschichtlichen Lage vom Oktober 89 nicht einmal bis zum März 90 dominierten Fragen der politischen Demokratisierung, der Deutschlandpolitik, zuletzt nur noch des Anschlusses. Zwar kamen durch die Öffnung der Grenzen Wirtschaftsfragen sehr massiv zur Sprache, doch nicht im Sinne einer Wirtschaftsreform, sondern als Kampf um Eigenständigkeit und ökonomische Stabilisierung mit dem Rükken zur Wand. Deshalb überrascht es nicht, daß nur wenige Programme, Diskussionen und Konzepte aufzuspüren sind. Aber es hat eine Debatte um die Möglichkeit einer Wirtschaftsreform gegeben.

Im ersten Teil dieses Beitrages werden wir uns mit Reformüberlegungen aus dem Umfeld der heutigen PDS beschäftigen. Teil zwei wird in einer der nächsten Ausgaben der Contraste Wirtschaftsreformvorstellungen der „Vereinigten Linken" und des „Neuen Forums" darstellen.

„UNAUFFÄLLIGER KURSWECHSEL"

Als im November 1988 das Forschungsprojekt „Grundlagen zu einer Theorie des modernen Sozialismus" an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin eingerichtet wurde, entstand ein Arbeitszusammenhang von GesellschaftswissenschaftlerInnen, die über Möglichkeiten einer Reform des DDR-Sozialismus nachdachten, bevor absehbar war, daß dieser seinen 40. Jahrestag nicht überstehen würde. Durch die manifeste Krise des Systems war in bestimmten Grenzen Spielraum für kritische Überlegungen gegeben. Nicht zuletzt die Notizen des ex-FDGB-Chefs Tisch belegen (taz 10.8.89), daß die Führung der SED sich bereits 1977 über das Ausmaß der wirtschaftlichen Katastrophe im Klaren war. Noch die Jahrestagsrede Honekkers (ND 6.10.89) läßt ein verzweifeltes Ringen um einen unauffälligen Kurswechsel erkennen.

Nicht trottelige, skrupellose alte Männer sind schuld am Desaster der DDR-Ökonomie, sondern die fundamentale Blockade des Gesellschaftssystems selbst. Es war in extremer Weise verstaatlicht und bürokratisch vergesellschaftet, so daß mit dem Versuch der Reform der Wirtschaft unmittelbar auch die politische Machtfrage gestellt werden mußte. Die Lehre,die die Herrschenden der DDR aus der Geschichte ihrer Reformversuche gezogen hatten, hieß Reformverzicht. Denn die politischen Kurswechsel setzten in so engen Grenzen Steuerungen der Entwicklung an, daß jeder wirklich qualitative Wandel der Situation ausgeschlossen blieb.

Mit dem umfassenden Umbruch, vor allem in der Sowjetunion aber auch in den anderen staatssozialistischen Ländern, ergab sich die Chance für einen Umgestaltungsprozeß auch in der DDR. Trotz des enormen ökonomischen Problemdrucks blockte der Machtapparat alle Reformbestrebungen ab. Die WissenschaftlerInnen der Humboldt-Uni knüpften an die Perestroika an, versuchten vorsichtig, die Erfahrungen der Umwälzungen in den anderen RGW-Ländern für ihr neues Sozialismusmodell auszuwerten. Dennoch gelang es ihnen nicht, im Frühsommer '89 GesprächspartnerInnen aus dem Apparat zu finden, die sich einer Reformdiskussion gestellt hätten: Die mittleren Ebenen der Partei drückten sich, die Spitze blockte.

Fortsetzung auf Seite 2

FORSETZUNG VON SEITE 1: IM RÜCKBLICK – WIRTSCHAFTSREFORMDISKUSSION IN DER DDR VOM NOVEMBER 1989 BIS ZUM MÄRZ 1990

Die ReformerInnen in der SED-PDS

Noch vor dem Rücktritt des alten Politbüros unter Honecker wendeten sich Mitglieder des „Sozialismusprojektes" an die Parteispitze und damit die Regierung. Sie forderten die SED auf, eine „Erneuerung des sozialistischen Entwicklungsweges" einzuleiten, bevor die kapitalistische Destabilisierungspolitik gegenüber den Ländern des RGW den Erfolg hat, daß eine Reform auf der Basis der sozialistischen Errungenschaften unmöglich werde. Nur eine ernsthafte und umfassende demokratische Erneuerung könne einen qualitativen Wandel der Verhältnisse auslösen und die Stagnation der DDR-Gesellschaft beenden, eine offene Krise vermeiden. Heute wissen wir, daß es im Sommer '89 für eine Reform des administrativ-zentralistischen Sozialismus zu spät war.

Demokratischer Sozialismus

Die Stärke der „Studie zur Gesellschaftstrategie" der Humboldt-ReformerInnen, die in den letzten Oktobertagen in einer zweiten Fassung als „Umbaupapier" veröffentlicht wurde, besteht gerade darin, seine Bedeutung auch durch die zwischenzeitlichen Ereignisse nicht eingebüßt zu haben. Die Konzeption für einen neuen Entwicklungsweg, der später mit Begriffen wie „Demokratischer Sozialismus" oder „Dritter Weg" belegt wurde, bricht mit traditionellen Vorstellungen vom Sozialismus. Hierin ist ein nach vorne weisendes Element enthalten, das festzuhalten wäre. Umgekehrt bietet die Studie rückwärts gewendet einen Einblick in die Blockade des DDR-Systems, läßt Ursachen seines Scheiterns erkennen.

Die Analyse der weltweiten Entwicklung dient als Hintergrund, vor dem Vorschläge zur Reform der DDR-Gesellschaft entwickelt werden. Angenommen wird, daß die tiefgreifenden Wandlungsprozesse auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die gegenwärtig weltweit zu beobachten sind, Ausdruck einer globalen Umbruchsituation sind. Die Produktivkraftentwicklung biete die Möglichkeiten einer universellen Entwicklung, doch die sozialen Formen, in die sie eingebettet seien, führten dazu, daß das ökonomische Wachstum die Naturgrundlagen wie auch die Existenzbedingungen der Menschen zerstöre. Unter der Dominanz des Kapitalprinzips oder allgemeiner des Prinzips der Entwicklung auf Kosten anderer bedeutet der universelle Charakter der Produktivkräfte die Gefahr der universellen Zerstörung. Die bewußte Gestaltung des technischen Fortschritts stelle die Alternative dazu dar, biete die Chance für eine neue weltweite Entwicklungslogik. Diese wird nicht mehr auf der Entwicklung der einen auf Kosten der anderen beruhen, sondern werde als gemeinsame Entwicklung aller Subjekte zu begreifen sein.

Sozialer Fortschritt

Die technische Entwicklung müsse an den sozialen Fortschritt gebunden werden. „Sozialer Fortschritt" bedeutet demnach die Erhöhung der Spielräume für die Entwicklung aller betroffenen Menschen. Als Voraussetzung dafür wird die Entfaltung der Produktivkräfte im Sinne der Steigerung von Effektivität und Produktivität gesehen, damit materielle Möglichkeiten für den gesellschaftlichen Fortschritt gesichert seien. Einzubetten sei die Entwicklung einzelner Regionen in eine demokratische Weltwirtschaftsordnung. „Sozialer Fortschritt heute ist die Verwandlung der Wissenschaft, der sachlichen Reichtumsproduktion, der Kultur und Kommunikation in Mittel der gemeinsamen Entwicklung aller Subjekte der Menschheit." Als Konsequenz aus dieser Idee von Fortschritt steht für die ReformerInnen der Begriff der Demokratie im Zentrum. Sozialer Fortschritt heißt Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche als existentielle Notwendigkeit für den „Fortbestand der Zivilisation".

Demokratisierung als Schlüssel auch zur Lösung von ökonomischen Entwicklungsproblemen, das überrascht vielleicht. Gerade die Reformen in den RGW Ländern zeichnen sich ja nicht durch Demokratisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche aus. Vielmehr wird dort die Reinstallierung eines ungeregelten Marktes als geeignete Lösung angesehen, die Innovationsprobleme der sozialistischen Planwirtschaft zu beheben. Aber dieser Reformpolitik widersprechen die AutorInnen der Studie. Nicht der Markt stelle den Schlüssel zur Innovation dar. Erforderlich sei vielmehr der qualitative Wandel der sozialen Lage. Die Demokratisierung der Gesellschaft soll die Möglichkeit schaffen, daß die Subjekte ihre Interessen einbringen, ihre Selbständigkeit und Eigenverantwortung entwickeln können und die soziale Entwicklung gemeinsam gestalten.

Anzeige

"IST ISRAEL EIN FASCHISTISCHER STAAT ?"

Ansätze zu einer neuen Faschismustheorie

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Eigenständiger sozialistischer Entwicklungsweg

Ihr konkreter Reformvorschlag besteht dahin, in einem langfristigen Prozeß stufenweise vorzugehen: Die politische Reform soll die Möglichkeit schaffen, überhaupt den Entwicklungsweg der Gesellschaft demokratisch zu bestimmen. Die ökonomische Reform wird dann auf der Grundlage eines lernfähigen politischen Systems einige Zeit später in Angriff genommen. In der schnellen unmittelbaren Herstellung eines „freien" Marktes und einer direkten Anbindung an die Weltwirtschaft sehen sie eine Gefahr für einen eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweg. In ihrer Analyse der Krise des „realen" Sozialismus zeigen sie, daß die gesellschaftliche Entwicklungsblockade darin besteht, daß sich die Leistung der Arbeitenden nicht positiv auf die Entwicklung ihrer sozialen Situation auswirkt. Ihre gesellschaftlichen Bedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt, eine Entwicklung der Lebensbedürfnisse wird gehemmt. So fehle das Interesse an der Arbeit; Privatismus und politische Apathie sowie ökonomische Stagnation kennzeichnen die staatssozialistischen Länder. Gesellschaftliche Entwicklung finde im Staatssozialismus nicht dadurch statt, daß Menschen ihre Interessen und Bedürfnisse in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringen oder auf dem Markt zur Geltung bringen, sondern sie wird in starkem Maße staatlich vorgeschrieben und bürokratisch reglementiert. Auf diese Weise stößt die Entwicklung an eine Grenze, weil die Menschen kein unmittelbares Interesse an ihr haben bzw. ihre Interessen nicht einbringen können.

Anstelle der Entwicklung der Bedürfnisse findet eine Steigerung der Mengen an Produkten statt ohne deren qualitative Veränderung, dabei steige der Aufwand an Material und die Folgen der Umweltzerstörung enorm (Beispiel: Trabant – der Grad der Motorisierung der DDR-Gesellschaft ist hoch).

Der Übergang zur „intensiven Produktionsweise", d.h. die Durchsetzung technischen Fortschritts, wie er dem Stand der Produktivkräfte entspräche, mache einen qualitativen Veränderungsprozeß notwendig, der die gesamte Gesellschaft umfaßt: Ausbildung, Arbeitsverhältnisse, Lebensverhältnisse, Technikeinsatz. Der Notwendigkeit im „realen" Sozialismus qualitatives Wirtschaftswachstum und Effektivitätsfortschritte durchzusetzen steht die Blockade der Entwicklung der Subjekte und ihrer Arbeits- und Lebensprozesse gegenüber. Nur mit einer gesellschaftlichen Innovationsstrategie ist ein Übergang zum „intensiv-erweiternden Reproduktionstyp", d.h. zur Durchsetzung des technischen und sozialen Fortschritts zu bewältigen. Diesen Sprung verhinderte die DDR-Gesellschaftsstruktur systematisch.

Reformfähigkeit des Kapitalismus

Den Übergang zur „intensiv-erweiternden Reproduktion" haben die kapitalistischen Zentren seit den 70er Jahren weitgehend bewältigt. Die Humboldt-ReformerInnen machen im „modernen" Kapitalismus eine Tendenz zur Demokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse aus. Diese Tendenz sei nicht Resultat der kapitalistischen Entwicklungslogik. Zwar bieten die technischen und ökonomischen Veränderungen neue Möglichkeiten, jedoch daß diese genutzt werden, sei aber das Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung wie auch der neuen sozialen Bewegungen. Weil die globalen Probleme auch für das Kapital eine existentielle Bedrohung darstellen, könnten sich die fortschrittlichen Bewegungen gegen das Kapital durchsetzen. Als Element des globalen Fortschritts gelte nun neben dem Kapitalprinzip im Kapitalismus zusätzlich das „Sozialprinzip". Der Kapitalismus ist mithin prinzipiell reformfähig, wenn auch diese progressive Tendenz immer von den politischen Kräfteverhältnissen abhängig bleibe.

Als zentrale Elemente des Umbaupapiers sind festzuhalten: erstens die Theorie vom modernen, reformfähigen Kapitalismus. Zweitens die Analyse des DDR-Gesellschaftssystems mit dem Ergebnis, daß der Übergang zur „intensiv-erweiternden Reproduktion" ohne Änderung der Grundstruktur des Gesellschaftssystems nicht zu schaffen ist. Drittens die Demokratisierung als zentraler Inhalt der weltweiten Entwicklung.

Die konkreten Vorschläge einer stufenweisen Reform des DDR-Systems, wie sie im Umbaupapier formuliert wurden, sind bereits im November weitgehend entwertet. Denn die Öffnung der Grenzen setzt die DDR-Wirtschaft sofort der internationalen Konkurrenz aus. Eine Reihenfolge, erst politische Reformen, dann langsame ökonomische Veränderungen, ist unmöglich geworden. Im November formuliert Rainer Land – einer der Verfasser der Studie – noch die Hoffnung, daß die historische Situation genutzt werden kann und die sozialistischen Tendenzen stark genug seien, einen eigenständigen Entwicklungsweg zu beschreiten. Mahnend und warnend fordert er, daß die Reformen schneller sein müßten als die realen Anpassungsprozesse an den kapitalistisch beherrschten Weltmarkt. Im Dezember ist nach Ansicht des gleichen Autors die Chance bereits vertan, weil in der DDR keine organisierende Kraft entstanden war, die eine realutopische Strategie für einen eigenen Weg in einem „Diskurs zwischen Volksbewegung, politisch sich organisierenden Kräften und dem kulturellen und intellektuellen Potential unserer Gesellschaft" hätte erarbeiten können. Es zeigt sich daran, daß eine eigentliche Debatte um einen souveränen DDR-Sozialismus sich auf die kurze Zeit Ende November bis Anfang Dezember eingrenzen läßt.

„...geordnete Übergabe"

In dieser kurzen Zeit zeigte die Studie der Humboldt-Uni und das Eingreifen der ForscherInnen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen breite Wirkung. Bereits die Koalitionsregierung Modrow (ab 17.11.89) greift auf Elemente der Reformüberlegungen zurück. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage setzt die Regierung alles auf eine Politik der Stabilisierung und sucht Finanzierungshilfen im Ausland (u.a. in der BRD). Das Memorandum zur Durchführung der von Modrow angekündigten, langfristig orientierten Wirtschaftsreform wird erst im Februar von Volkskammer und Rundem Tisch verabschiedet. Da ist es auch bereits zu spät für ein begrenzt fortschrittliches Reformziel wie es die „sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft" darstellt. Denn im Kern ist die „Reform" unter der Führung der verwestlichten Blockparteien, der ex SED und dem Runden Tisch nichts anderes als die geordnete Übergabe an die BRD. Über Gestaltungsmöglichkeiten verfügt die Regierung kaum noch. Maßgebliche Ursachen für das Scheitern der Regierungspolitik sind die tiefgreifen Auflösungserscheinungen und Funktionsprobleme der DDR-Ökonomie sowie die Auswirkungen der Liberalisierung des Marktes bei gleichzeitiger unterlassener Wirtschaftshilfeleistungen aus kühlem politischem Kalkül durch das Ausland.

Mit der Installierung der Regierung Modrow verabschiedet sich die SED von der Macht und wandelt sich unter erheblichem Verlust ihrer Mitgliedschaft, durch Auswechseln von Programmatik und Führungskader zur neuen sozialistischen Partei. In der Grundsatzdebatte zu ihrer Formierung nehmen die ReformerInnen der Humboldt-Uni breiten Raum ein: Sie sind in den Diskussionen des Parteitages permanent präsent. Die sich im Dezember artikulierende Mehrheitsströmung ist von ihr deutlich beeinflußt.

Auffällig ist die Durchsetzungskraft und Attraktivität des Reformkonzepts des „Sozialismusprojektes". Es erklärt sich dadurch, daß die ForscherInnen alle als Mitglieder der Universität und der SED im Staatsapparat verankert sind. Die plötzliche Notwendigkeit, Reformkonzeptionen bereitzustellen, verschafft ihnen, die auf bereits existierende Arbeitszusammenhänge und gesellschaftswissenschaftliche Entwürfe zurückgreifen können, einen erheblichen Konkurrenzvorteil und exklusiven Zugang zur politischen Ebene.

Die BürgerInnenbewegung ist hier strukturell und konzeptionell schlechter gestellt. Die Humboldt-ReformerInnen beziehen sich darüberhinaus auf zentrale positiv bewertete Begriffe wie Ökologie, Demokratie, internationale Kooperation und vor allem eine theoretisch reflektierte Form der Faszination des BRD-Kapitalismus in der Theorie des „modernen" Kapitalismus. Insgesamt stellt der Reformentwurf des Umbaupapiers einen riskanten Vermittlungsversuch zwischen der damals wachsenden BürgerInnenbewegung und dem repressiven SED-Zentrum dar.

Begrenzte Mitbestimmung

Das Konzept erleidet einen Bruch mit der Öffnung der Grenzen. Schlagartig sind Grundannahmen nicht mehr stimmig (u.a. die Eigenständigkeit der DDR und die Möglichkeit der kontrollierten Weltmarktöffnung). Die in der Analyse formulierte umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche wird in der jetzt folgenden Praxis in ein Modell begrenzter Mitbestimmung zurückgenommen. Das Modell der „Wirtschafts- und Sozialräte" stellt letztlich nur eine um gesellschaftliche Aufsichtsräte erweiterte Form der Mitbestimmung dar, um z.B. bei Ökologiefragen überbetriebliche Interessen zur Sprache kommen zu lassen. Entscheidungsrechte sollen diese Räte jedoch nur in sehr begrenztem Umfange bekommen, letztlich wird das Sozialprinzip erneut dem Rentabilitätsprinzip untergeordnet, insofern diese Räte wie ein Betriebsrat lediglich Beratungsfunktion ohne Entscheidungskompetenzen erhalten. Die umfassende Demokratisierung findet weder auf der Betriebsebene noch auf der gesellschaftlichen statt: Betriebsräte, Mitbestimmung, Gewerkschaften und politische Parteien stehen im Zentrum des Entwurfs, das Konzept der Wirtschafts- und Sozialräte und auch die Überlegungen, das gesellschaftliche Eigentum zu sichern, sind die einzigen vorsichtigen Elemente einer eigenständigen Perspektive. Zum Schutz des gesellschaftlichen Eigentums wird neben den genannten Mitbestimmungsmitteln eine Gewinnbeteiligung als sinnvoll erachtet, da das „Eigentümerbewußtsein" der Werktätigen nicht ausreichend entwickelt sei. Die ökonomische Reform zielt ab auf einen geregelten Markt, die Vorstellungen von einer „sozial und ökologischen Martwirtschaft" unterscheiden sich nicht klar von sozialdemokratischen Vorstellungen.

Fehlende Basis einer Wirtschaftsreform

Dieser Widerspruch zwischen theoretischer Radikalität des Konzeptes und der Nüchternheit der späteren politischen Programmatik ist stark der Tatsache geschuldet, daß die DDR Gesellschaft sehr bald offenbart, daß real keine Basis für eine wirkliche Wirtschaftsreform vorhanden ist. Dies betrifft selbstverständlich die ökonomische Seite: Verschuldung; volkswirtschaftliche Ungleichgewichte; Zerstörung der Produktionsstruktur; Nachfrageüberhang. Darüberhinaus trägt die ökologische Zerstörung dazu bei, daß die materiellen Spielräume für eine Reform enorm eingeschränkt sind. Viel wesentlicher ist jedoch die Beeinträchtigung der wichtigsten Produktivkraft jeder Gesellschaft, der menschlichen: Individualismus, Privatisierung, Entpolitisierung, fehlende Motivation und Bereitschaft gesellschaftsgestaltend einzugreifen. Nachträglich zeigt sich, daß die Zerstörung der Gesellschaft, die in den letzten Jahren des „realen" Sozialismus offenkundig geworden ist, wesentlich tiefere Wunden geschlagen hat als Optimisten im November noch angenommen hatten. Die Kräfte, die für einen eigenständigen sozialistischen Weg der DDR eingetreten sind, waren schwach. Selbst bei der Verteidigung der sozialen Errungenschaften wird deutlich, wie sehr die Kräfte zur Gestaltung einer gesellschaftlichen Zukunft fehlen. Die Schwierigkeiten, etwa in den Betrieben eine Gegenmachtposition aufzubauen, zeigen dies heute beispielhaft.

Wenn wir sehen, wie der Einfluß der Kräfte im Umfeld der PDS im Frühjahr 90 sinkt, fragt sich, ob andere Kräfte an ihre Seite oder an ihre Stelle treten. Im nächsten Teil untersuchen wir das Reformkonzept von „Bündnis 90" und „Vereinigter Linken". ●

Literaturhinweis: R. Land (Hg.) Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin 1990

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Entwurf für eine Alternativen-Versammlung

○ Es geht nicht darum zu lamentieren, sondern von der festgestellten Verschiedenartigkeit der Interessen auszugehen. Dann jedoch muß ein logischer Ort geschaffen werden, der es sowohl gestattet, die Verschiedenartigkeit der Interessen anzunehmen und auszutragen, als auch im Sinne eines Minimalkonsenses jene Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen, die als solche anerkannt werden können. Zu diesem Zweck schlage ich, im Gegensatz zu Matthias Horx davon ausgehend, daß die Alternative eben erst begonnen hat, die Begründung einer „Alternativen-Versammlung" vor. Gerade in einer geschichtlichen Situation, die durch die Pulverisierung der osteuropäischen Farce eines „realexistierenden Sozialismus" und durch den damit zusammenhängenden vorausschaubaren Machtzuwachs der US-amerikanischen, europäischen und japanischen Konzerne gekennzeichnet ist, kann es sich nicht darum handeln, die Pulverisierung innerhalb der Gesamtheit der alternativen Projekte zu verlängern.

Die Alternativen-Versammlung könnte nach folgenden Normen arbeiten (wobei ich hinzufüge, daß ich diesen Entwurf nicht so libidinös besetze, um nicht anzuerkennen, es gäbe vielleicht wesentlich bessere Phantasien als die vorliegenden):

1. Die AV tagt mindestens einmal jährlich, nach außerordentlich langfristig bekanntgegebenen Terminen. Ansonsten arbeitet sie schriftlich, im Umlaufverfahren, durch Urabstimmungen und mittels anderer Methoden.

2. Rotation kann vereinbart werden, jedoch in nicht zu kurzfristigen Zeiträumen. Eine Änderung der Delegation, deren Vertretung etc. seitens der delegierenden Gruppen und Verbände ist jederzeit möglich.

3. In allen grundsätzlichen Fragen gilt das Konsensprinzip. Es kann vereinbart werden, daß Meinungsbilder, die nach dem Mehrheitsprinzip erfolgen, durch Urabstimmung bestätigt zu werden haben. Außerdem gilt das Prinzip der methodischen Vielfalt: Methoden der Konfliktbearbeitung und Entscheidungsfindung werden im Wechsel genutzt.

4. Je eine/n Delegierte/n stellen auf je begonnene 50 Mitgliedsprojekte die folgenden Verbände:
- alle Branchenverbände im gewerblichen, sozialen, kulturellen und politischen Bereich
- alle branchenübergreifenden Landesverbände
- alle im alternativen Bereich tätigen Richtungsverbände

5. Weiter entsenden eine/n Delegierte/n:
- alle im alternativen Bereich tätigen Stiftungen,Ökofonds, sowie die BAG Netzwerk Selbsthilfe.
- zusätzlich alle Netzwerke Selbsthilfe mit mehr als 300 Mitgliedern
- alle Großprojekte (als solche gelten Projekte mit mehr als 100 hauptamtlichen Personen oder mit einer Bilanzsumme von über 5 Mio. Mark im Jahr)
- eine übergreifende Kurie aller derjenigen, die keiner der bislang genannten Gruppen zweifelsfrei zuzuordnen sind, kann vereinbart werden
- Gruppen und Projekte, die vereinbarte Gemeinschaftsaufgaben im Sinne von 10. wahrnehmen.

6. Quotierung beider Geschlechter jeweils zur Hälfte ist angestrebt. Für den Fall, daß sich aus den Delegationsverfahren im Sinne von 4. und 5. keine zahlenmäßige Gleichheit von männlichen und weiblichen Delegierten ergibt, wird zur Herstellung dieser folgendes Verfahrten vorgeschlagen:
Jede delegationsbrechtigte Gruppierung nominiert zusätzlich für jede/n Delegierte/n eine/n Vertreter/in des je entgegengesetzten Geschlechts.(Ausnahmen bilden hierbei die Branchen- und Richtungsverbände, Stiftungen und Großprojekte, die ausschließlich aus Frauen-oder Männergruppen bestehen). Aus der daraus erstellten Liste aller VertreterInnen des je unterrepräsentierten Geschlechts werden durch Briefwahl soviel Personen gewählt wie Plätze bis zur Quotierung zu besetzen sind.

7. Nach denselben Kriterien haben Gruppierungen, die den alternativen Bereichen benachbart sind, beratenden Status in der Alternativen-Versammlung. Dies gete etwa für die AGP (Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft) oder für allfällige Verbände Neuer Selbständiger.
Überhaupt soll im Zweifelsfall das Delegationsprinzip eher zu liberal als zu restriktiv gehandhabt werden.

8. Die AV gibt sich eine Satzung, auch, wenn es denn sein muß, eine Geschäftsordnung sowie einen Methoden-Wahlkatalog und einen Kriterienkatalog. Provisorisch gilt bis zur Gültigkeit des Ltzteren derjenige des Netzwerks Selbsthilfe.

9. Die AV tritt für eine zunehmende Ersetzung der Konkurrenz durch Kooperation ein, etwa für Verknotung durch gegenseitigen Beitritt. Sollte es auf irgendeiner Ebene konkurrierende Verbände, Gruppierungen, Großprojekte geben, so sind diese formell gleichberechtigt zu beteiligen.

10. Die Alternativenversammlung vereinbart Gemeinschaftsaufgaben, für die Erfüllung dieser werden Finanzierungsmöglichkeiten fixiert und notfalls Umlagen erhoben. Zu diesen können beispielsweise gehören:
- eine neu zu gründende Kommission für alle alternativen Belange des Außenhandels;
- Organe internationaler (vor allem europäischer) Vernetzung.
- Auf- und Ausbau auf Alternativen bezogener Medien und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Diskussionsforen, Zeitschriften, AV-Medien, Projektemessen...).
- gesamtgesellschaftlich orientierte Lobbyfunktionen.
- Einrichtungen alternativer Bildung (Genossenschaftsschulen,Bildungsnetzwerke, genossenschaftliche Hochschulvernetzung.....).

11. Sollte infolge des Konsensprinzips keine einzige Gemeinschaftsaufgabe zustandekommen, hätte auch dies eine Bedeutung. Es wäre ein Zeichen dafür, daß es sinnvoller wäre, dann (und erst dann) mehrere umfassende Richtungsversammlungen zu begründen - indes wäre wenigstens die Lage klar: wenn auch eine mit eher eingeschränkten Perspektiven der Zukunft der Selbstverwaltung.

12. Mit diesem Entwurf verbinde ich keinerlei persönliche Interessen und wäre es denn im Extrem der Fall, daß meine Person ein Hindernis für das Zustandekommen der AV darstellte, würde ich eher auf eine Nominierung zur AV verzichten als ihre Entstehung zu gefährden. ●

Entworfen von **Rolf Schwendter**, diskutiert und unterstützt von Burghard Flieger, Freiburg; Bernd Scheda, Bremen; Hannelore Zimmermann, Neu-Ulm; Babara Tobollik, Bamberg; Thomas Hardwig, Göttingen; Elmar Sing, Mannheim; Dieter Poschen, Heidelberg; Andreas Küstermann, Stetten/Remstal; Christian Peters, Berlin; Hanne Bestvater, Bonn; Wolfgang Beywl, Brühl; Tilo Klöck, Grafenberg; Uschi Linke, Hamburg; Hildegund Uhlenhoff, Hamburg; Bernhard Scholer, Hamburg; Kurt Regenauer, Nürnberg; Martina Racki, Freiburg; Marlis Cavallaro; Frankfurt; Peter Rödl, München.
Entstanden auf dem Sommerseminar 1990 des Theorie- Arbeitskreises Alternative Ökonomie (TAKAÖ) auf dem Bahnhof Göhrde 27.7. bis 5.8.1990.

Eigentlich sollten die obenstehenden Namen alle mit Anschrift veröffentlicht werden. Aus Platzgründen nachfolgend jedoch nur eine Kontaktanschrift:
Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1
3400 Göttingen

KOMMENTAR

Eine neue Idee zur Vernetzung!

Von Thomas Hardwig, Redaktion Göttingen

Aus der Luft gegriffen ist der Vorschlag der „Alternativen Versammlung" nicht. Dies wurde auf dem Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie im Bahnhof Göhrde hinreichend deutlich. Mit seinem provokativen Entwurf versucht Rolf Schwendter die Diskussionen um die Zukunft der Selbstverwaltung nur nach vorne zu denken. Mit feinem Gespür hat er ein Thema aufgegriffen, das in der Luft liegt und an reale Erfahrungen anknüpft. Es besteht ein überraschend starkes Bedürfnis, einen neuen Anlauf zur Vernetzung der sich zerfasernden Alternativszene zu wagen.

Die Diskussionen in Göhrde haben gezeigt, utopische Merkmale innerhalb der Projekte und Selbstverwaltete Betriebe sind bereits verwirklicht. Die trotzdem auftretenden Hemmnisse und Frustrationen sind Ergebnis fehlender Mittel (Zeit, Geld, Personen, Bildung etc.), die allein durch die Überwindung der gruppenegoistischen und individuellen Verhaltensweisen der Szene zu erlangen sind. Wenn Selbstverwaltung eine Zukunft haben soll, so muß die Begrenzt- und Zerstrittenheit der Alternativen durch Kooperation und Vernetzung überwunden werden.

Dieser Gedanke ist nicht neu, es hat zahlreiche Vernetzungsversuche bereits gegeben. Einig werden wir uns darin schnell sein, daß keines der bekannten Projekte die Erwartungen erfüllt hat. Es fehlt allen der anziehende Vernetzungsimpuls. Eher unfruchtbare Interessenstreits, undurchsichtige Zänkerein, schwächende Spaltungen und trennende Langeweile kennzeichnen den Stand der Vernetzung gegenwärtig.

Der meiner Ansicht nach entscheidende Lernprozeß, der im Entwurf einer „Alternativen Versammlung" Gestalt annimmt, besteht darin, zuerst ein Verfahren zur Herstellung eines Konsenses der Alternativen zu entwickeln, bevor über die Realisierung irgendwelcher gemeinsamer Projekte überhaupt zu reden ist.

Die kommende Debatte wird zeigen, ob dieser Lernprozeß der des Rolf Schwendter ist, oder ob es bereits ein kollektiver Lernprozeß sein kann. Hoffnungsfroh stimmt diesbezüglich die Ernsthaftigkeit, mit der die Diskutanten des Sommerseminars den Vorschlag erörterten, von konkreten Inhalten ausdrücklich abzusehen, um in erster Linie einen Ort der Auseinandersetzung zu schaffen. Diese Idee erscheint zunächst keineswegs plausibel: Ein Verfahren ohne Inhalt! Genauer: Außer dem Inhalt, sich selbst zu schaffen, ein Arbeitsgremium, einen Ort der Auseinandersetzung über die Zukunft der Selbstverwaltung, ohne die Aufgaben und den Zweck von vornherein festzulegen.

Unser Dilemma besteht aber nicht darin, keine Ideen zu haben! Woran es uns unmittelbar fehlt, ist ein Verfahren, diese Ideen für eine Zusammenarbeit in die Praxis umzusetzen. Auf der Vernetzungsebene herrschen offenkundig andere Gesetze. Dort kann nicht mehr erfolgreich mit den bewährten Projektmethoden gearbeitet werden. Gefragt ist derzeit also nicht eine Idee, sondern eine „Verfahrensmotivation". Gesucht wird ein Ort, der dazu taugt, eine neue Art sich zu vernetzen zu praktizieren. Der Vorschlag für eine „Alternative Versammlung" sucht genau solch einen Ort zu schaffen.

Deshalb beruht das Verfahren auch auf einem so „brutal-liberalen" Demokratieprinzip. Deshalb darf die Versammlung zunächst keine Funktion haben, außer Herstellung ihrer selbst. Nur so kann sie zur Willensbildungs- und Handlungsfähigkeit gelangen als Grundlage für die Diskussionen über Interesse, Gemeinschaftsprojekte und politische Ziele.

Natürlich sind noch unzählige Fragen zu klären, Diskussionen zu führen, Vorschläge abzuwägen und Entscheidungen zu treffen. Schön fände ich es und nützlich, wenn möglichst bald über diesen Punkt Konsens erzielt werden könnte: Über ein Verfahren zur Herstellung eines Runden Tisches der Alternativen, ohne dieser „Alternativen-Versammlung" bereits Aufgaben auf den Weg zu geben. Auch muß sehr bald gewährleistet sein, daß jede/r, der/die in diesen Prozeß eingebunden werden will, auch auf Toleranz und Bereitschaft bei den anderen trifft. Erst wenn diese beiden Fragen einvernehmlich entschieden sind, können weitergehende diskutiert werden.

Die Diskussionen auf dem Sommerseminar haben hier schon gewisse Anhaltspunkte erbracht. Zwei Stichworte dazu: Der Bildungsprozeß der Basis zur Bestimmung der Delegierten wie des Initiatorenkreises muß ein Prozeß wechselseitiger Abstimmung und Erweiterung sein. Es braucht einen Vorbereitungskreis, der ausschließlich dazu legitimiert ist, daß es zur ersten Versammlung kommt. Dieser Kreis ist dann durch Delegierte abzulösen. Umgekehrt existiert auch die Basis für die Delegierten noch nicht. Sie muß sich ebenfalls bilden und Delegierte bestimmen.

Zweitens kann die Alternativen-Versammlung keine trockene Tagung sein. Eine Delegiertenkonferenz kann keine zukunftsweisende Funktion für die SV-Bewegung übernehmen. Sinnvoll wäre ein Arbeitstreffen von Delegierten in Verbindung mit einem politischen Spektakel, bei dem die Szene zeigen kann, daß es nicht nur um politische Ideen geht, sondern um gelebte und praktizierte Utopien. Über eine „Inszenierung" der „Alternativen Versammlung" wirkt sie mittels Öffentlichkeit auch in jedes Projekt zurück und sorgt für eine Verbindung von Projektmitgliedern mit der Vernetzungsebene über das Bekannte hinaus. Das Bekannte wäre eher als Vernetzung der Projekte-AußenministerInnen zu beschreiben, abgekoppelt von den Projekte selbst.

Diskutiert wurde eine Menge mehr. Zu beantworten ist überdies die Grundfrage, ob eine „Alternativen-Versammlung" die richtige Antwort auf die gegenwärtige Situation der Projektszene darstellt.

Wer auf diese offene Frage antworten möchte, sollte sich an die oben stehende Kontaktadresse wenden. ●

3. ÜBERREGIONALES TREFFEN IN LEIPZIG

Arbeitsgemeinschaft „Das Andere Europa"

In unserer Juni-Ausgabe berichteten wir über das zweite überregionale Treffen zur Vorbereitung einer europaweiten Projektemesse (Ausstellung, Tagung, Kultur) in Berlin. Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf der Arbeitsgemeinschaft, der demnächst als Faltblatt in allen EG-Sprachen und in mehreren osteuropäischen Sprachen verbreitet werden soll. Von Samstag, 29.9. bis Sonntag 30.9.90 soll nun ein weiteres Treffen im Haus der Demokratie in Leipzig stattfinden. Anmeldungen und Infos zum Treffen über die unten angegebene Anschrift.

Für politische, ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Alternativen.

* Zur Durchführung eines internationalen Kongresses über gesellschaftliche Alternativen

* Zur Veranstaltung einer Europäischen Projektemesse zur Darstellung der Arbeit von alternativen, ökologischen und Frauen-Projekten

* Zur Orientierung eines internationalen Gegenkultur-Festivals

Nicht blind werden durch Europa...

Nach einer kurzen Phase der Hoffnung auf eine demokratische, soziale und ökologische Neugestaltung des gesamten Hauses Europa müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir im Westen mit unglaublicher Geschwindigkeit in eine Restaurationsphase zurückgetrieben werden, in der alle konservativen Träume wahr zu werden scheinen: massive Anstrengungen zu einer ökonomischen und militärischen Aufrüstung der Europäischen Gemeinschaft, Abschottung durch neue Polizeigesetze nach außen und nach innen (Schengener Abkommen), Zentralstaatsvorstellungen für die Europäische Gemeinschaft bei gleichzeitiger Ausweitung ökologisch und sozial katastrophaler Wirtschaftsförderungspolitik. Außer der DDR, die im deutsch-deutschen Sonderwahn und ohne jegliche demokratische Willensbildung in die EG eingemeindet wird, werden die Länder Mittel- und Osteuropas in Bittstellerhaltung gezwungen, die – bis auf wenige Ausnahmen – einhergeht mit einer Anbetung der Westdominanz unter selbstloser Aufgabe eigenständiger Veränderungsstrategien. In West und Ost sind formalistische institutionelle Demokratiekonzepte ohne soziale Emanzipation Teil eines neuen Chauvinismus in Europa, der vor allem für Frauen unerträglich ist.

Wir sind nicht bereit, dieser Entwicklung deprimiert zuzuschauen oder in unserer alltäglichen Widerstands- und Befreiungsarbeit in Nischen ohne Gesellschaftliche Provokation auszuweichen.

Die Arbeitsgemeinschaft DAS ANDERE EUROPA wird (bis jetzt) gebildet von Alternativ- und Frauenprojekten aus Polen, den Niederlanden, Italien, der Bundesrepublik, Berlin (West) und aus der DDR, die Alternativen und Strategien des Widerstands gegen die Festungsmentalität der Europäischen Gemeinschaft und gegen den Sieg einer blinden Wohlstands- und Konsumideologie in ganz Europa suchen.

Wir rufen Euch auf, Feministinnen, Alternative, Libertäre, Ökologinnen und Ökologen, Anarcho-Syndikalistinnen und -Syndikalisten, vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen im Europa des Neo-Chauvinismus, einen **Dialog** zu beginnen über Widerstandsstrategien, gesellschaftlichen Utopien, die Eroberung des freien Raums für die Realisierung eines ANDEREN EUROPA.

Wie alles anfing...

Im Mai 1989 haben einige Leute aus westdeutschen selbstverwalteten Projekten und Betrieben einen Aufruf zum Aufbau eines ANDEREN EUROPA verfaßt. Dort heißt es: „Unsere Situation in den Projekten ist gekennzeichnet von einer zahlenmäßigen Breite und Vielfältigkeit, einer zunehmenden Professionalisierung und Orientierung zu ökonomischer Stabilität. Diese Entwicklung wirft Fragen nach der Fortentwicklung selbstverwalteter Zusammenhänge auf. Die Aufbruchstimmung der siebziger Jahre ist für viele Projekte und Personen einer Ernüchterung über unsere eigene gesellschaftliche Bedeutung gewichen.

Trotzdem bleiben unsere Ansprüche, anders d.h. selbstbestimmt zu arbeiten und zu leben sowie Modelle und Alternativen gegen Umweltzerstörung und Armut zu suchen.

Wir wissen, daß diese Ansätze in anderen Ländern verfolgt werden und wollen in einen internationalen Dialog eintreten. Der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft „von oben" ab 1992 im Rahmen des EG-Binnenmarktes soll ein Prozeß „von unten" gegenübergestellt werden."

Motto dieses Aufrufs war „Das Ende der Eiszeit", weil die Hoffnung bestand, im Tauwetter der neu spürbaren internationalen Solidarität die inhaltliche Beziehungslosigkeit und Beliebigkeit der Linken und Alternativszene überwinden zu können. Zielvorstellung war damals die Organisierung einer Europäischen Projektemesse. Im Aufruf hieß es dazu: „...unsere Idee einer Europäischen Projektemesse soll keine Veranstaltung im Sinne EG-Europas, sondern für ein „Europa der Regionen" werden. Über die Grenzen des EG-Binnenmarktes und Europas hinaus suchen wir Kontakt und Austausch im Sinne einer gemeinsamen Standortbestimmung."

Inzwischen – über ein Jahr danach – ist im Zuge der internationalen Veränderungen zwischen Ost und West und gerade auch zwischen BRD und DDR ein „Ende der Eiszeit" erfolgt, aber sicher nicht im Sinne des Aufrufs. Im Gegenteil: die durch das Ost-West-Tauwetter hervorgerufenen Flutwellen des Nationalismus und neuer ökonomischer Konzentrationsprozesse drohen uns alle zu überrollen. Die Notwendigkeit, Vorstellungen, Theorien, Impressionen und Utopien eines ANDEREN EUROPA zu entwickeln, sind dadurch jedoch nurmehr drängender geworden.

Wie es nun weitergeht ...

Im Mai 1990 fand in Berlin ein Treffen statt, bei dem Vertreterinnen und Vertreter von Alternativ- und Frauenprojekten aus vier Ländern die Arbeitsgemeinschaft „DAS ANDERE EUROPA" ins Leben gerufen haben.

Wie, wo und wann tatsächlich eine internationale Großveranstaltung stattfinden kann, auf der die Entwürfe eines ANDEREN EUROPA diskutiert, dargestellt und demonstriert werden, ist zunächst offen.

Vom 28. bis 29. September 1990 findet in Leipzig, Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str. 152, 7030 Leipzig, ein weiteres internationales Treffen statt.

Bis zum Dezember 1990 soll eine Broschüre herausgegeben werden, die Erfahrungen, Vorstellungen und Anmerkungen aus unterschiedlichen Regionen Europas aufnimmt. Wenn Ihr zu dieser Broschüre etwas beitragen wollt, bitten wir Euch, uns Eure Texte bis Anfang Oktober zu schicken.

Für den Aufbau der Vernetzungsarbeit schlagen wir vor, daß sich regionale Gruppen bilden, die Programmkompetenz haben, und die regionalen Initiativen für die Vorbereitung gemeinsamer Aktionen und eventuell der Großveranstaltung zu koordinieren. ●

Anmeldung & weitere Infos über:
Planungsgruppe Berlin
c/o Friedels Fairsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42

Für die weitere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Sonderkonto: AG -Das Andere Europa-
Friedels FAIRsicherungsbüro, Postgiroamt Berlin
Kto-Nr. 377 79 - 105, BLZ 100 100 10

ZUKUNFT DER SELBSTVERWALTUNG

Wir haben einen Traum

„I have a dream..." (Martin Luther King) Arbeitsgruppen-Diskussion auf dem Sommer-Seminar des Theorie-Arbeitskreises Alternative Ökonomie vom 27.7.-5.8.1990 im Bahnhof Göhrde/ Lüneburger Heide.

Marlis Cavallaro, Redaktion Heidelberg ● Rolf Schwendters «Entwurf für eine Alternativen-Versammlung» ist im Zusammenhang der diesjährigen Arbeitsgruppe und der folgenden Diskussionsgeschichte zu sehen: Vernetzungsdiskussionen im TAKAÖ schon seit vielen Jahren; dann beschäftigten wir uns 1988 in Arnoldshain anläßlich «10 Jahre Alternativökonomie» unter fast 1.000 Aspekten mit Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven. Bei einer Diskussion mit Luise Gubitzer über die Utopien der alten Frühsozialisten (vor allem Fouriers), die nach wie vor hochaktuelle Elemente beinhalten, erhob sie die Forderung nach mehr **«Inszenierung» unser politischen Identität** nach außen und innen, Rolf Schwendter äußerte in seiner Zusammenfassung des Seminars damals den Wunsch, die Alternativen/Linken müßten sich **«mehr mögen»**, und Marlis Cavallaro führte den Begriff der **«Ausstrahlung»** ein, andere wünschten mehr «Spiritualität» etc..

1989 versuchten wir dann eine perspektivische Bestandsaufnahme von SV und Genossenschaften in ganz **Europa** und stellten neben einer **erstaunlichen Vielfalt** wieder die große Bedeutung von **Utopien** und **Sympathie als Produktivkraft** in der Geschichte der Bewegungen und Betriebe/Projekte fest. Auch dieses Jahr führte uns die Diskussion zu diesem Punkt, an dem wir im nächsten Jahr intensiv und detailliert weiterarbeiten möchten.

Zukunftsdiskussion

Der zahlreiche Besuch der «AG Zukunft...» ließ auf das «in der Luft liegende Bedürfnis» schließen. «Zukunftsdiskussion» törnte an – offensichtlich findet uns der Zusammenbruch der DDR nicht im Kreise der ganz Verzagten und Resignierten: Unser Traum ist dort nicht zusammengekracht, er hat jetzt halt einen, leider gestärkten, Gegner anstelle von zweien. Die TeilnehmerInnen der AG besaßen ein breitgefächteres Spektrum von Kenntnissen und Erfahrungen mit deutscher und europäischer SV und Kooperativenbewegung.

Methodisch: Um das Diskussionsfeeling anzuheizen, begannen wir mit Provokationen, die die real existierende Positionen zur SV überspitzten, und erklärten unser jeweils persönlich-spezielles Interesse an der AG. Zur «Bestandsaufnahme» sammelten wir, **ohne zu werten**, in einem Schreibspiel: «Welche Begriffe von Selbstverwaltung kennen wir?», «Welche Utopien haben wir von SV/Gesellschaft für die Zukunft?», «Welche Hindernisse sehen wir dafür, sie zu verwirklichen?» Für klare Diskussionsebenen ordneten wir alle Antworten nach drei Bereichen, auf die sie sich bezogen: die sogenannte «Mikro»-Ebene (=Alltag, Betriebs-und Projektwirklichkeit, Beziehungen, Kooperationen zwischenbetrieblich etc.), die sogenannte «Meso»(mittlere)-Ebene (Vernetzung, Organisationen, überbetrieblich, gesellschaftlich, regional, etc.), die sogenannte «Makro»(groß, Über-)-Ebene (Macht, national-international, Konzerne, Politik, Regierungen, System etc.). (Genaueres kann in der **Tagungszeitung** (s.u.) nachgelesen werden.)

Nicht ausdiskutiert, aber als wichtig empfunden wurde die Frage nach dem «Menschenbild». Bestimmt auch unser Handeln oft ein heimliches **«statisches»** Bild? (z.B. «Mißtrauen ist immer angesagt, alle wollen nur eigenen Vorteil – homo oeconomicus») bzw.: («Mensch ist immer gut-eigentlich...»), oder sind wir fähig, ein **«prozessuales»** Bild zu entwickeln, veränderbar, realistisch, ohne ewige Wahrheiten, aber mit einigen historisch erfahrenen Grundkonstanten (Bedürfnisse, Betroffenheit, soziales Wesen – «homo cooperativus»)? Sind viele Unfähigkeiten der Tatsache geschuldet, daß es keinen gemeinsam organisierten Diskurs mehr gibt zwischen dem Kampf für eine alternative Erziehung, die der Entwicklung selbstorganisationsfähiger Menschen Raum läßt, sie fördert und der Selbstverwaltungspraxis (Ausbildung, Kinderinteressen), und auch nicht mit jenen Anteilen psychotherapeutischer und gruppendynamischer Praxis, aus denen Methoden zum Erlernen von mehr gegenseitiger Rücksicht und mehr Selbstorganisationsfähigkeiten zu gewinnen wären?

Andere Frage: die persönliche und politische Identität, von SelbstverwalterInnen oder SV-Fans außerhalb des «Ghettos», in hierarchischen Betrieben, Schulen, Stadtteilen etc., wenn sie nicht mehr oder nicht in einem Projekt/Betrieb der SV arbeiten. Ist dann «alles aus», sind's gar tendenzielle «VerräterInnen», oder fängt es da an, spannend zu werden, weil es sehr viele Möglichkeiten gibt, Selbstorganisation zu praktizieren oder dafür zu kämpfen, die Idee zu verbreiten? Die «reine Lehre und reine Praxis» gibt es nicht, nur Minimalia. (Ein Mensch, eine Stimme; Kapitalneutralisierung, etc.). Dies ist wichtig für Kooperationen mit Projekten in der DDR und anderen europäischen Ländern. Weder durch Ausgrenzungen («SV ist gleich XYZ und nix anderes») noch durch die sich anbahnenden (wichtigen) Arbeitsverknüpfungen **nur** auf unterster Ebene werden wir im nationalen und europäischen Bereich eine echte «Kraft» (klein, aber schutz- und lobbyfähig für den «Mikro»-Bereich) (und keine Sekte).

Übergreifende Netze

Auch werden sich nicht alle Arbeitsaufgaben in Zukunft mit «der Selbstverwaltung» und «alternativer Ökonomie» decken – der zu erwartende ungeheure Anstieg der Armut in der DDR und europäischen Randgebieten zwingt zu Armutsbekämpfungsstrategien, die Möglichkeiten der Selbstorganisation zeigen müssen. Dabei werden nicht gleich SV-Betriebe herauskommen, aber SelbstverwalterInnen können Argumente produzieren und Perspektiven anregen (Gründung der Sozialpolitischen Gesellschaft i.d. BRD aus diesen Gründen).

Ohne Verknüpfung mit Armutsbekämpfung und III.-Welt-Arbeit wird «Selbstverwaltung und Kooperativen in Europa» zum privilegierten kollektiven Nischen-Unternehmertum, und ohne Einführung von Selbstorganisationsperspektiven in den Kampf gegen die Armut bleibt dieser ein Warten auf Papa/Mama-Staat, «Entwicklungshilfe» etc.. Wer oder was aber kann solche Verknüpfungen politisch schaffen, wenn nicht übergreifende Netze?

Zwischenthesen aus der Diskussion der Arbeitsgruppe (für die Veröffentlichung bearbeitet von Marlis Cavallaro und Elmar Sing):

1. Viele utopische Merkmale sind auf Betriebs-/Projekt-Ebene bereits erreicht oder zumindest auf den Weg gebracht.
2. «Projekt-Außenminister» vertreten diesen Erfolg. Gleichwohl bleibt Unzufriedenheit mit Verhältnissen im Projekt, die gleichzeitig ansporn und frustriert.
3. Die Frustration ist hauptsächlich Ergebnis mangelnder Ressourcen (Zeit, Geld, Personen, Bildung, emotionaler Kraft etc.) «Neue -Quellen-suchen» wird vor allem individuell oder gruppenegiostisch versucht (z.B. Hoffnung auf «linke Erben» als Geldgeber).
4. Neue Ressourcen und bessere Nutzung bestehender Quellen sind nur möglich, wenn kurzsichtige Gruppenegoismen und Abgrenzungsprofilneurosen überwunden werden.
5. Die «mikro»-politische Systemgrenze der SV ist längst erreicht. Bisherige Versuche von Vernetzung sind gemessen an ihren anfänglichen Ansprüchen ziemlich gescheitert.

Arbeitsgruppe - Sommerseminar 1990 Foto: TAKAÖ-Archiv

6. Nach wie vor ist SV sowohl ein kollektives Lern- und Experimentierfeld, in dessen Rahmen gemeinsame und individuelle Selbstverwirklichung **möglich** ist, als auch ein zukunftsweisendes Gegemodell. Der zweite Gesichtspunkt muß wieder mehr vertreten werden.
7. Das braucht Konfrontation und Öffentlichkeit anstatt Selbstapelle, Grenzüberschreitung und gegenseitige Unterstützung durch «Drehpunkt-Personen» anstatt Ausgrenzung und Klagen. Es braucht das Engagement von SelbstverwalterInnen und ihren UnterstützerInnen an allen Orten ihres Wirkens, damit die Bedingungen für die «konkrete Utopie» Selbstverwaltung und Selbstorganisation sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen verbessern können.

Ein wichtiges Merkmal von alternativen Zusammenhängen, haben wir festgestellt, sind die «persönlichen Vernetztheiten». Wo sie echt produktiv sind, haben sie nicht den Charakter von in Parteien und Großorganisationen üblichen «Seilschaften» und «Kanalarbeitern» (die gibt's leider bei uns auch, oder gab's), sondern verbinden recht tiefe persönliche Freundschaften, sich gern haben mit politischer Arbeit, die dadurch viel an Spaß gewinnt. Am produktivsten sind sie – das ist TAKAÖ-Erfahrung – , wo sie ein gutes Wechselverhältnis von Nähe und Distanz herstellen können (man/frau sieht sich weder zu oft noch zu selten, Persönliches wird ausgetragen, aber nicht ins Unermeßliche gesteigert etc.). Auf «unteren» (Projekt-) Ebenen herrscht zwangsläufig «Nähe» vor, das **kann** zu Verhärtungen, Ermüdungen, Perspektivenverlust, Sankt-Florians-Prinzip führen und ist nur durch frische Impulse «von außen», von anderen Ebenen und Erfahrungen zu beheben – auch dies ist ein Argument dafür, „über den Tellerrand zu blicken" und zu übergreifenderen Netzen dazuzugehören.

«I have a dream»

Was Vernetzung für pragmatische und ökonomisch langfristige Vorteile bringt, ist oft genug strittig diskutiert worden, auch in CONTRASTE, und wird hier nicht wiederholt. Das weitergehende Anliegen, das mehr meint als zusammengerechnete Interessen-Summen, ist bei uns immer viel schwerer zu fassen. Auch, weil wir ja kein «Zentral-Komitee» und keine Oberste Heeresleitung meinen, wenn wir von «Zukunft der Selbstverwaltung» sprechen – dezentralisiert soll's bei aller erträumten «Stoßkraft» auch noch sein.

Schwendters Vorschlag ist, sagte Thomas Hartwig, scheinbar ein «Verfahren ohne Inhalt», eine Methode. Vor dem Hintergrund vieler Jahre, in denen allerseits Hackebeil, Hammer, Gift, Galle und Messer seelisches Gepäck bei der Anreise zu linken/alternativen/grünen Terminen waren, ist gerade das aber ein wirklich antörnender Inhalt: **Zusammenkommen**, Methoden suchen, die vielleicht doch «Einigkeit» im Wesentlichen und gemeinsame politische Identität nach innen und außen gewinnen lassen. Echt geil, schärfend, die Vorstellung: X und Y und Z wären **keine «Fraktionen» mehr**, sondern nur **verschiedene Ausprägungen einer Praxis**! Selbstverwaltung fände eine europäisch verständliche politische Sprache, Kultur, Vielfalt wäre zugelassen, «Einheit» klappt einigermaßen, wenn gerade nötig. Ausdiskutiert, aber nicht zerquatscht. Vertrauen könnte wieder sein, nicht blind, aber trotzdem...

Und das alles dürfte man aussprechen – ohne gleich des entsetzlichsten illusionären irrationalen Überflieger-Pathos bezichtigt zu werden!

Aus anderen Ländern (ohne unkritische Übernahme) wieder lernen können, daß Symbole, gemeinsame Kultur, emotionale politische Sprache, «wir», nicht nur von autoritären Kommunisten, Faschisten, Nationalisten benutzt werden können. Das wir «Utopie» brauchen, wieder, nachdem die «Überlebensfähigkeit» der selbstverwalteten und neugenossenschaftlichen und kooperativen Betriebe hier und europaweit längst bewiesen ist.

«Utopie»: In der Normal-Michel-und-Gretchen-Alltagssprache ein Schimpfwort: «Das ist utopisch» sagt man für «das geht niemals!» Geschichtlich bezeichnet der Begriff erstmal nichts anderes als einen Gegenentwurf zum Bestehenden, eine Vision, die **im Begriff** noch nicht «gewertet» wird. Utopie ist einfach die Kraft, die Menschen historisch bewegt, weil sie mehr ist als Worte und Strukturbeschreibungen. Sie prägt Kultur, und Kultur bringt sie auf den Weg. Faschismus hatte eine ungeheuer kraftvolle Utopie, und auch das Goldene Kalb des «Wir wollen die D-Mark» und sind «ein Volk» sind machtvolle, bewegende Visionen. Worauf es ankommt: Welche Kräfte in den Menschen von einer Utopie angesprochen werden und worauf sie hinausläuft – und **da** beginnt dann unsere «Wertung». Daß wir aber gar keine solchen Kräfte ansprechen und gestalten dürfen, daß wir sie nicht bräuchten: keine Identifikation, keine gemeinsame Kultur, keine Lieder, keine Wunschbilder, keine starken Gefühle und Sehnsüchte, die auch mal «kitschig» und «pathetisch» ausgesprochen werden können, keine deutlich gezeigte Liebe zu Gleichgesinnten, keine (klar: kritische) Geborgenheit im «Wir»-Gefühl, sondern nur die reine, überzeugende, aufklärende, klare linke Ratio (weil ja alle Bösen bis hin zu Massenmedien und neuerdings auch «cooperative identity» dies alles mißbraucht haben) – diese lau-grau-muffig-langweilige Überzeugung vieler deutscher Linker (meistens Männer) ist der letzte Sieg, den der Faschismus in uns errungen hat. Und falsch ist sie auch.

Quelle der Kraft und Hoffnung!

Wir spürten in der AG, daß das Bedürfnis nach mehr Vernetzung und Gemeinsamkeit nicht nur pragmatisch, ökonomisch, politisch (europäische Situation) Vorteile erhofft, sondern auch wieder Quellen für eigene politisch-seelische Kraft, für sich selbst, für alle, für die Fähigkeit, anderen, Hoffnungsloseren als uns, Hoffnung zu vermitteln.

Und wir wollen das noch und wieder sagen können, trotz post-post-moderner urbaner ex-linker Spötter; wir haben einen Traum und dürfen auch stolz sein. Trotz aller «Pulverisierung», «Frust», «Scheiße», Gift-und-Galle-Fetzereien haben wir zwar nicht den Besseren Menschen geschaffen, aber immerhin Modelle. Und wir haben **immer noch** die besseren Visionen von Wirtschaft nach Nutzen und nicht nach Profit, von Frieden mit der Natur, von Rücksicht gegenüber Schwachen und Schwächen, von weniger Entfremdung und den Bedingungen für mehr Nähe zwischen Menschen. Wenn wir endlich mal lernen würden,

- unsere **Diskussionen zu Foren zu machen und nicht zu Schlachthöfen** alternativer Seelen
- als politische Kraft «geeigneter» öffentlich etwas zu sagen
- eine «Vision» zu zeigen, die den herrschenden Mächten vielleicht doch noch vor dem Weltuntergang Menschen und Räume abspenstig machen könnte...

Was für ein Apfelbäumchen, was für'n Traum!

Abschließend mag ich etwas zitieren, das nicht aus der Arbeitsgruppe kommt, aber ein Stückchen Stimmung ganz unanalytisch wiedergibt, ein Gedicht:

«Die kleinen Schritte gehn

In diesen Zeiten der
bösen Engel
einen Zorn bewahren
die Zähne zeigen den
Lullern der leeren Worte
widerstehn
den Parolen der Nutznießer
und die Sprache wiegen
auf der Goldwaage
einen Weinenden umarmen
eine Waffe zerbrechen
die Angst
teilen mit den Mutigen
die kleinen Schritte gehn
lachend
trotz allem
mit der Hoffnung auf die
Hoffnung auf die Hoffnung»
(Jo Pestum)

Wir jedenfalls denken, der «erste» Schritt sollte versucht werden, wieder mal... ●

Wichtige Teilaspekte der Zukunftsdiskussion bearbeiteten die anderen AG's: «Branchenvernetzung ökologischer Betriebe» und «Mindesteinkommen/Grundsicherung». Genaueres, alle Diskussionen betreffend (auch DDR, Mittelbetriebe, u.v.a.m.) ist lustvoll nachzulegen in unserer «Tageszeitung 1990» (mit vielen Fotos und Anekdöterchens aus dem Seminaralltag) (Hrsg. in Koop. mit «buntstift»)
Auch noch verfügbar: Tageszeitung 1989 des TAKAÖ mit Material zu: Europa. ABM, Theorie der SV.
Preis jeweils 15,- DM
Zu beziehen über Vorauskasse an:
Andrea Gerth/Rundbrief Alternative Ökonomie
Konto-Nr.: 135408-671, Postgiroamt Ludwigshafen

Anzeige

atom

Nr. 31/Sommer 90

Aus dem Inhalt :

- **4 Jahre Tschernobyl** ... die Milch nicht trinken, im Fluß nicht baden, die Fische nicht fangen
- **Uranabbau in der DDR** – Anti-AKW-Gruppen stellen sich vor – Tschernobyl und die DDR – ...
- **Ausstieg ?** Rot - Grün in Niedersachsen – Erklärungen
- **Wendland** – Warten auf den Castor – Gorleben bebt – Platzbesetzung PKA – §129-Prozeß...
- **Nie wieder Deutschland** – Frankfurt-Demo – Atom-Streitgespräch
- **Radikale Linke** - Kongreß
- **Kriminalisierung** – Startbahn ...
- **Atom-Transporte** – Berichte aus Neckarwestheim, Obrigheim, Recklinghausen
- **Standorte** – Grohnde – Würgassen – Hanau – Mülheim-Kärlich

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

BINNENMARKT UND BANANEN:

Droht das Aus für die kleinen Produzenten?

Die Vorbereitungen für den ab 1993 bevorstehenden Binnenmarkt der EG-Mitgliedsstaaten laufen auf Hochtouren. Nicht nur bei Amerikanern und Japanern macht in diesem Zusammenhang das Wort von der „Festung Europa" die Runde. Vor allem Länder der Dritten Welt befürchten, sicher nicht zur Unrecht, eine weitgehende Abschottung des künftigen EG-Marktes durch Zollschranken und andere Handelshemmnisse.

Rudi Pfeifer, Redaktion Heidelberg ● Ausgerechnet Bananen gehören dabei zu den drängendsten Problemen. Bisher noch bestehen zwischen den einzelnen EG-Staaten große Unterschiede in der Importpolitik. Der „gemeinsame" Markt ist zersplittert, durch verschiedene nationale Besonderheiten und Regularien unter- bzw. gegeneinander abgegrenzt. Einige Staaten wie Spanien, Portugal und Griechenland verfügen über eigene Produktion, die es zu schützen gilt, andere, vor allem Frankreich, England und Italien, garantieren ihren früheren Kolonien feste Abnahmemengen. In Großbritannien etwa gibt es seit 1953 eine spezielle Genehmigungsverordnung für den Import von Bananen, die auf Druck der kolonialen Bananenlobby erlassen wurde.

Quotenregelung

Sie unterscheidet zwischen „Sterling-Bananen" aus den Staaten des Commonwealth und der AKP-Gruppe sowie „Dollar-Bananen" aus der von den multinationalen Konzernen beherrschten Produktion Lateinamerikas. Sterling-Bananen können frei eingeführt werden, während der Import von Dollar-Bananen an eine Quotenregelung gekoppelt ist und einer speziellen Genehmigung bedarf. In der Praxis wird diese nur erteilt, wenn die Sterling-Bananen die Marktnachfrage nicht decken können. Zudem unterliegen die Dollar-Bananen dem EG-weit gültigen Einfuhrzoll von 20 Prozent für Importe aus Drittländern.

Auf diese Weise sind in Großbritannien die Bananen aus den früheren karibischen Besitzungen der Krone deutlich marktbeherrschend, vor allem aus Jamaika und von den vier Windward-Inseln St. Lucia, St. Vincent, Dominika und Grenada, arbeitsintensiv und mit wenig Technologie-Einsatz überwiegend von Kleinbauern produziert. Auch Surinam und Kamerun konnten sich einen beträchtlichen Anteil erarbeiten.

Neben Großbritannien haben auch Frankreich und Italien Importregelungen, die den traditionellen Lieferanten eine Vorzugsbehandlung sichern. Italien verfügt über ein Quotensystem, um die Einfuhren aus der ehemaligen Kolonie Somalia zu schützen. Dadurch kann Somalia etwa 13% des italienischen Konsumbedarfs decken. In Frankreich übt die Regierung eine vollständige Kontrolle über den Bananenimport aus, und zwar zugunsten ihrer Überseegebiete und der ehemaligen Kolonien innerhalb der Franc-Zone. In der Praxis bedeutet dies, daß auf jeden Fall die gesamte Exportproduktion von Martinique und Guadeloupe ins „Mutterland" verschifft sowie aus dem Angebot von Kamerun, Madagaskar und der Elfenbeinküste geschöpft wird. Martinique und Guadeloupe beliefern zusammen gut zwei Drittel des Marktes, die afrikanischen Staaten zwischen 20 und 30 Prozent. Für den Rest greift man auf „Dollar"-Bananen zurück.

Spanien (Kanarische Inseln), Portugal (Madeira) und Griechenland (Kreta) versorgen sich überwiegend aus eigener Produktion. In Griechenland war die Einfuhr von Bananen bis vor kurzem sogar verboten. Erst ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes erlaubte in kleinen Mengen den Zugang von Bananen aus den AKP-Ländern.

„Freie Märkte"

Innerhalb der EG gelten somit lediglich die Benelux-Staaten, Dänemark, Irland und die Bundesrepublik als „freie Märkte", wenn auch im fast totalen Griff der Bananen-Multis, deren „Chiquita", „Dole" und „Del Monte" sich nur durch den Aufkleber voneinander unterscheiden. Die weitestgehende und gleichzeitig „verbraucherfreundlichste" Regelung besitzt dabei die BRD. Altbundeskanzler Adenauer ist ein Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen zu verdanken, das die Bundesrepublik von jeglichen Einfuhrbegrenzungen freistellt. Sogar der EG-einheitliche Zollsatz von 20 Prozent wurde ausgesetzt, zwar im Rahmen eines bestimmten mengenmäßigen Kontingents, das aber regelmäßig den tatsächlichen Importen angepaßt wird. Kein Wunder, daß die BundesbürgerInnen mit rund 13 kg pro Kopf und Jahr die größten BananenkonsumentInnen in der EG sind, nirgendwo sonst in der Gemeinschaft sind sie so billig zu haben.

Klar ist jetzt schon, daß diese Zustände mit der Vereinheitlichung des EG-Binnenmarktes ein Ende finden werden. Der Europäische Gerichtshof hat gleich in mehreren Urteilen festgestellt, daß die bisherige Praxis der bilateral zwischen einzelnen EG-Mitgliedstaaten und einem oder mehreren Drittstaaten ausgehandelten Importregelungen mit der künftigen EG-Wirtschaftsstruktur nicht zu vereinbaren sind.

Besonders unter den 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP), die durch das Abkommen von Lomé in besonderer Beziehung zur EG stehen, wachsen daher die Befürchtungen, daß ihre Bananen im Zuge der abzusehenden Vergemeinschaftung der Kontingente der übermächtigen Konkurrenz der Bananen-Multis zum Opfer fallen. Bei den bisherigen Lomé-Verträgen war jeweils in einem gesonderten „Bananen-Protokoll" die Vorzugsbehandlung der AKP-Exporte festgeschrieben worden. Zwar sind die AKP-Staaten weit davon entfernt, den gesamten Bedarf der EG decken zu können, dennoch sind sie selbstverständlich daran interessiert, ihren Marktanteil zu halten. Anläßlich einer Tagung der Paritätischen Versammlung von EG und AKP-Ländern Anfang 1989 auf Barbados warnte denn auch die Premierministerin der Karibik-Insel Dominika, Eugenia Charles, eindringlich vor einer Änderung der bestehenden Regeln. Das Bananenprotokoll sei heilig und unantastbar, wenn es nicht verbessert würde, fiele die europäische Hausfrau bald der Gnade dreier multinationaler Konzerne anheim: „Die Dollar-Bananen verdanken ihre Stärke den niedrigen Löhnen in den lateinamerikanischen Ländern, den Militärputschen, die regelmäßig die Produktion der amerikanischen Bananenfirmen sicherstellen, und dem Mangel an Demokratie. Wollen Sie hier in Europa wirklich, daß auch wir auf diese Weise konkurrenzfähig werden?"

Noch kein Konzept...

Die EG ist in der Zwickmühle. Zwar muß eine einheitliche Regelung der künftigen Bananenimportpolitik gefunden werden. Aber eine völlige Aufhebung der derzeitigen Sondereinfuhrbestimmungen hätte katastrophale Folgen für die assoziierten AKP-Staaten, die sich kaum gegen die Überschwemmung des gesamten EG-Marktes mit den billigen Dollarbananen der großen Konzerne wehren könnten.

Unterdessen haben die in der Union bananenexportierender Länder (UPEB) zusammengeschlossennen mittel- und südamerikanische Produzenten, die überwiegend an die Bananenmultis gebunden sind, ebenfalls ihre Interessen angemeldet. Anläßlich eines internationalen Bananen-Kongresses im August 1989 in Caragena/Kolumbien appellierten sie an die EG, ihren Zugang zum europäischen Markt auch nach 1992 nicht durch restriktive Maßnahmen zu gefährden und forderten eine weitgehende Liberalisierung der Importregelungen. Generell beklagten sie den Ausschluß von Bananen aus dem Verhandlungsangebot der EG im Rahmen des GATT (Uruguay-Runde).

Demgegenüber machte die EG bislang lediglich deutlich, daß sie bereit sei, Anregungen von allen Seiten zu diesem Thema aufzunehmen, es ihr jedoch allein obliege, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Dabei wolle sie sowohl die EG-eigene Bananenproduktion, die Interessen der EG-VerbraucherInnen, die Beziehungen zu den AKP-Staaten und die Verpflichtungen im Rahmen der Lomé-Konvention und selbstverständlich auch die bestehenden traditionellen Handelsströme mit anderen Bananenexportländern, wie z.B. aus Zentralamerika, berücksichtigen. Wie das aber alles in Einklang gebracht werden soll, dafür gibt es noch kein schlüssiges Konzept.

Zu befürchten ist, daß die kleinen ProduzentInnen aus der Dritten Welt wieder einmal auf der Strecke bleiben. Nicht nur bei Bananen... ●

Ergänzte Fassung des Beitrages „EG-Binnenmarkt: Sterling-Banane gegen Dollar-Banane" aus: Brunner/Pfeifer, Zum Beispiel Bananen, Reihe Süd-Nord, Lamuv Verlag Göttingen, 1990.
Weitere Informationen zum Thema gibt es bei: AG Nica-Bananen, Postfach 1158, 6460 Gelnhausen.

NATIONALISMUS

Sportgeist

Eigentlich bin ich bereits 40 Jahre tot; ich kann es mir allerdings – aufgrund meiner nun wesentlich besseren Übersicht – nicht verkneifen, anläßlich der gelaufenen Fußball-WM und ihren unsäglichen Begleiterscheinungen bezüglich wiederaufflammender Nationalismen, einen Beitrag zum Besten zu geben, den ich bereits 1945 in der „Tribüne" aus geringerem Anlaß als einer Fußballweltmeisterschaft veröffentlicht habe: Im Herbst 1945 besuchte die Fußballmannschaft von Dynamo Moskau England und trat gegen führende englische Mannschaften an. Der Bericht hat an Aktualität nicht verloren, mensch braucht nur die Namen der Mannschaften, sprich Nationen, ersetzen durch aktuelle Teilnehmer dieser Fußball-WM, eigentlich nicht einmal unbedingt.

Da ich weiß, daß sich unter den geneigten Lesern dieses häufig lesenswerten Blattes viele – heimliche – Fans der deutschen Fußballnationalmannschaft finden ließen, würde mensch richtig danach suchen, möchte ich diese Kritik doch wiederholt angebracht haben. Auch wenn sie möglicherweise altbacken sozialistisch anmutet und nicht so ohne weiteres in ein Realo- oder Fundilager (so sagt es sich wohl heute?) einzuschubladisieren ist.

Meine damaligen Bemerkungen über den Boxsport lasse ich – gekennzeichnet selbstverständlich – weg, da es ein mehr englisches Problem zu sein scheint.

George Orwell

Nun, da der kurze Besuch der Dynamo-Fußballmannschaft zu Ende gegangen ist, kann man in der Öffentlichkeit sagen, was viele denkende Leute unter sich sagten, bevor die Dynamos erst auftauchten. Nämlich, daß der Sport eine unfehlbare Ursache von Feindseligkeit ist und daß, wenn ein solcher Besuch wie dieser überhaupt eine Wirkung auf die anglo-sowjetischen Beziehungen hätte, sie nur darin bestehen könnte, sie noch etwas zu verschlechtern.

Sogar die Zeitungen sind nicht imstande gewesen, die Tatsache zu verbergen, daß mindestens zwei der vier ausgetragenen Spiele viel böses Blut verursachten. Im Arsenal-Spiel, so wurde mir von jemandem gesagt, der dort war, kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen einem britischen und einem russischen Spieler und die Menge pfiff den Schiedsrichter aus. Das Glasgower Match, so teilte mir jemand anders mit, war von Anfang an einfach eine Massenschlägerei. (...)

Ich bin immer wieder verblüfft, wenn ich Leute sagen höre, daß der Sport Wohlwollen zwischen den Nationen schaffe und daß das einfache Volk der verschiedenen Länder, wenn es sich nur beim Fußball (...) treffen könnte, keine Neigung hätte, sich auf dem Schlachtfeld zu begegnen. Selbst wenn man nicht von konkreten Beispielen (wie der olympischen Spiele 1936) wüßte, daß internationele Sportwettkämpfe zu Haßorgien führen, könnte man es als allgemeine Prinzipien ableiten.

Fast jeder Sport, der heutzutage betrieben wird, beruht auf Wettbewerb. Man spielt, um zu gewinnen, und das Spiel hat wenig Bedeutung, sofern man nicht sein Äußerstes tut, um zu gewinnen. Auf dem Dorflager, wo man Mannschaften wählt und keine lokalpatriotische Gesinnung im Spiel ist, ist es möglich, einfach spaßes- und übungshalber zu spielen, aber sobald die Frage des Prestiges auftaucht, sobald man das Gefühl hat, daß bei einer Niederlage man selbst und irgendeine größere Einheit in Ungnade fällt, werden die wildesten Kampfinstinkte geweckt. Jeder, der auch nur in einem Schulfußballspiel mitgewirkt hat, weiß das. Auf internationaler Ebene ist der Sport, offen gesagt, ein Kriegsspiel. Aber das Wesentliche ist nicht das Verhalten der Spieler, sondern die Haltung der Zuschauer und, hinter den Zuschauern, der Nationen, die sich wegen dieser absurden Wettkämpfe in Wutanfälle hineinsteigern und im Ernst glauben – zumindest für kurze Zeitabschnitte – daß Wettlaufen, Springen und Balltreten Kriterien der nationalen Tugend sind. (...)

Das erste große Fußballspiel, daß vor ungefähr fünfzehn Jahren in Spanien gespielt wurde, führte zu einer unkontrollierbaren Aufruhr. Sobald starke Rivalitätsgefühle geweckt werden, verschwindet der Gedanke, das Spiel nach den Regeln zu spielen. Die Leute wollen die eine Seite obenauf und die andere erniedrigt sehen, und sie vergessen, daß ein Sieg, den man durch Betrügen oder das Eingreifen der Menge erringt, bedeutungslos ist. Selbst wenn die Zuschauer nicht physisch eingreifen, versuchen sie doch, das Spiel zu beeinflussen, indem sie ihrer eigenen Seite zujubeln und die Spieler der Gegenseite mit Buhrufen und Beleidigungen nervös machen. Seriöser Sport hat nicht mit Fairplay zu tun. Er ist eng mit Haß, Eifersucht, Prahlerei, Mißachtung sämtlicher Regeln und einem sadistischen Vergnügen, Gewalt mitzuerleben, verknüpft. Mit anderen Worten, er ist ein Krieg ohne das Schießen.

Statt über die saubere, gesunde Rivalität auf dem Fußballfeld und die große Rolle der Olympischen Spiele beim Zusammenbringen der Völker zu quatschen, ist es nützlicher zu fragen, wie und warum dieser moderne Kult entstanden ist. Die meisten heutigen Spiele sind alten Ursprungs, doch scheint der Sport zwischen dem römischen Zeitalter und dem neunzehnten Jahrhundern nicht sehr ernstgenommen worden zu sein.(...) Dann wurden, hauptsächlich in England und in den Vereinigten Staaten, die Wettspiele zu einer stark finanzierten Tätigkeit entwickelt, die imstande war, große Menschenmengen anzulocken und wilde Leidenschaften zu entfachen, und ein Land nach dem anderen wurde von dieser Krankheit angesteckt. Es sind die äußerst kampflustigen Sportarten,(...) die sich am weitesten verbreitet haben. Es können kaum Zweifel bestehen, daß die ganze Sache eng mit dem Auftauchen des Nationalismus verknüpft ist – das heißt, mit der irren modernen Gewohnheit, sich mit großen Machteinheiten zu identifizieren und alles in Form von wetteiferndem Prestige zu sehen. Auch gedeihen organisierte Spiele eher in Stadtgemeinden, wo der Durchschnittsmensch eine sitzende oder zumindest eingeschränkte Lebensweise hat und nicht viel Gelegenheit zu kreativer Arbeit erhält.(...)

In einer Großstadt muß man zu Gruppenaktivitäten greifen, wenn man ein Ventil für seine Körperkraft oder seine sadistischen Impulse haben will. Kampfspiele wurden in London und New York ernstgenommen, und sie wurden in Rom und Byzanz ernstgenommen, im Mittelalter wurden sie gespielt, wahrscheinlich mit viel körperlicher Brutalität, doch waren sie weder in die Politik verwickelt noch eine Ursache für Gruppenhaß.

Wenn man die ungeheure Fülle an Feindseligkeit, die es gegenwärtig auf der Welt gibt, erweitern wollte, könnte man dies kaum besser tun als durch eine Reihe von Fußballspielen zwischen Juden und Arabern, Deutschen und Tschechen, Indern und Briten, Russen und Polen, Italienern und Jugoslawen, wobei jedes Spiel von einem gemischten Publikum von 100.000 Zuschauern verfolgt werden sollte. Natürlich will ich damit nicht sagen, daß Sport eine der Hauptgründe für den internationalen Wettstreit ist; der Massensport ist meiner Ansicht nach selbst bloß eine erweiterte Folge der Ursachen, die den Nationalismus erzeugt haben. Und dennoch macht man die Dinge schlimmer, wenn man eine Mannschaft von elf Leuten (...) aussendet, um gegen irgendein rivalisierendes Team zu kämpfen, und allgemein das Gefühl zuläßt, daß die Nation, die besiegt wird, ihr „Gesicht verliert".(...)

Es gibt bereits mehr als genug echte Ursachen von Schwierigkeiten, und wir müssen sie nicht noch vermehren, indem wir junge Männer dazu anspornen, einander inmitten des Gebrülls rasender Zuschauer gegen das Schienbein zu treten.

Tribüne, 14. Dezember 1945

KURZMELDUNG

blätter des Informationszentrum Dritte Welt

500 Jahre Kolonialismus und Widerstand

Große Dinge stehen bevor. Die Regierenden Spaniens, Portugals und Lateinamerikas rüsten sich für den fünhundertsten Jahrestag der „Entdeckung" Amerikas. Die Vorbereitungen der Feierlichkeiten verdeutlichen indes die Kontinuität von kolonialistischem Bewußtsein und Abhängigkeitsstrukturen. Dieses Bewußtsein braucht den Mythos der europäischen Endekkung der „neuen Welt" als eine Beweihräucherung der europäischen Zivilisation. Schon der Untertitel des offiziellen spanischen Programms, „Begegnung zweier Welten", unterstreicht die Verschleierung von historischen und aktuellen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa.

Eingeleitet wird der Themenschwerpunkt durch eine Auswahl historischer Texte unter dem Titel „Eine Begegnung hat nie stattgefunden". Die Vertreter der abendländischen Kultur von Colon über Cortes bis Las Casas legten Grundsteine für die systematische Ausplünderung der drei Kontinente. Der Artikel „Das Bild des Anderen" konkretisiert die unterschiedlichen Blickwinkel der europäischen Denkschulen, die in eurozentristische Sichtweisen münden und andere Kulturen bis heute für ihre Zwecke benutzten.

Die spanische Regierung versucht in ihrem Programm zum fünfhundertsten Jahrestag solche kolonialistischen Sichtweisen in moderner Verpackung an die Öffentlichkeit zu bringen. Gegen diese Geschichtsverfälschung organisieren sich die sozialen Bewegungen Spaniens. Mit dem Artikel zur spanischen Gegenkampagne werden Motivationen und Hintergründe der geplanten spanienweiten Organisierung vorgestellt.

Den Widerstand der indigenen Gesellschaft Lateinamerikas gegen ihre Zerstörung thematisieren die darauffolgenden Artikel. Im Amazonasbecken setzt die brasilianische Regierung mit Hilfe der Modernisierungs- und Bevölkerungspolitik und mit Unterstützung internationaler Organisationen die Ausrottung der Indigenas fort. Diese innere Kolinialisierung ist die andere Seite der Medaille des Kolonisalismus. Die neue Qualität des Widerstands zeigt sich im Zusammenschluß landesweiter und internationaler Indigena-Netzwerke im Amazonasbekken und Ecuador.

Mit einem Diskussionsbeitrag reagiert die AG Quinto-Centenario der ADW auf den Artikel von Heinz Dieterich, „Ironien der Weltgeschichte", aus dem Buch „Das fünfhundertjährige Reich". Ziel ist eine Auseinandersetzung über die Kernthesen von Dieterich, der die allgemein hochgelobte „Freie Welt" als Produkt faschistischer Kontinuität begreift und als „Viertes Reich" bezeichnet.

Außerdem im Heft: Berichte zu Liberia, Peru, Nicaragua, Entwicklungsbezogener Handel, Rezensionen, Kurznachrichten, Leserservice.

Bezug über:
blätter
des Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 53 28
7800 Freiburg i.Br.
Tel. (0761) 7 40 03

Anzeige

Katja Müller / Susanne Ohly
Lebendig verbrannt vor den Toren der Stadt
Dortmunder Hexen und ihre Mörder
Mit zahlr. zeitgenössischen Holzschnitten und Illustrationen von Isabelle Wenge
ISBN 3-923223-12-9, 163 S., DM 27,-

Nicht im "finsteren" Mittelalter - in der frühen Neuzeit wurden Frauen massenhaft als Hexen ermordet. Was spielte sich ab - wie kam es dazu? Die Autorinnen schildern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die herrschenden Rollenbilder von Mann und Frau. Wer waren die Opfer, wer die Täter? Engagiert und parteilich lassen auch hier die Autorinnen viele Zeugnisse sprechen.

Zu bestellen bei:
Geschichtswerkstatt
Dortmund
Am Oelpfad 27
4600 Dortmund 30

PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN DES HANDWERKS (PGHs) IN DER ZWICKMÜHLE

Auflösen, Umwandeln oder Neugründen – das ist die Frage?

Produktionsgenossenschaften des Handwerks sind in der DDR eine ganz normale Unternehmensform. Ihr Hindernislauf zur Selbsterhaltung gegen unausgegorene Umwandlungsverordnungen und gegen das antiproduktivgenossenschaftliche Syndrom in der Bundesrepublik hat schon begonnen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Kaum vorstellbar, daß allein in Ostberlin zehnmal soviel Produktivgenossenschaften gezählt werden wie in der ganzen Bundesrepublik? Zumindest bis vor zwei Monaten waren es noch 156 an der Zahl. Großteils ökonomisch gut funktionierende Betriebe und dies nicht, wie mancher denken mag, wegen, sondern trotz der Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR. Heute ist vieles anders. Keiner weiß die genaue Zahl der noch bestehenden Produktivgenossenschaften. Alles ist unklar, im Umbruch. Auflösen, Umwandeln oder Neukonstituieren wird für alle PGHs zur brennenden Frage, nachdem der real existierende Sozialismus das einzige reale, nämlich seine Existenz, nun auch noch aufgegeben hat.

Entgegen eines weit verbreiteten Vorurteils in Westdeutschland waren Genossenschaften keine Hätschelkinder des DDR-Sozialismus. Sie wurden nur als Übergangsformen angesehen. Auf Dauer sollten sie nicht bestehen bleiben, sondern nur ein Zwischenstadium vom individuellen zum volkseigenen Eigentum darstellen. Solange allerdings auf die wirtschaftliche Effizienz kleiner und mittlerer Betriebe nicht verzichtet werden konnte, wurden sie geduldet. Mit dem Staatssozialismus selbst aber hatten sie wenig zu tun. Der Ruch des DDR-sozialistischen haftet ihnen zu Unrecht an – vor allem, weil sie trotz und in dieser Struktur überlebten.

EINLADUNG zur Mitgliederversammlung

Gründung des Prüfungsverbandes Deutscher Produktivgenossenschaften e.V.

Es ist soweit!
Die vorbereitenden Arbeiten zur Gründung unseres Prüfungsverbandes ist soweit gediehen, daß wir einen Termin für die notwendige Mitgliederversammlung des Vereins zur Namens- und Satzungsänderung festlegen können.

Die redaktionelle Fassung der Satzung liegt Ihnen hiermit vor. Wir bitten Sie, Ihre persönlichen Wünsche und Anregungen dazu schriftlich mitzuteilen, wir werden diese sammeln, auswerten und bei der Mitgliederversammlung darüber beraten.

Einladung zur Mitgliederversammlung des
Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens
Sachsen-Anhalt e.V.

im Clubhaus Gärungsschmiede, August-Bebel-Strasse
Dessau 4500
am Freitag, den 31. August 1990, ab 14 Uhr bis ca. 18 Uhr

TOP 1	Begrüßung der anwesenden Mitglieder und Gäste Bericht des Vorstandes
TOP 2	Vorstellen des Satzungsentwurfs zum Verband Deutscher Produktivgenossenschaften
TOP 3	Diskussion
TOP 4	Umwandlung des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens Sachsen-Anhalt e.V. zum Verband Deutscher Produktivgenossenschaften e.V.
TOP 5	Sonstiges

Peter Schneider
Hauptamtlich berufener Geschäftsführer

Modrows Verordnung

Überleben? Dies kann nun alles anders werden. In der „freien" Marktwirtschaft sind demokratische Unternehmensformen – vor allem in einem solchen Ausmaße – nicht gefragt. Seit den letzten Tagen der Modrow-Regierung erleben die PGHs zahlreiche juristische Wechselbäder. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hatte – auf Anraten einiger PGH-Vorsitzender – noch kurz vor seinem Abgang am 8. März 1990 eine „Verordnung über die Gründung, Tätigkeit und Umwandlung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks" verfügt. Diese sollte den ursprünglichen Zwangsgenossenschaften eine freie Rechtsformenwahl ermöglichen.

Gleichzeitig wurden damit allerdings alle PGHs ungewollt und überstürzt mit der Frage einer Rechtsformenveränderung konfrontiert. Für viele Unternehmen in der aktuellen Umbruchphase eine harte Überforderung. Einige von ihnen stellt dies unvermittelt vor die Existenzfrage. Allerdings nicht, weil sie draußen auf dem Markt keine Chance haben. Vielmehr erhebt sich intern die Eigentumsfrage und das in einem die individuellen Begierden außerordentlich lockendem Maße.

Viele PGHs sind nämlich reich. Das Verbot bzw. die enge Begrenzung der Gewinnausschüttungen und ein Unterbinden zusätzlicher Investitionen durch die damaligen Planungskommissionen hat zu Anhäufungen von Geld und Grundstücken geführt, wie es bundesdeutsche Unternehmen kaum zu träumen wagen. Überkapitalisierung heißt das betriebswirtschaftliche Stichwort, mit dem sich die Situation vieler PGHs umschreiben läßt. Mehrere Millionen Mark ungenutzte und ungebundene Gelder sind keine Seltenheit.

Durch die Modrow-Verordnung haben die Genossenschaftsmitglieder nach § 5 das Recht, in Relation ihres Genossenschaftsanteils an dem sogenannten unteilbaren Fonds teilzuhaben. Wenn auch nicht zum Millionär, so sind die Mitglieder einiger Genossenschaften buchstäblich über Nacht wohlhabend geworden. Sie können, falls sie ihre individuellen Eigentumsrechte wahrnehmen, teilweise über mehrere hunderttausend Mark verfügen.

Individuelle Begehrlichkeiten

Nicht nur, daß das einzelne Genossenschaftsmitglied erstmals ein Anrecht darauf hat, einen Anteil an dem jahrelang gemeinsam angesparten Reservefonds zu privatisieren. Dieses Recht ist obendrein auf eine kurze Zeit begrenzt. Wenn sich die Genossenschaft nicht auflöst, sondern nach bundesdeutschem Recht zur eingetragenen Genossenschaft umwandelt, gilt anschließend wieder die alte Situation: Bei Austritt erhält ein Mitglied nur seine gezeichneten Anteile zum Nennwert bezahlt. An den über Jahre angehäuften „inneren Werten" geht er leer aus. Was liegt da näher als der Genossenschaft jetzt als reicher Mann den Rücken zu kehren?

Bei vielen Jüngeren zieht vielleicht noch das Arbeitsplatzargument. Wenn sie ihre Vermögen aus der Genossenschaft herausnehmen, können sie, wie einige ihre Kollegen aus den abgespeckten VEBs, stempeln gehen. Aber für die Alten, die schon 30 Jahre in der Genossenschaft gearbeitet haben, sind solche Überlegungen irrelevant. Sie wollen und können sich mit dem Geld ihre letzten Arbeits- oder zumindest ihre letzten Lebensjahre noch ein wenig versüßen, haben sie doch die deprimierende Erfahrung langanhaltender Arbeitslosigkeit noch nicht gemacht.

Die meisten Genossenschaftsmitglieder wollen beides: Kasse machen und einen Teil des Geldes der Genossenschaft zur Verfügung stellen, meist in Höhe der formal gezeichneten Anteile. Bei einer Ostberliner Ofensetzergenossenschaft beträgt das von den Mitgliedern gewünschte Verhältnis eins zu zehn. 50.000 Mark kassieren und einen Genossenschaftsanteil von 5.000 stehen lassen, halten sie für optimal. Daß sie damit ihre Arbeitsplätze nicht sichern können, wollen sie nicht wahrhaben. Dabei muß das derzeitig vorherrschende aktuelle Auftragsloch erst einmal überwunden und vor allem finanziell überbrückt werden. Solange leben sie automatisch von ihrer „Substanz".

Wirtschaftliche Erfordernisse

Hinzu kommt der hohe Weiterqualifizierungsbedarf und die Erfordernis für viele PGHs, ihr Unternehmenskonzept neu zu überdenken. Eine Elektrikgerätegenossenschaft, die vorwiegend von Reparaturarbeiten lebt, konnte sich früher vor Aufträgen nicht retten. Selbst Föne wurden dort wieder funktionsfähig gemacht. Die niedrigeren Preise und der Wegfall der langen Lieferzeiten machen mittlerweile auch in der DDR Reparaturen in Relation zum Neukauf unrentabel. So dürfte ein großer Teil des „rumliegenden" Geldes in den Genossenschaften aufgebraucht werden, bevor sie sich zur Konkurrenzfähigkeit gemausert haben. Dabei hätten sie hierfür bessere Chancen als viele privatisierte VEBs. Über mehr Erfahrungen mit einer relativ weitreichenden Selbständigkeit verfügen sie allemal.

Ungewollt hat die Modrow-Regierung den PGHs einen Bärendienst erwiesen. Schadensbegrenzungen müssen die Genossenschaften nun selbst betreiben. Möglich sind nun intern ausgehandelte Lösungen. Sie müssen dem individuellem Wunsch nach Eigentum und den Erfordernissen für eine wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Genossenschaften, einschließlich ihrer Fähigkeit, Arbeitsplätze zu erhalten, gleichzeitig gerecht werden. Die persönliche Verfügbarkeit über das in den Genossenschaften belassene Kapital, lange Auszahlungsfristen und das Einrichten von Fonds, durch die Mitglieder auch künftig am Vermögen ihrer Genossenschaften beteiligt werden, stellen machbare Kompromisse dar.

PGH-Lobby fehlt

Der Kapitalabzug durch die Mitglieder ist aber nur eines der vielen Probleme, mit denen die PGHs derzeit zu kämpfen haben. Produktivgenossenschaften blieben in der Bundesrepublik bisher ein weitgehend unbekanntes Phänomen. Von den Revisionsverbänden wurden sie bei ihrer Lobby- und Prüfungsarbeit immer vernachlässigt. Daß dies nicht zwangsläufig so sein muß, wie die Genossenschaftsverbände oftmals behaupten, verdeutlicht die starke Verbreitung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen in Frankreich und Italien.

Den ostdeutschen PGHs in einem zusammengeschlossenen Deutschland hilft dies nicht weiter. Denn während die Konsumgenossenschaften in der DDR unter die Fittiche des Revisionsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg schlüpfen, der Deutsche Volksbanken und Raiffeisenverband die Genossenschaftsbanken Ostdeutschlands mit offenen Armen aufnimmt und die LPGs noch Chancen haben, gegen viele Widerstände bei den für den landwirtschaftlichen Bereich zuständigen westdeutschen Raiffeisenverbänden unterzukommen, stehen die Produktivgenossenschaften einmal mehr ohne eigene Verbandsstrukturen da.

Ersten Hoffnungsschimmer stellt ein am 26.7.1990 im Bonner Wirtschaftsministerium durchgeführtes Spitzengespräch dar. In diesem ging es um die Zukunft der PGHs. Vertreter aus den Genossenschafts- und Handwerksverbänden sprachen sich hier erstmals für stützende Aktivitäten aus. Eine gemeinsame Mustersatzung für Produktivgenossenschaften soll entwickelt werden. Sie liegt in einer ersten, bisher unzureichenden Fassung schon vor. Auch ist mittelfristig für den Erhalt der PGHs gesorgt, indem die Genossenschaftsverbände die Durchführung der für Genossenschaften gesetzlich festgelegten Prüfungen zusagten. Daß sie damit auch ihr seit 1934 bestehendes Prüfungsmonopol sicherten, war wohl ausschlaggebender Hindergrund?

Eigener Verband erforderlich

Eine wichtige Bedingung für die langfristige Existenzsicherung der PGHs – ein produktivgenossenschaftlicher Richtungsverband – wurde damit nicht in die Wege geleitet. Voraussetzung für die Anerkennung als Genossenschaft ist nämlich die Mitgliedschaft in einem Revisionsverband. Er übernimmt die mindestens alle zwei Jahre stattfindende Prüfung, gleichzeitig aber auch Beratungs- und Lobbyfunktion. Für letzteres sind die bestehenden bundesdeutschen Genossenschaftsverbände allerdings ungeeignet. Herrscht in ihnen doch die Auffassung vor, Produktivgenossenschaften seien langfristig nicht existenzfähig. Übernehmen sie trotzdem deren Betreuung, droht die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Voraussage.

Schon jetzt steht für die Verbandsvertreter fest: Von den knapp 3.000 (1983: 2.733) PGHs bleiben nur rund 1.500 mittelfristig bestehen. Neugründungen werden keine erwartet. Zwei bisher bekannt gewordene Umwandlungen von VEBs in Genossenschaften zieht kaum jemand als mögliches Beispiel und Perspektive für andere ehemals volkseigene Betriebe ernsthaft in Betracht. Die Deutsche Genossenschaftsbank und der Sachverständigenrat haben schon in offiziellen Verlautbarungen von Förderungen und Überbrückungshilfen für Produktivgenossenschaften abgeraten.

Um unter solchen Bedingungen nicht in den Mühlen der Bürokratie und zwischen den Interessen der Interessensverbände zerrieben zu werden, wurde von mehr als hundert PGHs in Sachsen-Anhalt ein Landesverband zur Förderung des Genossenschaftsgedankens gegründet. Auch die Ostberliner Produktivgenossenschaften wollen auf die alte Tradition der Selbsthilfe zurückgreifen und nicht warten, bis sich in Bonn oder Ostberlin etwas tut. Eine Vereinsgründung, eventuell Grundlage eines zukünftigen Produktivgenossenschaftsverbandes mit Prüfungsrecht, wurde in die Wege geleitet.

Über die Möglichkeiten dazu hatten sich 35 PGHs auf einer zweitägigen Tagung informiert. Veranstaltet vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Bonn, setzten sie sich auf dem Seminar mit den westdeutschen Genossenschaftsbestimmungen auseinander und erkundigten sich nach den Voraussetzungen zur Gründung eines eigenen Prüfungsverbandes. Zeit hierfür haben sie bis zum 31.12.1991. Bis dahin müssen sie endgültig eine in Westdeutschland zulässige Rechtsform angenommen haben, um ihre Zwangsauflösung zu vermeiden. Solange wird es in Deutschland zwei produktivgenossenschaftliche Unternehmensformen geben: die PGH und die eingetragene Genossenschaft (e.G.).

Mehr Produktivgenossenschaften

Gelingt es den PGHs bis Ende 1991, sich in einem eigenen Verband zu organisieren, dürfte ihre langfristige Existenz besser gesichert sein. Die Gründungsversammlung eines „Prüfverbandes Deutscher Produktivgenossenschaften" fand am 31.8.1990 (also zum Zeitpunkt der Drucklegung von CONTRASTE) bereits statt. Aber auch ohne dem steht eines heute schon fest: Freie produktivgenossenschaftliche Unternehmen, also Betriebe, in denen die Beschäftigten auch Eigentümer des Unternehmens sind, hat es in einem solchen Ausmaße, wie es sich derzeit abzeichnet, in Deutschland noch nie gegeben. Vielleicht eine Entwicklung, mit der die allzu einseitige Anpassung von Ost an West ausnahmsweise einmal durchbrochen wird? ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Co op wird wieder Genossenschaft

Zumindest Teile der heruntergewirtschafteten co op AG werden von Konsumgenossenschaften übernommen. Den Anfang machten die DDR-Konsumgenossenschaften. Sie kauften die 120 Westberliner „Bolle"-Filialen. Der Preis, mindestens 240 Millionen DM, soll als Kredit von einer der beiden co op-Eigentümerbanken bereitgestellt worden sein. Auch die zweitgrößte Konsumgenossenschaft in der Bundesrepublik, die co op Schleswig-Holstein e.G. steht in Verhandlungen, um sich für ihren Einzugsbereich einen Teil des Einzelhandelskonzerns zu sichern.

Streikdrohungen der LPGs

In der Landwirtschaft der DDR drohen Streiks, weil Entscheidungen der Regierung nicht schnell genug umgesetzt werden. Entsprechende Befürchtungen äußerte der Genossenschaftsverband Brandenburg in Schreiben an die Regierungsbeauftragten der Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam. Darin werden die Adressaten aufgefordert, ihren Einfluß bei der Durchsetzung von Regierungsentscheidungen geltend zu machen.

Wie ernst die Lage für die LPGs ist, hat unlängst der ehemalige DDR-Landwirtschaftsminister Peter Pollak vorgerechnet. Nach Ansicht des Politikers wird nur knapp ein Drittel der insgesamt 4.500 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den Übergang in die Marktwirtschaft „mit einigem Anstand" bestehen. Etwa die Hälfte der LPGs kann laut Pollak nur mit staatlicher Finanzhilfe weiterexistieren, für 20 Prozent bestehen nach Ansicht des Ex-Ministers dagegen „nur sehr geringe Chancen", den Übergang überhaupt zu schaffen. Als Minister schien ihn dies nicht sonderlich zu rühren. Er mußte, obwohl sich nach der Währungsumstellung in der Landwirtschaft ein Chaos abzeichnete, zwecks Krisenmanagements von seinem Vorgesetzten de Maizière erst aus dem Urlaub zurückberufen werden.

Kommunikationszentrum wählt genossenschaftliche Rechtsform

Am 13.7.1990 wurde die Öpfelbaum e.G. i.G. Genossenschaft für Kommunikation und Kultur in Kadelburg in der Nähe von Waldshut gegründet. Die 20 Gründungsmitglieder wollen erst nach der Sommerpause verstärkt an die Öffentlichkeit gehen. Ihr Ziel ist es, das seit 1984 bestehende Cafe-Restaurant Öpfelbaum zukünfig auf genossenschaftlicher Basis zu führen. Als alternativer Treffpunkt in der Region läßt sich der Öpfelbaum schwer beschreiben. Seine Mischung als Cafe, Restaurant, Kulturbühne und Kommunikationszentrum machen ihn aber für einige so unverzichtbar, daß sie ihn unabhängig vom sozialen und wirtschaftlichen Engagement nur eines einzelnen Eigentümers weiterentwickeln wollen. Zu diesem Zweck soll der Gebäudekomplex Öpfelbaum einschließlich des Bioladens für 450.000 DM erworben werden. Die Gründungsmitglieder haben sich selbst zum Ziel gesetzt, 80 % dieser Summe über Genossenschaftsanteile und zinsgünstige private Darlehen aufzubringen. Gelingt dies nicht, lassen sie das Projekt fallen. Ein Anteil beträgt 500 DM. Genauere Auskünfte gibt
Heinrich Bercher, Cafe Öpfelbaum
Hauptstr. 12, 7891 Küssaberg-Kadelburg
Tel.: (07741) 22 77 oder
Peter Wassmer, Tel.: (07751) 16 05.

Genossenschaftswissenschaftliche Tagung

„Herkunft und Zukunft" lautet das Thema der zwölften genossenschaftswissenschaftlichen Tagung. Veranstaltet wird sie von der Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI) vom 25. bis 28. September 1990 in Stuttgart-Hohenheim. Mitgliederbindung und Ausfüllung des Förderauftrages, Anpassungsnotwendigkeit und Fortschrittsfähigkeit der Genossenschaften sind Themen am Mittwoch, dem 26. September. An diesem Tag wird auch in einem Arbeitskreis über „Neugründungen in den 80er Jahren, neue Bereiche in den 90ern" referiert und vielleicht diskutiert. Die genossenschaftliche Vielfalt in Europa sowie Exkursionen zu zwei herkömmlichen Genossenschaften sind weitere Programmpunkte.
Information und Anmeldung:
Forschungsstelle für Genossenschaftswesen
Schloß Südost, 7000 Stuttgart-Hohenheim
Tel.: (0711) 459 26 31 oder 32.

Erfolgreicher Widerspruch gegen zu hohe Prüfungsgebühren

Nicht ganz reibungslos verlief die Prüfung der blätterwald Genossenschaft e.G. für das Jahr 1989. Der Prüfer verbrachte einen ganzen Monat bei dem Umweltschutzpapieranbieter. Dementsprechend hoch fiel dann auch die fünfstellige Rechnung aus. Von seiten der blätterwald Genossenschaft war man/frau nicht bereit, den gesamten Rechnungsbetrag zu zahlen. Immerhin hatte der Revisor erstmals eine Warengenossenschaft (und sonst nur Banken) geprüft. Ein entsprechendes Schreiben an den Verbandsvorstand in Neu-Isenburg mit der Bitte um Reduzierung der Prüfungskosten zeigte Erfolg. Es gab ein weitreichendes Entgegenkommen des Verbandes. Auch wenn im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Prüfungskosten zu verzeichnen ist, werden sie nun von seiten des blätterwaldes noch als akzeptabel empfunden.

Generalversammlung der GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Am 21. und 22. September führen die Bochumer Bankeinrichtungen ihre diesjährige Vertreter- und Mitgliederversammlung im Rudolf-Steiner-Haus, 6000 Frankfurt/Main, Hügelstr. 67 durch. Sie steht unter dem Motto „Umwelt, Armut, Arbeit – Aufgaben des Bankwesens in den 90er Jahren." Laut dem vorliegenden Geschäftsbericht bestanden zum 31.12.1989 bei der GLS-Bank 6.930 Einlagekonten für 1.331 Kreditprojekte. Zur Zeit stellen 6.225 Mitglieder das Genossenschaftsguthaben von 4,5 Mio. DM bereit. Um ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweisen zu können, wurde u.a. den gemeinnützigen Kreditnehmer ein Umlagebetrag von 2,4% berechnet. Der Jahresüberschuß von 3.535 DM soll den Rücklagen zugeführt werden.

Genossenschaften im Lebensmittelbereich

Ein Seminar mit diesem Thema findet vom 9. bis 11. November in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar statt. Ziel ist es, einen Brückenschlag zwischen alten und neuen Genossenschaften im Lebensmittelbereich zu erreichen – einschließlich des starken konsumgenossenschaftlichen Sektors der DDR. Geschichte, Probleme mit den Prüfungsverbänden, viele Fallbeispiele und ein Ausblick auf die EG '92 umfassen das Themenspektrum. Anmeldungen dazu gehen an Herrn Martin Schindehütte, Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar. Inhaltliche Fragen können gerichtet werden an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg. An diese Adresse sollten auch bis zum 12. September Kurzbeiträge und Informationen zum Thema „Genossenschaften im Lebensmittelbereich" geschickt werden (plus Anzeigen), da dies der CONTRASTE-Schwerpunkt im Oktober sein wird.

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG FÜR GENOSSENSCHAFTEN

In's gemachte (Ruhe)Bett setzen?

Die Pensionskasse der deutschen Konsumgenossenschaften, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hamburg, wurde 1905 von den Konsumgenossenschaften gegründet. Sie ist heute eine Institution des gesamten Genossenschaftswesens,die auch von neu gegründeten Genossenschaften genutzt werden kann.

Uwe Schulz, Redaktion Genossenschaften ● Abhängig Beschäftigte der Privatwirtschaft erhalten fast ausnahmslos eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung aus der gesetzlichen Sozialversicherung. Die Höhe der Sozialversicherungsrente richtet sich in erster Linie nach den in den einzelnen Jahren des Berufslebens erzielten Einkommen. Nur bei einer durchgehend sozialversicherungspflichtigen Berufstätigkeit ohne besondere Gehaltssprünge ist heute eine Altersrente aus der Sozialversicherung von 40 bis 45 Prozent des letzten Bruttoeinkommens erreichbar. Eine solche Altersrentenhöhe ist nicht schlecht. Dennoch liegt das allein aus der Sozialversicherung verfügbare Einkommen des Rentners erheblich unter den letzten Nettobezügen.

Diese, aber auch andere Versorgungslücken kann nur durch eigene Vorsorge und durch Leistungen der betrieblichen Altersversorgung geschlossen werden. Der dreiteilige Aufbau der Alterssicherung durch Sozialversicherung, betriebliche Altersversorgung und private Vermögensbildung ist fester Bestandteil der bundesdeutschen Sozialpolitik und wird bildhaft als Drei-Säulen-Modell bezeichnet.

Formen der betrieblichen Altersversorgung

Durch die Rechtsprechung und die steuerliche Behandlung haben sich vier Formen betrieblicher Altersversorgung herausgebildet: Pensionskasse, Unterstützungskasse, Direktversicherung und Direktzusage. Für ein Unternehmen und die dort Arbeitenden ist es wichtig, aus welcher dieser möglichen Einrichtungen er eine Leistung erwarten kann, ebenso für den Rentenempfänger. Die Unterschiede treten in folgenden Fällen zutage:

- bei vorzeitiger Kündigung des Arbeitsverhältnisses
- bei einer Insolvenz des Unternehmens
- bei der Anpassung der Rente nach Rentenbeginn

Zwar garantiert das Betriebsrentengesetz bei allen Versorgungsformen, daß die gröbsten Unbilligkeiten vermieden werden. Bei den Pensionskassen sind bessere Regelungen als nach dem Betriebsrentengesetz aber schon seit Jahrzehnten üblich. Für ein Unternehmen stehen im Vordergrund Überlegungen

- zu den Kosten eines Versorgungswerks
- zur steuerlichen Auswirkung
- zur Finanzierbarkeit, insbesondere Vorfinanzierung, und
- zur Wirkung in der betrieblichen Sozialpolitik.

Diese Ziele stehen in Konkurrenz zueinander. Nur auf den ersten Blick ist es jedoch am billigsten, überhaupt keine betriebliche Altersversorgung anzubieten. Die genauere Betrachtung zeigt erhebliche Vorteile, auch wenn sich eine Genossenschaft einer Pensionskasse anschließt:

- Die Beiträge an die PK sind gegenüber Lohnzahlungen steuerlich begünstigt; die spätere Rentenzahlung ebenfalls.
- Durch die Aussicht auf eine Rente aus der betrieblichen Altersversorgung werden qualifizierte Mitarbeiter an die Genossenschaft gebunden.
- Die PK steht als Finanzierungsinstrument für Investitionen des Unternehmens und für Wohnungsbaufinanzierungen der Beschäftigten zur Verfügung
- Die PK ist als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (WaG) eine gemeinsame Einrichtung der Genossenschaften und ihrer Mitarbeiter. Sie ist unabhängig von privaten Gewinn- und Kapitalinteressen. Alle Überschüsse kommen den Mitgliedsunternehmen und den Versicherten zugute.
- Pensionskassen unterhalten keinen teueren Vertriebsapparat und betreiben keinen Werbeaufwand, denn sie stützen sich auf die Anmeldung durch die Mitgliedsunternehmen.

Es ist schwierig und aufwendig, eine Pensionskasse neu zu gründen. Wenn sich aber ein Unternehmen einer bestehenden Pensionskasse anschließen kann, erhält es ein Versorgungswerk, das eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer optimale Versorgung bietet. Die paritätische Besetzung der obersten Gremien der Pensionskasse je zur Hälfte mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern garantiert den Beteiligten auch künftig, daß ihre Interessen berücksichtigt werden.

Finanzierung der Pensionskassenleistungen

Die Verpflichtungen der Genossenschaft sind darauf beschränkt, die satzungsgemäßen Zahlungen an die Pensionskasse zu leisten. Der einzelne Beschäftigte kann an der Beitragszahlung beteiligt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mit der gehaltsabhängigen Beitragszahlung erfolgt die Finanzierung aus betriebswirtschaftlicher Sicht periodengerecht während der aktiven Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters. Beim Ausscheiden enden alle Aufwendungen des Unternehmens. Es erhält sogar seine Beiträge beim Ausscheiden eines Beschäftigten mit Beitragsrückzahlung ebenfalls erstattet, wenn die PK-Mitgliedschaft noch kein Jahr bestanden hat bzw. der Mitarbeiter noch nicht 35 Jahre alt ist.

Pensionskassen legen die Beitragseinnahmen gewinnbringend an und kalkulieren wie andere Versicherungsunternehmen sehr vorsichtig. Es entstehen dadurch regelmäßig Überschüsse, die bei Pensionskassen in voller Höhe an die Mitglieder (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) verteilt werden. Die Überschußbeteiligung wird unter den Mitgliedsunternehmen nach den tatsächlich gezahlten Pflichtbeiträgen aufgeteilt. Die einzelnen Beschäftigten erhalten eine nach Anwartschaftshöhe und Alter gestaffelte Gewinnzuschreibung, die ihre spätere Rente erhöht. Die Rentner schließlich werden an den Überschüssen beteiligt, indem die Rente erhöht wird.

Überblick über den Leistungskatalog

Die regelmäßige PK-Leistung wird als lebenslanges Ruhegeld gezahlt, in erster Linie als Alters- oder Invalidenrente an den Versicherten selbst. Dazu umfaßt die Anwartschaft Hinterbliebenenrenten für die Ehegatten und die Kinder der Versicherten. In bestimmten Fällen können die persönlichen Beiträge oder die Gewinnguthaben ausgezahlt werden, wenn keine andere Leistung möglich ist. Die Versorgung soll vorrangig den Versicherten und ihren engeren Familienangehörigen zugute kommen.

Die PK verwaltet heute ein Vermögen von über zwei Milliarden DM. Um die Leistungsfähigkeit der Pensionskasse zu sichern, wird dieses Vermögen auf einen breiten Fächer von Anlagemöglichkeiten aufgeteilt: Haus- und Grundbesitz, Wertpapiere, Schuldscheindarlehen und andere.

Im Rahmen der Anlagevorschriften kann die PK sowohl den Mitgliedsunternehmen als auch den persönlichen Mitgliedern als Darlehensgeber zur Verfügung stehen. Beispielsweise werden die von der PK gebauten oder erworbenen Gebäude und Grundstücke fast ausschließlich von den Mitgliedsunternehmen genutzt. Auch werden den Mitgliedsunternehmen gegen die vorgeschriebenen Sicherheiten Mittel für eigene Finanzierungen überlassen. Solche Hilfe der PK für die Mitgliedsunternehmen kommt den dort Beschäftigten zugute. Diese können auch selbst Darlehen von der PK erhalten, und zwar zur Finanzierung von Haus- und Wohnungseigentum. Mietobjekte und Darlehen werden den Mitgliedsunternehmen und den persönlichen Mitgliedern zu Vorzugskonditionen gegeben. ●

Weitere Informationen:
Pensionskasse der deutschen Konsumgenossenschaften VVaG
Postfach 10 50 27, 2000 Hamburg 1

REZENSIONEN

Die Perfektionisten

Eine parteiische Einführung in Reproduktions- und Gentechnik

Marina Bellmann und Christine Kenntner haben in ihrem Buch „Die Perfektionisten" versucht, das Thema Gentechnik von der politischen, biochemischen und persönlichen Seite anzugehen; und es ist ihnen, vorab gesagt, vortrefflich und spannend gelungen.

Beim Angehen des Themas, so Christine Kenntner, mußten sie als erstes das Problem lösen, entgegen eigener persönlicher und ethischer Differenzen dieses Thema selber zu erfassen und sich in die Frauen hineinzuversetzen, die eine künstliche Befruchtung oder eine Leihmutterschaft eingehen.

Die Lektüre beginnt mit einer kurzen, aber deutlichen biologischen Einführung in Aufbau und Zusammenhänge der Zellstrukturen und ist auch dann verständlich, wenn es für jemanden nicht die Auffrischung des Abiturstoffes ist. Gleich hier stößt mensch auf eine angenehme Eigenart der Fachbücher beim Schmetterling-Verlag: Auf einem Drittel der Seite sind die Fachbegriffe sofort den Erläuterungen gegenübergestellt, und so erspart man sich das mühselige Blättern nach hinten oder das mögliche Nachschlagen im Medizinlexikon.

Nach der technischen Einführung beginnt unter dem Kapitel Reproduktionstechnologien-Menschenmachertechnologien ein historischer Abriß, der die Geschichte erläutert und kommentiert und bis in die Gegenwart Begrifflichkeiten aufgreift, die einen nach Verständnis derselben in die Lage versetzen, Zeitungsartikel oder andere Publikationen zum Thema auch selber etwas zu bewerten. Aber auch politische Entwicklungen, wie die Veränderungen des Adoptivgesetzes oder die doppelte Moral bei der Verschärfung des § 218 und gleichzeitiger Tolerierung der Geschäfte mit Leihmutterschaft und künstlicher Befruchtung, kommen nicht zu kurz. Dies geschieht so eindringlich, daß nach Beendigung der Lektüre auch Skeptiker(innen) die ungebrochene Folge zu den Eugenik-Versuchen der Nazi-MedizienerInnen erkennen müssen und mensch sich fragt, warum heute „Recht ist, was gestern Unrecht war"?

Exkurse in die „Dritte Welt" (Trikont) oder zu den Rüstungsfabriken für chemische Kampfstoffe beweisen, daß die sog. „Humangenetik", wer hätt's gedacht, auch zutiefst inhuman eingesetzt werden kann, eben so, wie es gerade Gusto der Politik ist.

Christine Kenntner arbeitet als Fachlehrerin für Vorschuldidaktik und kam durch ein Gentechnik-Seminar in Essen, das sich mit Forschungen an Frauen in der NS-Zeit beschäftigte, zum Thema. Sie gestaltete den allgemeinen politischen Teil und erlebte die Entwicklung der letzten Jahre so rasant, daß sie viele Befürchtungen theoretischer Art beim Schreiben schon heute eingetreten sieht.

Marina Bellmann ist Chemie-Ingenieurin in der Kunststoffverarbeitung, hatte sich aber schon lange für das Thema Biochemie interessiert und sich eingearbeitet. Sie arbeitet beim AK-Frauen der Grünen, Sektion Gentechnik.

Beide Frauen eint die Einsicht in die Notwendigkeit, Widerstand gegen die Technologie zu leisten und zwar darüber, daß das Stillschweigen in der Öffentlichkeit gebrochen wird, und über eine Nichtakzeptanz die Durchsetzung der Gentechnik gestoppt, zumindest erschwert wird. Sie verstehen das Buch als „Einstiegsdroge", um zukünftig die tägliche Lektüre besser bewerten zu können. ●

Andreas Küstermann

Die Perfektionisten
Marina Bellmann, Christine Kenntner
Schmetterling-Verlag Stuttgart, 147 S., DM 18.90
Waiblinger Str. 20a
7000 Stuttgart 50
☎ (0711) 56 20 22

Schule der Zukunft – Freie Schule Kreuzberg

Nach einer anstrengenden Sitzung habe ich das Buch auf der Zugfahrt von Bonn nach München gelesen. Schnell hatte ich mich festgelesen, Erinnerungen an die eigene Schulzeit kamen hoch. Zwischendurch konnte ich aus dem Fenster sehen und mich an dem Grün und den blühenden Bäumen erfreuen, wie im Buch an den blühenden Gedanken. Es ist wichtig, daß die Praxiserfahrungen mit soviel Kenntnis, ja grundsätzlicher gesagt, soviel Engagement und Liebe zu den Menschen den LeserInnen deutlich gemacht werden.

Muffige Pädagogen werden sich grausend und graunzend „abwenden". Für sie ist „sowas" nicht machbar und basta.

Oft wird den Freien Schulen – und auch nicht zu Unrecht – vorgeworfen, daß sie ein „Anti-Konzept" haben und „wissen", was sie nicht so machen wollen wie die staatlichen Regelschulen. In diesem Buch wird von Adelheid Sieglin und Walter Goll deutlich dargestellt, warum, wie und wofür eine Konzeption der Freien Schulen dienen soll: Anregungskultur fördern statt Kinderbändigung, ganzheitlich statt linear – und das alles nicht in einer abstrakten Form sondern klaren Vorstellung des „Warum" und „Wie".

Herausragende Kapitel sind für mich z.B.:
„Das Beispiel Mathematik" mit Aspekten zu: Woher kommen die Zahlen? Konkrete Schritte zum Rechnen...
„Das Beispiel Deutsch – Die Kinder auf dem Weg zur Sprache und Schrift"
„Ganzheitliche Entwicklung durch eine neue Anregungskultur"
„Das Spiel": Das freie Kinderspiel ist Lernen und Arbeiten mit beiden Gehirnhälften...
Weitere wichtige Anregungen gibt es in den Kapiteln „Sichtweisen kindlicher Entwicklung", „Beziehungs- und Inhaltsaspekt", „Keine Zensur, keine Benotung", „Elternarbeit" und den „Bildungspolitischen Blick in die Zukunft".

„Es ist eine alte Weisheit, daß ein Mensch dann besonders lern- und entwicklungsfähig ist, wenn er sich wohlfühlt. Die innere und äußere Geborgenheit ermöglichen optimales Wachstum..." (S. 98).

In vielen unserer „alternativen Bildungsveranstaltungen" berücksichtigen wir solche „einfachen Weisheiten" kaum. Im vorliegenden Buch finden wir Anregungen (und die sind nicht nur auf die schulische Pädagogik mit Kindern beschränkt), wie wir zu einem besseren „Wohlfühlen" selbst beitragen können.

Den Schlußaussagen ist wenig hinzuzufügen: „Solange SchulverwaltungsbeamtInnen und GesetzgeberInnen in den Bildungsbereichen nicht mehr Freiräume für Veränderungen übriglassen, können die positiven Vorstellungen und Erfahrungen mit Freiheit, Kreativität und Vielfalt nicht Eingang in das Bildungswesen finden. Die hierarchische Struktur muß demokratischen Formen weichen. Daraus ergäbe sich die Chance, daß die Beteiligten die Gestaltung ihrer jeweiligen Bildungseinrichtungen selbst bestimmen können und der staatliche Eingriff auf die Rechtsaufsicht beschränkt wird. Angesichts von Perestroika und Glasnost wirkt unser real existierendes staatliches Schulmonopol wie ein Anachronismus. Aufgrund der bestehenden Angleichung der Europäischen Gemeinschaft auch im Bildungswesen gilt es, die Voraussetzungen für reformpädagogische Praxis auch bei uns zu schaffen. ●

Heinz Schulze (AK Päd. Paulo Freire, München)

Das Buch ist erschienen in Berlin. ISBN 3-927821-00-4. Preis 28,- zzgl. Porto und Verpackung. Bezug: Walter Goll, Sensenheimer Str. 9, 1000 Berlin 12.

Anzeige

sand im getriebe der bundeswehr
oder: total verweigern
---
michael jackson ist kein mensch sondern ein produkt
---
red cops: streetgangs gegen nazis
---
diskussion um einen neuen radikalen jugendzusammenschluß
---
gedichte, "the ex" - interview, techno-beat, deserteure, infoläden, koedukation, antifa, militarismus und sexismus, der kampf um unsere träume, frauen u. sprache...
---
probeheft gegen 1,60 bei: sterneck, im schloßhof 1 6450 hanau 1

INITIATIVEN GEGEN DIE COMPUTERISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Rote Karte für Karten-Telefon!

Ende Juli trafen sich in Heidelberg die „Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" zu ihrem 3. Aktionsseminar. Eingeladen hatte die Heidelberger Initiative „TelekommunikAKTION".

Dirk Bethe, Redaktion Heidelberg ● „Immer größere Teile des gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Bildung, Kommunikation...) werden auf die elektronischen Netze und ihre Endgeräte verlagert." So hatte es in der Einladung zum Initiativentreffen geheißen, und gekommen waren VertreterInnen von ISDN- und Datenschutzinitiativen, Arbeitsloseninitiativen. gewerkschaftlicher Basisgruppen und einschlägiger Kritiker-Organisationen zwischen Hamburg und Wien. Leider stand jedoch die Zahl der Teilnehmenden (knapp 40) im umgekehrten Verhältnis zur Brisanz der diskutierten Themen.

„Telefonieren ohne Münzen"

Einer der Schwerpunkte war die Diskussion über die breit angelegte, aggressive Einführung von Kartentelefonen. Inzwischen haben wir sicher alle schon einmal die Erfahrung gemacht: Wir warten in der langen Schlange vor den Münzfernsprechern, während die Kartentelefonzellen leer sind. Ohne Rücksicht auf die tatsächliche Verbreitung der Karten will die Deutsche Bundespost Telekom mit einer massiven Austauschaktion der „Münzer" gegen die neuen Kartentelefone Akzeptanz für das „Telefonieren ohne Münzen" erzwingen – anstatt das Naheliegende zu tun: dafür zu sorgen, daß die Münzer Wechselgeld herausgeben können. Die Post verspricht sich davon offentsichtlich Einsparungen bei für das Münzen-Einsammeln notwendige Personal.

Bislang waren lediglich Chipkarten, auf denen Werteinheiten gespeichert sind, im Einsatz. Diese werden beim Telefonieren entwertet, bis die Chipkarte leer ist. Vor kurzem läutete die Post nun die nächste Runde ihrer Strategie ein: Sie bietet Karten an, mit denen „unbegrenzt" telefoniert werden kann; das bedeutet, daß die Karte zur maschinenlesbaren Identifikationskarte wird. Die vom Kartentelefon erfaßten, personenbezogenen Daten werden direkt vom Apparat aus über Datenleitung zu einem Gebührencomputer der Post übertragen und auf dem persönlichen Telefonkonto des/der KarteninhaberIn registriert. Problem dabei ist, daß die Telefondaten (welche Nummer wurde wann, wie lange und von welcher Telefonzelle aus angerufen?) nun auch beim Telefonieren in öffentlichen Telefonzellen personenbezogen registriert und gespeichert werden. Außer vielfältigsten Telekommunikationsprofilen werden damit nun auch Bewegungsprofile möglich.

Aufhebung der Anonymität

Die Initiativen wollen nun Problembewußtsein schaffen: Auf dem Treffen wurde ein Flugblatt vorgelegt, welches überall ausgelegt und verteilt werden soll. Denn eins wurde in der Diskussion klar: Sollten sich die Kartentelefone tatsächlich durchsetzen, so daß es dann praktisch keine Münzer mehr gäbe, haben wir die Entscheidungsmacht der Post übergeben. Die Post kann dann nämlich jederzeit den Chipkartenverkauf beenden – wegen „Lieferprobleme" beispielsweise, oder aus „ökologischen" Gründen (Entsorgung der Chipkarte) –, ohne daß wir gefragt würden. Die Telefonzellen als letzte „Anonymitätsinseln" im ISDN-Zeitalter gehören dann endgültig der Geschichte an. Denn bei Privat- und Firmenanschlüssen ist die Aufhebung der Anonymität ja bereits beschlossene Sache: In den digitalisierten ISDN-Vermittlungsstellen wird gespeichert, wer wen wann wie lange anruft. Insbesondere in Kreisen von Beratungsstellen, deren Arbeit wesentlich u.a. von der Anonymität des Telefonierens abhängt, werden diese Entwicklungen sehr besorgt registriert.

Außerdem: Wenn eines Tages Telefonzellen nur noch mit den personenbezogenen Karten funktionieren, werden all diejenigen ausgeschlossen sein, die wegen mangelnder „Bonität" (Kreditwürdigkeit) solche Karten nicht bekommen werden: „Verbraucherschutz" in der 2/3-Gesellschaft...

Mit der Aktion gegen die Kartentelefone wollen die „Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" auch eine prinzipielle Kritik am zunehmenden Karten-Unwesen verbinden. So heißt es im Flugblatt:

„Nicht nur Telefonkarten nerven uns. Am Arbeitsplatz werden „Komm- und Gehzeiten" mit Karten erfaßt. Es gibt Karten für „Zugangskontrollsysteme", da werden Karten zu Türöffnern; dabei kann ein Computer speichern, wer welche Tür geöffnet hat. Maschinenlesbare Personalausweise und Reisepässe erlauben die computerisierte Massenkontrolle durch die Polizei. Ab 1. Juli 1991 wird es einen computerlesbaren Sozialversicherungsausweis geben, der beim Arbeitsamt, bei der Krankenkasse, beim Arbeitgeber, Sozialamt usw. vorgelegt werden muß und die Erfassung vereinfachen soll. Scheckkarten für den Geldautomaten und den Kontoabzugsdrucker waren erst der Anfang. Beim Einkaufen soll die Scheckkarte direkt an der Computerkasse maschinell gelesen werden, so werden Einkaufsgewohnheiten und Zahlungsfähigkeit der Kunden überprüfbar. Uns wird bewußt, daß durch die Ausbreitung computerlesbarer Karten immer mehr Daten über das alltägliche Verhalten von Menschen erfaßt werden."

Computerlesbarer Sozialversicherungsausweis

Erheblich ratloser wurde der Initiativenkreis, als es um das zweite große Karten-Projekt ging: den computerlesbaren Sozialversicherungsausweis (SVA). Unter der Überschrift: „Kontrolle und Diskriminierung in der 2/3-Gesellschaft" erläuterte Hartmut Friedrich vom „Institut für Informations- und Kommunikationsökologie" (IKÖ) die beispiellose elektronische Vernetzung von Arbeitsämtern, Rentenversicherungen, Krankenversicherungen, Arbeitgebern etc. rund um den neuen Plastikausweis. Bis auf Beamte, Selbständige und StudentInnen bekommen wir zwischen 1991 und 1995 alle diese Karte. Wenn wir arbeitslos, SozialhilfeempfängerInnen oder sonstige BezieherInnen von Sozialleistungen sind, müssen wir sie jedoch bei der Stelle hinterlegen, von der wir das Geld bekommen. Der Nichtbesitz des SVA wird daher (etwa bei Bewerbungen, Wohnungssuche etc.) zu vielfältigen Diskriminierungen des beschäftigungslosen Drittels in der 2/3-Gesellschaft genutzt werden können.

Die neuen Regelungen trafen als erste die ArbeitnehmerInnen, die auf Jobs unter der DM 470-Grenze angewiesen sind. Und das sind vor allem Frauen – die ja besonders im „ungelernten Bereich" sehr oft gar keine andere Stelle bekommen. Seit 1.1.90 muß nämlich jede Beschäftigung gemeldet werden und über einen Zentralcomputer in Würzburg, in dem alle DM 470-Leute gespeichert sind, wird überwacht, ob jemand mehr als einen Job hat oder neben dem Job noch Sozialleistungen erhält.

Während die Kritik auf der Hand lag, tat mensch sich mit Ideen für Aktionsmöglichkeiten schon erheblich schwerer als bei den Kartentelefonen. Denn der SVA kommt, jede/r kriegt ihn und niemand wird nach „Akzeptanz" gefragt. Eine der wenigen Aktionsmöglichkeiten nennt eine SVA-Broschüre des IKÖ (erhältlich für DM 3,- bei: IKÖ, Balkenstr. 17-19, 4600 Dortmund): Mensch könne z.B. mehrere SVA beantragen und – falls er/sie einen Ausweis irgendwo hinterlegen muß – z.B. bei der Wohnungssuche – den „Zweitausweis" vorlegen, um sich nicht als SozialleistungsempfängerIn erkennen zu geben.

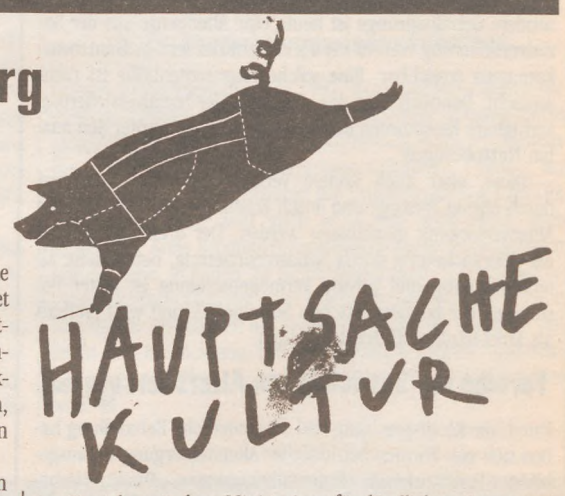
Mitarbeit und Ideen willkommen

Fazit des Treffens: Die sich seit dem ersten Aktionsseminar im April 1989 entwickelnde, überregionale Zusammenarbeit von computer- und telekommunikationskritischen Initiativen konsolidiert sich. Es gibt regelmäßige Treffen, eine überregionale „Koordinationsgruppe" und die „Stille Post" – Rundbrief und Materialdienst. Allein: Viele Initiativen und EinzelaktivistInnen sind es noch nicht, die sich da treffen. Mitarbeit und Ideen sind daher hochwillkommen! ●

Kontakt für Infos, z.B. auch über die anderen Themen des Treffens wie „Sozialhilfe-Automation", etc.:
TelekommunikAKTION, c/o CONTRASTE,
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

KULTURSZENE

3. Kulturbörse Freiburg 20./21.3.1991



Zum 3. Mal findet in Freiburg i.Br. die **Kulturbörse** statt. Die zweitägige Veranstaltung bietet für alle, die auf dem Gebiet der **Kleinkunst** arbeiten (Künstler, Veranstalter, Kleinkunstbühnen, Kulturinstitutionen, Kulturhäuser, Kulturverwaltungen und Medienvertreter) die Chance, sich mit neuen Produktionen aus dem Bereich der **Kleinkunst** vertraut zu machen, Kontakte zu knüpfen und sich insgesamt neue Anregungen für die eigene Arbeit zu verschaffen.

Möglich wird dies zum einem durch kurze Auftritte von Künstlern bzw. Gruppen mit Ausschnitten aus ihren neuesten Programmen (Dauer 15-30 Minuten), zum anderen durch Informationsstände der anwesenden Künstler, Kulturinstitutionen und Agenturen.

Eine mit internationalen Fachleuten besetzte Jury wählt die Teilnehmer für die Kurzauftritte aus; die Jury ist damit gleichzeitig der Garant für ein anspruchsvolles Niveau der einzelnen Beiträge.

Neben der Möglichkeit zur besseren Information verfolgen die Veranstalter mit der **Kulturbörse** natürlich auch das Ziel, die bereits bestehenden Kontakte mit dem benachbarten Frankreich und der Schweiz zu intensivieren und den kulturellen Austausch zwischen den drei Ländern zu verstärken.

Die Veranstaltung wird vom **Kulturamt** der Stadt Freiburg, Münsterplatz 17, (Tel. (0761) 2 16-30 26) durchgeführt, von dort erhalten alle Interessenten weitere Informationen sowie die notwendigen Anmeldeunterlagen
(**Anmeldeschluß**: 31.12.1990).

Alltagskultur, Basiskultur, Soziokultur in der DDR

Die Bundesvereingung soziokultureller Zentren wird vom 12. bis 14. Oktober im Kulturhaus im Ernst-Thälmann-Park im Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg einen Kongreß zur Soziokultur in der DDR durchführen. Angesprochen sind die zahlreichen Initiativen, die in ungenutzten oder besetzten Häusern Kulturarbeit machen, die Stadtteilkultur aufbauen wollen, die einfach neue Ideen einer anderen Kultur jenseits der Musentempel realisieren wollen. Angesprochen sind auch die Betreiber der noch aus SED-Zeiten stammenden Kulturhäuser, insofern sie vorhaben, ihre Häuser in unabhängige soziokulturelle Zentren umzuwandeln.

Angesichts einer Kulturpolitik in der DDR, die offenbar kaum die traditionellen Institutionen der „Hochkultur" erhalten will, drohen all diese Gruppen und Einrichtungen mit Sicherheit unter die Räder der Marktwirtschaft zu kommen.

Die Bundesvereinigung will bei dem Kongreß in Form von Arbeitsgruppen praktisches Wissen vermitteln, z.B. zu Organisationsmodellen von Kulturzentren, Steuer- und Vereinsrecht, Zusammenarbeit mit kommunaler Kulturverwaltung. Außerdem sollen Diskussionen Möglichkeiten erkunden, in wie weit ein Zusammenschluß auf DDR- oder Länderebene möglich wäre.

Nähere Informationen erhält man bei:
Andreas Kämpf, c/o Kulturzentrum GEMS
Mühlenstr. 13, 7700 Singen
Tel. (07731) 6 31 66

Soziokultur im Ländlichen Raum in BaWü

Tagung vom 28. bis 30.9.1900 im Köllbachhaus in Simmerfeld.

Durch die Tagungen des Ministeriums für ländlichen Raum Baden Württemberg im Jahr 1989 in Bad Rappenau und Niederstetten sind die Defizite des Ländlichen Raums und insbesondere auch die Defizite der kulturellen Entwicklung des Ländlichen Raums in Baden-Württemberg zu einem Thema der Landespolitik geworden. In Weiterführung dieser Diskussion veranstaltet die LAKS Baden-Württemberg e.V. eine Fachtagung für Mitarbeiter aus soziokulturellen Initiatitiven und Zentren des Landes, die die innovative und eigenständige Betreuung der soziokulturellen Arbeit im ländlichen Raum zum Thema hat.

Augangspunkt dabei ist die Erfahrung, daß auch im ländlichen Raum ein großer Bedarf an soziokulturellen Einrichtungen besteht, daß jedoch die Förderungsmöglichkeiten durch die Landkreise gering sind, so daß die Überlebenschancen dieser Initiativen schlechter als in den Städten sind.

Die Tagung wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachbereichen der Universität Tübingen (Empirische Kulturwissenschaft, Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaft) und im Kontakt mit dem Ministerium für ländlichen Raum und den Landtagsfraktionen der politischen Parteien durchgeführt.

Es ist eine Reihe von wissenschaftlichen Vorträgen zum Strukturwandel des ländlichen Raums, zur Frage der eigenständigen Regionalentwicklung und der Rolle der soziokulturellen Kulturarbeit im Verhältnis zur traditionellen Vereinskultur geplant, wobei auch die prinzipielle Frage erörtert werden soll, wieviel Aufklärung der ländliche Raum nötig hat bzw. wieviel er verträgt. Angefragt als Referenten sind u.a. Albert Herrenknecht (Verband Eigenständige Regionalentwicklung), Julian Aicher, Andreas Dornheim (beide EKW, Uni Tübingen), Prof. Lothar Böhnisch (Sozialpädagoge, Uni Tübingen), Dr. Rainer Trepow (Erziehungswissenschaftler, Uni Tübingen), Baudirektor Simon (MLR, Verfasser der Kunstkonzeption ländlicher Raum), ein Landwirtschaftsexperte der Grünen B/W (N.N.), Dr. Dieter Kramer (Kulturamt Frankfurt, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft).

Darüberhinaus ist ein Podiumsgespräch von Vertretern der Landtagsparteien und Mitarbeitern soziokultureller Initiativen vorgesehen, bei dem die Entwicklungsmöglichkeit einer innovativen Kulturarbeit abseits der großen Städte erörtert werden kann.

Zur Veranschaulichung von konkreter Kulturarbeit mit regionalistischem Hintergrund spielt die Theatergruppe Lindenhof aus Melchingen im Rahmen der Tagung das Strittmatter-Stück „Polenweiher" im Kulturhaussaal von Simmersfeld.

Anmeldung:
LAKS Baden-Württemberg e.V.
Tagung „Soziokultur im LR"
Eckard Holler
Herrenberger Str. 15
7400 Tübingen

Hauptsache Kultur

Hauptsache Kultur
Bundesweiter Ratschlag in Hamburg zu Stand und Perspektiven von Sozio-und Stadtteilkultur

Hauptsache Kultur? Diese Formel scheint das Leitmotiv für die Gesellschaftspolitik der 90er Jahre zu sein. Unscharfe Konturen einer künftigen „Kulturgesellschaft" lassen allzu schnell vergessen, daß die vielfältigen Probleme unserer Zeit nicht durch opulente Stadtinszenierungen und kulturelle Geschäftigkeit gelöst werden können.

Hauptsache Kultur! Soziokulturelle Initiativen waren angetreten, gesellschaftsverändernde Kräfte zu entfalten. In zunächst starkem Kontrast zu sogenannter Hochkultur organisierten Theatergruppen, Medien-Initiativen, Geschichtswerkstätten, Stadtteilzentren, Bücherhallen und andere Projekte den Aufbruch in eine „bessere" Kulturwelt. Die Gesellschaft sollte grundlegend demokratisiert werden, der Alltag kreativ, die Kreatitivität alltäglich sein. Wie sieht die Bilanz aus? Was sind die Perspektiven?

Hauptsache Kultur. Die Gesellschaft verändert sich rapide. Konkrete Utopien sind verlorengegangen. Lebensbewältigung wird individualisiert. Konsumorientierte Lebensstilentwürfe drängen in den Vordergrund. Können oder wollen soziokulturelle Initiativen hier Antworten bieten?

Diese Fragen stehen auf der Tagung im Mittelpunkt von Referaten und Diskussionsforen, die sowohl für Fachleute als auch für interessierte Laien zugänglich sind. Neben zentralen Veranstaltungen und einer Info-Börse wird Gelegenheit zu Einblikken in Arbeitsfelder „vor Ort" geboten.

Zielgruppen der Tagung sind MitarbeiterInnen aus soziokulturellen Initiativen, KünstlerInnen, StudentInnen, Fachöffentlichkeit aus Verwaltung, Politik und Medien, Gäste aus der DDR und interessiertes Laienpublikum.

Anmeldung und Information:
Hauptsache Kultur
Beethovenstr. 66, 2000 Hamburg 76
☎ (040) 291 88-27 39
FAX (050) 390 98 66

WOHNPROJEKT MIT BEHINDERTEN

Integration in den Alltag

Eines der wenigen alternativen Projekte, die schon vor dem Umbruch in der DDR entstanden waren, ist die Wohngemeinschaft DAS NEST in Boitin, Mecklenburg. Hier leben und arbeiten fünf MitarbeiterInnen mit geistig Behinderten zusammen.

K.-H. Naujoks, Redaktion Heidelberg ● Domizil ist ein Pfarr- und Gutshaus aus dem vorigen Jahrhundert im Besitz der Kirchgemeinde Tarnow, gepachtet vom Diakonischen Werk der Landeskirche Schwerin. Eine solche Trägerschaft war überhaupt erst einmal Voraussetzung, um die Wohngemeinschaft bilden zu können. Wenigstens die Kirche bot in der Vergangenheit Schutz und Freiraum für ein derartiges Projekt. Inzwischen kollidieren aber Eigentums- und Pachtverhältnisse mit den Bestrebungen der WG-Leute. Sie möchten gerne erweitern, eine benachbarte Scheune ausbauen und Landbau betreiben. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Interessenskonflikt auflöst. Als Zeichen ihrer Autonomiebestrebungen haben die Boitiner einen Freundeskreis e.V. gebildet und eine Satzung entworfen. „Der Verein und dessen Vermögen dient ausschließlich dem Zweck, das Projekt (...) zu unterstützen. (...) Die Mitglieder erklären sich den Zielen, Methoden und Personen des Projektes solidarisch und unterstützen es entweder finanziell (...) oder auf methodisch bzw. organisatorisch beratende Weise", heißt es da.

Die Eigenart der Behindertenbetreuung kann man mit dem Prinzip Normalität auf ein Wort bringen. Es gibt hier keinen streng reglementierten Tagesablauf, von den Mahlzeiten und festen Beschäftigungen abgesehen. Behinderte haben freien Aus- und Eingang, eigene Zimmer. Psychopharmaka sind auf das Allernötigste herabgesetzt. Die MitarbeiterInnen machen Freizeitangebote, Martin Killat, Initiator des Projektes, versucht zu alphabetisieren. Rehabilitationspädagogische Arbeit erfolgt vor allem in Gestalt mannigfachen Sozialtrainings. Das kommt in der einfachen Alltagsbewältigung herüber. Wöchentlich trifft sich das Team zur Besprechung, alle 14 Tage sind die Behinderten dabei und reden mit, soweit es die Intelligenzminderung zuläßt. Alle machen alles, es gibt keine gesonderten Posten für Putzen, Heizen oder Einkaufen.

DAS NEST tritt den Nachweis an, wie im Vergleich zu Heimen und Stationen dem Hospitalisierungssyndrom vorgebeugt werden kann und Behinderte angemessene Lebensqualität erreichen. Immer wieder erfolgen für sie Anstöße zur eigenen Lebensbewältigung, geschützt natürlich.

Ökonomische Zwänge

Im Umfeld der WG haben sich gravierende Veränderungen ergeben, die zum Umdenken zwingen. Sinnvolle Arbeit muß unter neuen ökonomischen Zwängen gefunden werden. Die Ökonomie war auf alte DDR-Verhältnisse zugeschnitten, wo niemand ernsthaft nach der Rentabilität von Behindertenarbeitsplätzen fragte. Die milieugeschädigte Jutta ist jetzt auf Kurzarbeit zurückgestuft worden. Sie band bisher Besen für das Schweriner Blindenhandwerk. In der Boitiner Gegend ist alles von der Landwirtschaft abhängig. Und die macht gegenwärtig eine frühkapitalistische Roßkur durch. Ein Ausweg liegt in der Ansiedlung von Handwerkern, die vielleicht ebenso alternativ produzieren wollen. Doch dazu sind die Verhältnisse einfach noch zu unübersichtlich.

Anfang 1987 begann es mit dem Projekt. Zunächst der Aus- und Umbau im Inneren des geräumigen Hauses. Die Diakonie finanzierte das Baumaterial, gearbeitet wurde meist umsonst. Das ist ein weiterer Umstand, der die Verselbständigung hindert. Wenigstens erhalten die MitarbeiterInnen seit der Aufnahme Behinderter im Mai letzten Jahres Mindestlöhne.

Wer Boitin eimal aufsuchen möchte, sollte nicht versäumen, sich die ältesten sakralen Wandmalereien Mecklenburgs zeigen zu lassen. ●

Spenden, Infos, Tips usw. an:
Martin Killat, Postfach 46
DDR-2621 Boitin,
oder Konto 1322-44-60820.

NACHRICHTEN VOM VERBAND SELBSTVERWALTETER GRÄFISCHER BETRIEBE

Grafische Betriebe in der BRD

Constantin Bartning, Redaktion Grafische Betriebe ● Die Auflösung eines Kollektivbetriebes haben wir diesmal anzukündigen. Von Schmierdruck in Wiesbaden erreichte uns folgender Text, der mit der Überschrift Bezug nimmt auf den Artikel von Agit-Druck in CONTRASTE Nr. 65 (Februar '90).

„Kollektive gestern und heute – Teil II
Bei uns ist die Puste raus!!

Eine Verkaufsanzeige:
Schmierdruck, eines der ältesten Kollektive Wiesbadens wurde im letzten Jahr 15 Jahre alt. Die Druckerei entstand aus der Jugendzentrumsbewegung und seitdem ist sie ein Teil der politischen Szene geblieben. Aus der anfangs recht provisorischen Druckerei wurde über die Jahre ein Betrieb, mit dem sich Menschen aus der Szene auch einen „selbstbestimmten" Arbeitsplatz schaffen wollten. Mit hohem persönlichen Einsatz haben wir uns selbst während des Produktionsablaufes ausgebildet.

Da das Geld stets ein Problem war, mußte der Aufbau mit möglichst geringem finanziellen Aufwand erfolgen: Durch Arbeitszeit und Nervenkraft (die Selbstausbeutung läßt grüßen) wurde versucht, vieles auszugleichen. Wir finden, daß sich dieser Energieeinsatz zumindest für die Produktionsbedingungen gelohnt hat: Wir haben jetzt eine Druckerei, die durchaus ihren Platz am Rand des „freien" Marktes gefunden hat. Mit großformatigen mehrfarbigen Plakaten, Broschüren, Prospekten, Visitenkarten decken wir einen Teil des Bedarfes an Aufträgen geringer Auflagenhöhe ab.

Was jedoch kräftig gelitten hatte, waren unsere Nerven und zwischenmenschliche Beziehungen im sogenannten Kollektiv. Die wohlbekannten Schwierigkeiten (unterschiedliche Erfahrung mit kollektiven Strukturen, mangelnde Auseinandersetzungsbereitschaft, hierarchische Strukturen, wirtschaftlicher Druck, persönliche Grenzen, Überforderung, Desillusionierung...) hatten die vielen Ein- und Ausstiege zur Folge. Was wiederum in die betriebswirtschaftliche „Katastrophe" führte (Stichwort: ewiges Anlernen).

Nach einem letzten gescheiterten Anlauf ist es jetzt so weit. Auch wenn die Druckerei jetzt die günstigsten Bedingungen denn je hat – wir haben sie jetzt nicht mehr. Wir brauchen Abstand, Ruhe, etc.. Da es hier keine Leute zu geben scheint, die weitermachen wollen, bleibt uns die traurige Lage, den Betrieb entweder komplett oder in Einzelteilen zu verkaufen. Scheiße!

Maschinen- und Inventarliste:

1. Kiekebusch K130, Bj. 1963, Maximalformat 57,5 x 76 cm, in gutem Zustand, 1989 generalüberholt, paßgenau, 6.000 U/h
2. Kiekebusch 3856, Bj. 1966, Format 56 x 38 cm, auch guter Zustand, paßgenau, 8.000 U/h
3. Rotaprint 30, überholungsbedürftig – „Rappelkasten"
4. Reprokamera Geissler Autopos, Bj. 1983, Vorlagenhalter A1, Filmformat 50 x 60, 3 Objektive (240, 304, 480), Durchlicht etc.
5. Kontaktkopiergerät A2
6. Copyproof Entwicklungsgerät, Einlaufbreite 60 cm
7. Plattenbelichter A1
8. Leucht-/Montagetische A1 und A2
9. Entwicklerbecken, Küvette A1, 2 Küvetten A3
10. Polar Schneidemaschine 80 x 80 cm, älteres Modell
11. Multipli Falzmaschine, A4, 2-Bruch
12. GUK-Falzmaschine A3, 2-Bruch
13. Heftgerät

Also eine komplette Druckerei, zum Teil veraltet, jedoch durchaus effektiv für den kleinen Auflagenbereich. Qualitative Grenzen liegen bei 4/4 Broschüren mit höheren Auflagen, bedingt durch den doch relativ hohen und mühsamen Arbeitsaufwand an den alten Maschinen, die in diesem Auflagenbereich einfach nicht konkurrenzfähig sein können. Alles andere (mehrfarbige Plakate bis zum „fast A1 Format", Broschüren, Bücher, Prospekte, auch mal 4/4, bis zur Visitenkarte) läßt sich prima abdecken – finden wir!

Wir hoffen, daß eine Übernahme am vorhandenen Standort doch noch möglich wird oder als zweitbeste Lösung eine Einarbeitung und Übernahme der Maschinen durch ein Kollektiv in der noch DDR."

Anschrift:
Schmierdruck GmbH
Adolfstr. 7, 6200 Wiesbaden
☎ (06121) 30 34 81

Akut Siebdruck/Berlin
Übernahme des Kollektivs gelungen!

Im Frühjahr konnte man mehrfach in der TAZ Anzeigen lesen, in denen mehrere neue KollektivistInnen für einen Siebdruck-Betrieb gesucht wurden. Als Kontaktadresse war **transfer** angegeben. Der wirtschaftlich gesunde und gut ausgestattete Betrieb der Anzeige ist Akut-Siebdruck in Berlin. **transfer** wurde als Kontaktadresse gewählt, um den Betrieb möglichst nicht bei Kunden ins Gerede zu bringen.

Der Hintergrund der Aktion:

Im Sommer 89 kündigte bei Akut ein Gründungsgesellschafter seinen Ausstieg an, um nach Kassel zur Grafischen Werkstatt zu gehen. (Hier hatte bei der „Abwerbung" noch die landschaftliche Lage von Kassel geholfen.) Die Ausstiegsentscheidung löste unter den verbliebenen vier KollektivistInnen eine Auseinandersetzung aus, die zum kurzfristigen Ausstieg eines weiteren Druckers führte. Dieser Konflikt hinterließ tiefe Wunden in der Restgruppe, die auch den Einstieg von zwei neuen Leuten im Spätsommer von Anfang an belastete, denn verschiedene Konflikte im alten Restkollektiv waren nicht ausgetragen worden.

Das neue Kollektiv wuchs nicht zusammen. Anfang des Jahres entschlossen sich daher die beiden NeueinsteigerInnen zu kündigen und den Betrieb zu verlassen, sobald NachfolgerInnen gefunden wären. Als die letzte noch im Kollektiv arbeitende Gründerin von einer längeren Auslandsreise zurückkehrte und die desolate Situation vorfand, entschloß sie sich, den Betrieb ebenfalls zu verlassen, sobald eine NachfolgerIn gefunden und eingearbeitet wäre.

Die zwei verbliebenen KollegInnen stellten daraufhin ihre weitere Arbeit im Betrieb ebenfalls zur Disposition. Vor diesem Hintergrund wurde die Anzeige in der taz geschaltet. (Tech. Ausstattung und Auftragssituation waren und sind bei Akut gut.)

Auf die Anzeige und über persönliche Kontakte kamen insgesamt 12 BewerberInnen zusammen. In zwei Gesprächsrunden schälte sich aus dieser BewerberInnenschar schnell eine Gruppe von drei Kolleginnen und einem Kollegen heraus, die fachlich in der Lage ware, den Betrieb zu übernehmen, und die untereinander und mit den verbleibenden zwei Leuten ein Vertrauensverhältnis aufbauen konnten. Nach ausführlichen Informationen über die wirtschaftliche Lage von Akut entschieden sich die drei Kolleginnen und ein Kollege Anfang Juni in den Betrieb einzusteigen und Geschäftsanteile zu übernehmen. Die Übergabe der Arbeit und das Ausscheiden der alten MitarbeiterInnen findet zwischen Anfang Juni und Ende August statt. Soweit es sich heute beurteilen läßt, verläuft der Wechsel zufriedenstellend.

Was hat aus meiner (Constantin) Sicht zur positiven Entwicklung beigetragen?

1. Die auch im Konfliktfall noch hohe Verantwortung der drei AussteigerInnen für den Betrieb, die eine geordnete Übergabe des Betriebes sicherstellten – und für sich damit den Verkauf ihrer Geschäftsanteile zum Nominalwert.
2. Das Beiziehen von Beratern. Nach dem ich als Vertreter der Kollektiv-Leasing Anfang Januar zu einem Krisengespräch hinzugezogen worden war, entschied sich die Gruppe zu einer Betriebsberatung bei STATTwerke (einem Berliner Beratungskollektiv). In dieser Beratung wurde die Krise der Gruppe aufgearbeitet und die notwendigen Schritte zur Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit wie für das Suchen neuer MitarbeiterInnen vereinbart.
3. Die Gespräche mit den BewerberInnen sowie die Auswahl und Entscheidungsprozesse fanden dann unter meiner Gesprächsleitung statt. Dadurch waren die KollegInnen von der Aufgabe der Strukturierung von Diskussion und Information entlastet. Sie konnten im Lauf des Prozesses diese Aufgaben wieder übernehmen.
4. Das Selbstbewußtsein und die konstruktive Haltung, mit dem die neuen KollegInnen an den Einstieg in den Betrieb herangegangen sind.

Akut Siebdruck ist Mitglied von **transfer**.

ARBEITSPLATZANGEBOTE/KOLLEKTIVEINSTIEG

Das Druckforum in Karlsruhe sucht ein oder zwei neue Leute für den Einstieg ins Kollektiv. Druckforum bietet mit modernen Maschinen Schnelldruck und dessen Weiterverarbeitung an. Von den vier KollektivistInnen (3 F., 1 M.) steigen zwei Frauen in Laufe des Jahres aus.

MASCHINENANGEBOTE

Eine ältere **Vertikalkamera** wird von Alpdruck Marburg zum Verkauf angeboten.
☎ (06421) 6 32 92

SEMINAR/TRAINING

Verkaufs- und Reklamationsgespräche:
Wie sollten Verkaufsgespräche so geführt werden, daß
– alle notwendigen Informationen für **beide** Seiten klar sind,
– das Gespräch nicht länger dauert als notwendig (es sei denn, wir haben Zeit und Lust dazu) und dennoch keine Hektik aufkommt,
– KundInnen mit einem guten Gefühl weggehen und wiederkommen und wir ebenfalls.
In dem Seminar werden wir uns mit diesem alltäglichen Thema beschäftigen. Neben Theorie wird es ausprobiert werden. Aus diesem Grunde nehmen wir an dem Seminar Leute aus SV Grafischen Betrieben und aus SV Fahrradläden teil. JedeR wird dem anderen seine Produkte „verkaufen".
TeilnehmrInnenzahl: ca. 16 Leute
Da wir mit großem Andrang rechnen, ist eine frühzeitige verbindliche Anmeldung erforderlich.
Das Seminar findet vom **27.1. vormittags bis 30.1.** mittags in Kassel statt.
TeilnehmerInnenbeitrag: 350 DM bzw. 250 DM für **transfer** Mitglieder.
Für Unterkunft und Übernachtung sind ca. 150 DM erforderlich.
Anmeldung an: transfer
Paul-Linke-Ufer 44a
1000 Berlin 36

KURZ BERICHTET

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZMELDUNGEN

Der blätterwald zieht um!!

Die blätterwald Genossenschaft, eines der älteren (seit 1981), eines der größeren (ca. 20 Arbeitsplätze) selbstverwalteten Projekte, zieht um.

Petra Inden, Redaktion Rhein-Main ● Die Mietexplosion in der Frankfurter Region trieb das Umweltschutzpapier verarbeitende Kollektiv von Oberursel nach Weilmuster, also in den Hintertaunus – und siehe da: Die in wenigen Wochen gefundene Halle bietet sogar mehr Platz als der blätterwald selbst braucht. Und daher sucht der blätterwald noch Unter-/Mit-Mieter.

Die Reihenfolge ist auch klar. Am liebsten soll eine selbstverwaltete Druckerei die bis zu 500 qm in der Halle und 200 qm Büro nutzen, denn pc Werkdruck, die bisherige „Hausdruckerei" des blätterwald, möchte im Frankfurter Raum bleiben. Die „Silbermedallie" würde an einen anderen selbstverwalteten Betrieb gehen, mit dem auch soziale Aspekte (Kantine, Kindergruppe, Musik machen) aufgezogen werden können.

Wenn alle Stricke reißen und sich bis Anfang Oktober noch nichts herauskristallisiert hat, muß die Fläche halt einem xy-Normalo-Betrieb angeboten werden, da für uns allein die Halle zu teuer wird.

Sie kostet übrigens 8,-DM/qm, die Halle ist Ende der 70er Jahre erbaut worden, wird vom blätterwald nach baubiologischen Gesichtspunkten umgestaltet (wenn die Finanzierung klappt) und besitzt den Vorteil, daß kein einziger Pfeiler die Planungen beeinträchtigt.

Da der blätterwald auch daran denkt, eine eigene Druckerei aufzumachen, könnten sich auch Leute mit Berufserfahrung auf diesem Sektor (Druck, Repro, Montage) melden.
Interessenten wenden sich bitte an:
blätterwald eG, z.Hd. Arno Jung,
Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5
☎ (06171) 7 80 11, FAX (06171) 7 60 48.

SCHREINEREITREFFEN

Das Schreinereitreffen findet vomm 5.-7.10.90 bei der Holzcoop, Brabantstr. 73 in 5100 Aachen, ☎ (0241) 50 49 38, statt.
Das letzte Treffen ging über Tropenholz, hierzu werden wir als Ergänzung die Robinie vorführen.

Schwerpunktthema dieses Treffens ist „Erfahrung aus der Praxis" im Bereich Lärm, Staub und Chaosreduzierung.

Als Referent hat Gerd Baller zugesagt, der unter anderem bei uns als Leiter des Projektes Humanisierung der Arbeit in Kleinstbetrieben und Mitarbeiter der Technologieinnovationsstelle von Innungen und Gewerkschaft war.

Was soll bedeuten:
Die Fräse hat eine Absaugung von unten,
Die Kreissäge hat einen Vorschub,
der Kompressor steht im Abseits und ist völlig isoliert...

Wir brauchen unbedingt Fotos von guten Ideen aus Euren Werkstätten, am besten schon vorab und auch wenn Ihr nicht kommt!!!

Jedem, der sich interessiert, schicken wir ein Programm zu. Kosten: ca. 65,- DM für Übernachtung und Verpflegung. Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum **20.9.90.**

Redaktion Heidelberg und Grafische Betriebe ● Die KollegInnen der **Handbuchbinderei -Papyrus-** in Berlin Prenzlauerberg haben sich inzwischen in „Aurin" (M. Ende) umbenannt und die ersten Fluktuationen des Kollektivs hinter sich. Inwischen wollen sie eine gemeinnützige Behindertenwerkstatt aufbauen, die auch Aufträge aus dem Bereich der Industriebuchbindereien übernimmt. Die Suche nach dafür geeigneten Geschäftsräumen war jedoch noch nicht erfolgreich. Lediglich eine Bruchbude wurde von der kommunalen Gewerberaumverwaltung angeboten – mit der Forderung, für bereits geleistete Instandsetzungsarbeiten 50.000 DM Abstand zu bezahlen.

KollegInnen in **Stendal** haben eine Woche lang beim **Kartenhaus** Kollektiv über die Schulter gesehen und wie sie schreiben, jetzt eine Vorstellung davon bekommen, was Druckereibetreiben bedeutet. Jetzt müssen wir sie mit weiteren Informationen versorgen.

Sie schreiben: „Wir wollen uns eine A3-Maschine hinstellen und die Vorstufe außer Satz (in Stendal macht das jemand) auch selbst bewerkstelligen, also auch eine Reproabteilung einrichten. In der Weiterverarbeitung wollen wir uns auf das Schneiden und Falzen beschränken ... Im Laufe der Zeit wollen wir selbstverständlich außerdem selbst Kontakte zu anderen Druckereien knüpfen. Als nächstes sind Besuche in Halle und Hamburg geplant. Ist schon ein irres Gefühl – jetzt geht's los!"

Die Kollegen von **Blattwerk** in Halle haben sich eine DTP-Anlage sowie eine gebrauchte Reprokamera zugelegt und vom Druckerwerkstattkollektiv in Darmstadt eine kleine Schneidemaschine gekauft. Um ihre Rotaprint R30 schwingungsfrei betreiben zu können, mußten sie den morschen Fußboden ihrer Werkstatt durch das Einziehen einer Stahlbetondecke ersetzen.

Lüpo/Druckforum Karlsruhe hat im Juni zwei Wochen seines Urlaubs für Gerätebeschaffung und Aufstellung verwendet. Und Olaf/Hinterhofdruckerei hat sich verdient gemacht beim Erforschen, um was für einen Typ von Entwicklungsmaschine es sich handelt, die sie mit ihrer R30 zusammen geschenkt bekommen haben. Es ist ein für diesen Betrieb sehr nützliches Gerät für die Herstellung von Copyrapid Offset Platten.

Seit dem 2. Juni sind die Kollegen im vollen Produktionsstreß – jedenfalls haben wir seit vier Wochen nichts mehr von ihnen gehört.

In **Leipzig** ist aus den Ansätzen einer Druckerei im Haus der Demokratie erst mal nichts geworden: Der eine Kollege ist inzwischen Angestellter des Neuen Forums, der andere macht seinen Ersatzdienst.

In **Dresden** entsteht ein Projekt im Zusammenhang mit der bisher einzigen CONTRASTE-DDR-Redaktion. Dort wird ab Anfang September ein Satzbetrieb und eine Druckerei entstehen. Geplant ist, nach Abschluß der Gespräche mit einem Dresdner Verlag in enger Kooperation auch Fotosatz mit PDP Textline 5 anzubieten. Der Druckereibetrieb läuft zunächst nur auf A4-Maschinen und im Siebdruckbreich, aber sobald Räume da sind, soll zügig ausgebaut werden. Die Verhandlungen um Miete oder Kauf von Räumen sind allerdings, wie überall in der DDR, aufreibend. Hier werden noch gebrauchte Geräte für die Repro, Weitververarbeitung und eine A3-Maschine gesucht. Angebote bitte an CONTRASTE Heidelberg.

Die Betriebsgründer eines **Projektes in Potsdam** haben zwar ausreichende Geschäftsräume für DTP-Satz und Repro, dafür fehlen jedoch noch qualifizierte KollegInnen zum Mitmachen. Aufträge sind bereits genug vorhanden. Und eine Bank hat trotz Währungsumstellungsstreß eine Kreditzusage gegeben.

Daß **Geschäftsräume** häufig ein zentrales Problem für Betriebsneugründungen sind, werdet Ihr auch der Tagespresse entnommen haben. In Berlin sind es inzwischen auch die Gewerbemieten. So zahlt ein neuer Druck-Ein-Mann-Betrieb für 40 qm 600 DM Miete monatlich. Angesichts dieser Bedingungen fängt man fast an, auf die zu erwartende Pleitewelle in der DDR zu hoffen, die auf jeden Fall Gewerberaum freimachen dürfte...

Insgesamt scheint es mit der **Selbstverwaltung in der DDR** noch(?) nicht voranzugehen. Auch in anderen Branchen tut sich wenig. Uns sind darüberhinaus zwei grafische Betriebe bekannt, die von der **Belegschaft übernommen** wurden. Einzelheiten können wir jedoch erst nach weiterer Recherche berichten.

4. FRÜHLINGSTAGE IN BERLIN

„Wir geben Antworten auf Fragen, die uns keiner gestellt hat"

Ende Mai 1990 trafen sich knapp 90 KollegInnen aus dem Grafischen Gewerbe zu den 4. Frühlingstagen in Berlin. Im folgenden ein Überblick über das Treffen durch Frieder & Constantin, Redaktion Grafische Betriebe.

Rückblick:

Vor einem Jahr kam während einer Mittagspause ein Unterstützer der „Umweltbibliothek" in Ost-Berlin und bat uns um Hilfe für die dort unter schwierigsten technischen und vor allem politischen Bedingungen arbeitenden KollegInnen, welche mit Wachsmatrizen unregelmäßig eine der unabhängigen Zeitschriften der DDR druckten.

Diesmal waren bei den Frühlingstagen eine Reihe von KollegInnen aus der DDR, mit denen wir über Aufbau oder Ausbau von grafischen Betrieben diskutierten und Vereinbarungen über Zusammenarbeit treffen konnten (siehe Bericht der Ost-West-AG).

Zum Verlauf:

Es waren sehr entspannte Frühlingstage. Am Donnerstag abend trafen ab 18.00 insgesamt knapp 90 KollegInnen aus Berlin, der DDR und der BRD in der Prinzenallee in Berlin Wedding zusammen.

Um 19.00 Uhr begann ein Plenum mit Vorstellung der TeilnehmerInnen und ihrer Betriebe. Die Tagesordnung wurde leicht geändert: Die AG Ost-West begann schon am Freitag vormittag mit der Arbeit, die AG Frauen in SV-Betrieben wurde auf Sonnabend mittag verlegt und verlief dann parallel mit einer AG Männer und ihr Verhältnis zu Frauen in den Betrieben (siehe Berichte).

Die AG Drupa-Nachlese mußte leider entfallen, da sich kein geeigneter Referent gefunden hatte.

Das Plenum endete um 20.30 h und es folgte der Umbau des Versammlungsraumes in einen Speisesaal. Durch kleine technische Pannen dauerte dieser Umbau fast eine Stunde und so konnte das geplante Menue erst nach 21.00 h beginnen. Es zog sich mit seinen acht Gängen schließlich bis fast drei Uhr in die Nacht und wurde damit wahrscheinlich für die meisten TeilnehmerInnen das ausgedehnteste Essen, an dem sie bisher teilgenommen haben. Leider haben eine Reihe von KollegInnen (mich eingeschlossen) nicht bis zur Tiramisu durchgehalten. Die Stimmung soll bis zum Schluß ausgezeichnet gewesen sein.

Am nächsten Morgen rechneten wir daher mit einem verspäteten Beginn der Veranstaltungen, jedoch waren viele TeilnehmerInnen, insbesondere die aus der DDR, pünktlich um 10.00 h am Tagungsort im Elias-Gemeindezentrum.

Die AG's am Freitag vormittag beschäftigten sich mit: Notwendigkeit von Betriebsverfassungen, Betriebsgründungen in der DDR, Erfahrungen mit Betriebsberatung.

Die Räumlichkeiten im Elias-Gemeindezentrum ermöglichten ein Arbeiten in ruhiger, konzentrierter Atmosphäre – die Ergebnisse belegen es. Die Sitzmöglichkeiten für die Pausen zwischendurch waren allerdings weniger attraktiv. So verkürzten die Arbeitsgruppen die Mittagspause und es wurde länger gearbeitet. Die Ost-West-AG konnte so am Nachmittag weiterarbeiten, bevor sich die KollegInnen auf die AG's „Betriebsverfassung" und „Betriebsberatung" sowie auf „Erfahrungen mit Kalkulationsprogrammen" verteilten (s. Berichte).

Etwa um 18.30 beendeten die AG's ihre Arbeit. Wir machten uns auf den Weg nach Kreuzberg zur Anlegestelle des Kanaldampfers. Da diese direkt gegenüber von Oktoberdruck am Paul-Lincke-Ufer liegt, nutzten viele die Gelegenheit zu einem Besuch der KollegInnen bei Oktoberdruck und Satzinform (Danke an Georg für die Führung), von denen einige trotz Feiertag am Setzen und Drucken waren.

Die Dampferfahrt mit kalten Buffet war eine weitere, von über 50 KollegInnen genutzte, angenehme Gelegenheit zur Fortsetzung der Diskussionen zwischen Betrieben und GründerInnen aus Ost und West. Einige Vereinbarungen über Besuche und Praktika konnten dabei getroffen werden. (So werden demnächst zwei Siebdrucker-Kollegen aus Ost-Berlin für eine Woche nach Reutlingen zu Graffity fahren.)

Außerdem konnten während der Schiffahrt zahlreiche T-Shirts an Mann und Frau gebracht werden, die KollegInnen von Akut-Siebdruck mit dem Motiv und dem Motto der diesjährigen Frühlingstage „Wir beantworten Fragen, die niemand gestellt hat" bedruckt hatten. Einige Hemden sind noch übrig und können gegen eine Spende bezogen werden.

Am Sonnabend früh machten sich die verkürzten Nächte durch z.T. erhebliche Verspätungen bei der Ankunft bemerkbar. Die Arbeitsgruppen am Vormittag konnten daher nur knapp zwei Stunden tagen. Die Arbeitsgruppe „Arbeit und Umweltschutz" verlängerte daher auf den Nachmittag.

Die AG „Selbstverwaltungstheorie" mußte hingegen mitten in einer intensiven Diskussion abgebrochen werden und fand keine Möglichkeit zur Fortsetzung. Denn unmittelbar nach dem Mittagessen, welches wie am Vortag in einem etwa 1 km entferten „Casino" eingenommen wurde, begannen die zusätzlichen AG's „Frauen", „Männer", deren Ergebnisse noch dargestellt werden. An beiden nahmen jeweils ca. 15 KollegInnen teil.

Anschließend faßte die AG „Ost-West" ihre Arbeitsergebnisse zu einem ganzen Bündel von Vorschlägen zusammen, die auf dem Schlußplenum vorgetragen wurden. Aus der AG „Erfahrungen mit dem Einstieg in die elektronische Druckvorstufe" berichtete Doro von Montania kompakt die Schwierigkeiten und Erfolge, die sie in den letzten drei Jahren erlebt haben.

Das Schlußplenum mit ca. 60 TeilnehmerInnen dauerte von 18.15 bis 20.00 und brachte neben einer Schlußrunde, in der die Frühlingstage als angenehm und erfolgreich bezeichnet wurden, folgende Ergebnisse:

1. Die nächsten Frühlingstage werden wieder in Berlin stattfinden, sie sollen jedoch wenn möglich, wieder räumlich an einem Ort und besser erreichbar durchgeführt werden.
2. Die nächsten Frühlingstage werden **inhaltlich** von einer Gruppe von Kolleginnen vorbereitet, deren Koordination bei den Kolleginnen des Kartenhauskollektivs liegen wird.(s. Bericht der AG „Frauen...")
3. Vom 5.-7.10.90 soll in Halle (DDR) ein Treffen zu Fragen der Zusammenarbeit von selbsverwalteten grafischen Betrieben in der DDR stattfinden. (Weiteres s. Bericht der AG.)

Damit waren die Frühlingstage fast beendet. Ca. 25 KollegInnen gingen anschließend noch zusammen ins „Abendrot" nach Kreuzberg und am nächsten Morgen fanden sich noch einmal fast 50 KollegInnen in der Prinzenallee für ein geruhsames Arbeits- und Abschiedsfrühstück ein, bevor sie sich unter die ebenfalls heimwärtsstrebenden Katholiken auf der Autobahn mischten. ●

PALÄSTINA

Mythos Kibbuz

Der vorliegende Artikel war ursprünglich geplant als Beitrag im Rahmen einer Serie zur kontroversen Diskussion sowohl der Siedlungsform Kibbuz im besetzten Palästina als auch der Ideologie des Zionismus allgemein. Der ursprüngliche Charakter des Artikels erklärt die Gedrängtheit und Allgemeinheit in der der Siedlerkolonialismus und der Zionismus dargestellt werden. In beiden Fällen fehlen wichtige Punkte in der Darstellung, etwa die Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nazi-Faschisten oder die enge Verflechtung und ideologische Nähe zwischen „Israel" und dem Burenregime in Azania. Wir denken trotzdem, daß ein Abdruck des Artikels zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch in der vorliegenden Form hilfreich ist.

Redaktion Heidelberg, Palästina-Komittee ● Gerade in diesen Wochen, in denen wir die Wiederauferstehung Großdeutschlands erleben und in denen hier die Probleme der Völker der Welt bestenfalls noch als Fußnote im allgemeinen Begeisterungstaumel von rechts außen bis weit links angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus' auftauchen, ist es umso wichtiger, auf den tiefen Graben hinzuweisen, der zwischen Nord und Süd verläuft, zwischen den imperialistischen Staaten Europas, Nordamerikas und Japan und dem Rest der Welt. Auch der Konflikt um Irak und Kuwait wird allenfalls als Hetze gegen die arabischen, palästinensischen und kurdischen Völker benutzt. Unerwähnt bleibt in allen Medien, von taz bis faz, daß ein möglicher Überfall des gesamten imperialistischen Blocks vor allem eine Bedrohung der palästinensischen und kurdischen Menschen darstellt. Haben es die Imperialisten mittels der Türkei und Israel nicht geschafft, den Freiheitskampf der Kurden und Palästinenser niederzuschlagen, so ist zu befüchten, daß sie die jetzige Präsenz zum Anlaß nehmen, mit den Völkern abzurechnen.

Antiimperialistische Solidaritätsarbeit hatte immer schon mit dem Eurozentrismus der Linken zu kämpfen, d.h. mit der Gewohnheit, europäische Probleme und Maßstäbe auf die ganze Welt zu übertragen. Der Palästina-Konflikt ist ein gutes Beispiel dafür, wie der Eurozentrismus zur bewußten Parteinahme für den Kolonialismus und Imperialismus führt. Nichts anderes ist nämlich das Schweigen zu den Verbrechen „Israels" oder erst recht die unverhohlene Sympathie mit diesem Apartheidsstaat unter Hinweis auf die Verbrechen der Nazi-Faschisten.

Die Intifada des palästinensischen Volkes hat dazu geführt, daß der europäischen Öffentlichkeit der Konflikt wieder ins Bewußtsein kam – die Völker der drei Kontinente sind zu sehr mit „Israel" als direktem Feind konfrontiert, um ihn vergessen zu können. Am 20. Mai 1990 richtete ein Israeli in Uniform ein Massaker an, bei dem 8 palästinensische Arbeiter getötet und über 80 verletzt wurden. Als Reaktion kam es zu den schwersten Aufständen und Demonstrationen seit Beginn der Intifada. Die VNF (Vereinigte Nationale Führung des Aufstands) schrieb in einem Flugblatt dazu: „Ein neues Massaker ist kaltblütig von der Besatzungsarmee verübt worden. Ein weiteres schreckliches Verbrechen ist zu der langen zionistischen Akte von Haß und Terrorismus hinzugekommen. (...). ...Die VNF ruft genau in dem Moment, in dem sie ihr Versprechen und ihre Entschlossenheit erneuert, den Kampf mit euch und unter euch zu eskalieren, und im gleichen Moment, in dem

Fortsetzung auf Seite 11

BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

„Ost-West-AG"

Ziel der Arbeitsgruppe war das gegenseitige Kennenlernen, die inhaltliche Diskussion über Ziele und Erfahrungen der Kollektive in Ost und West sowie das Ausarbeiten von Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit, des Austausches und künftiger Unterstützung.

Tille, Windhueter-Druck ● Die Vorstellungsrunde am Anfang war sehr ausführlich und spannend, da auch sehr viel über die Entstehungsgeschichte der einzelnen Betriebe/Initiativen und ihrem Interesse am Austausch untereinander erzählt wurde. Dabei kristallisierten sich drei Richtungen heraus, aus denen die Betriebe/Inis der DDR kommen:

a) aus der Oppositionsbewegung, die eigene Zeitungen/Flugblätter machten und so auch mit deren Vervielfältigung zu tun hatten,
b) Initiativen, die durch Kontakte mit West-Druckkollektiven entstanden sind, wobei vorher noch keine direkte Berührung mit dem grafischen Gewerbe da war,
c) Initiativen, deren Mitglieder aus dem Gewerbe kommen und schon in Druckereien arbeiteten und jetzt in selbstverwalteter Form weitermachen wollen.
d) Eine vierte Richtung wären noch die von der Belegschaft übernommenen Betriebe, allderdings war (noch) kein solcher bekannt und niemand anwesend.

An die Vorstellungsrunde schloß sich eine offene Diskussion über die Vorstellungen bzw. Erfahrungen, Ziele und Problemstellungen der BRDDR-Betriebe an. Deutlich möchte ich herausstreichen, daß es sich um keine einseitige Angelegenheit handelt, sondern um einen gleichwertigen Austausch. Denn die inhaltlichen Aspekte des Zusammen-Arbeitens bzw. Zusammen-Lebens sind weder in der BRD widerspruchslos geklärt, noch sind sie in der DDR nicht vorhanden (es wurden vielmehr vielfältige Vorstellungen und Erkenntnisse aus bisherigem Arbeiten eingebracht).

So wurde über das Umgehen mit den ökonomischen Zwängen contra den Betriebs-(Individual-)Zielen diskutiert, über die Entstehungsgeschichten der Druckereien, über geschaffene (z.B. durch Maschinenkauf/Schulden) und fehlende Strukturen, über die Anforderungen an die allseits kollektivistisch entwickelte Persönlichkeit, über begrabene und ausgegrabene Wünsche, über Politik und Perspektiven, über Zensur hüben wie drüben.

Das Gespräch war bewußt nicht strukturell eingeengt, da es in erster Linie ums Kennenlernen und Aufzeigen von Gemeinsamkeiten/Unterschieden ging. So sind die oben genannten Punkte auch nur als Auszüge aus der 2-stündigen Diskussion zu verstehen. Dieser inhaltliche Austausch sollte bei zukünftigen Treffen weitergeführt werden und wenn möglich in unsere in Berlin angefangene Auseinandersetzung über die Selbstverwaltungstheorie miteinbezogen werden.

Im Anschluß arbeiteten wir verschiedene Möglichkeiten der weitere Kooperation, Koordinierung und Unterstützung aus. Die Ergebnisse sehen so aus:

1) Für den 5.-7. Oktober 1990 wurde ein Treffen in Halle vereinbart (zu dem alle Ost- und West-KollektivistInnen eingeladen sind). Themen werden sein:
   a) Erfahrungsaustausch (3 Monate nach Staatsvertrag und Währungsreform, 4 Monate nach den Frühlingstagen)
   b) Umweltschutz (hier gibt es in der DDR noch gar keine Grundlagen)
   c) Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Kollektiv-Leasing)
   Das Treffen wird von den KollegInnen in Halle vorbereitet, die Einladung geht über den transfer-Verteiler raus.
2) Im transfer-Büro in Belin werden (wie gehabt) alle Adressen von selbstverwalteten grafischen Betrieben in Ost und West gesammelt und können dort abgerufen werden. Änderungen und neue Adressen bitte sofort melden! Für die DDR übernehmen die KollegInnen aus Halle die Funktion als Anlaufstelle. Bisher kannten sich die wenigsten Betriebe/Inis untereinander. transfer-Rundbriefe gehen an alle vorhandenen Adressen.
3) Es wird eine Standardliste von Materialpreisen gemacht, damit die KollegInnen in der DDR Preisvergleiche anstellen können und nicht über's Ohr gehauen werden (es tauchten wohl schon dubiose Papierhändler mit Phantasiepreisen auf). Die Liste wird von Hinterhof, Kartenhaus und Oktoberdruck erstellt und über transfer verteilt.
4) Für Betriebsberatungen gibt es wohl Zuschüsse (im Zusammenhang mit Existenzgründungen) und diese sollen angezapft werden.
5) Der Bedarf nach Seminaren soll von den DDR-Betrieben/Inis formuliert werden, damit bestimmte Themen gemeinsam behandelt werden können. Dabei kann auf einen gewissen Seminar-Stamm von transfer zurückgegriffen werden (z.B. Betriebswirtschaft).
6) Es kam der Wunsch nach Praktika-Möglichkeiten in BRD-Kollektiven und Besichtigungsmöglichkeiten. Hier sollten sich **alle** melden (bei transfer), die grundsätzlich bereit sind, PraktikantInnen aus der DDR für eine bestimmte Dauer in ihren Betrieben auszubilden. **Nur** wenn ihr euch aktiv meldet, kann transfer Koordinationsaufgaben wahrnehmen!!
7) Es werden Finanzierungsmodelle und -möglichkeiten abgecheckt (z.B. die Kollektiv-Leasing, Ökobank etc.).
8) Natürlich gibt es noch tausend Möglichkeiten des Austausches:
   - Partner-Betriebe (wie z.B. Halle und Druckforum Karlsruhe)
   - gegenseitige Besuche
   - Wochenend-Urlaube
   - Material-Transporte etc. pp.

Arbeitsgruppe Selbstverwaltungstheorie

Bedingt durch späten Arbeitsanfang um 11.00 Uhr, einige TeilnehmerInnen trafen noch später ein, mußte die Arbeitsgruppe kurze Zeit nach Beendigung des Referates abgebrochen werden, um zum Mittagessen zu gehen. Eine Forsetzung der Diskussion hätte dem Bedürfnis der TeilnehmerInnen entsprochen.

Constantin Bartning, Redaktion Grafische Betriebe ● An der AG nahmen ca. 25 KollegInnen teil.

Nachfolgend gebe ich Thesen aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript wieder, welches dem Referat zugrunde lag.

Thesen zur Kollektiv-Selbständigen Arbeit oder kollektiven Selbständigkeit:

1. „Kollektiv-Selbständige Arbeit" ist ein Begriff für kollektive, nicht abhängige Arbeit für die Teilnahme an industrieller oder handwerklicher, arbeitsteiliger Warenproduktion,

Vorindustrielle Gesellschaften kannten verschiedene Formen kollektiver, selbständiger Arbeit sowohl für die eigene Versorgung wie für die Warenproduktion.

2. Strukturelle Grundlagen kollektiv-selbständiger Arbeit sind:
   - Die Zielsetzung der Beteiligten gleichberechtigt ihren Arbeitsprozeß zu gestalten und das Ergebnis gemeinsamer Tätigkeit als wirtschaftliche Lebensgrundlage zu nehmen.
   - Eine demokratische Unternehmensverfassung im wesentlichen nach dem Prinzip ein **Mensch, eine Stimme**.
   - Die gemeinsame gleiche Verfügung über die Produktionsmittel liegt bei den im Unternehmen beschäftigten Menschen. Diese Verfügungsrechte sind nicht erblich oder veräußerbar.
   - Das Fehlen dauerhafter und gravierender Abhängigkeit durch Schuldverhältnisse.
   - Eine demokratische Entscheidung über die Aufteilung des verfügbaren Arbeits/Gesamtertrages (s. dazu Bericht über AG-Betriebsverfassung) unter den Beteiligten nach Gesichtspunkten von Leistung, Solidarität, des Schutzes und der Vorsorge.
   - Betriebswirtschaftliche Transparenz der Entstehung von Erträgen, Vermögen, von Marktwert und Leistung.
   - Transparenz des Gebrauchtswertes und der Umweltverträglichkeit der Produkte und Dienstleistungen.
   - Vernetzte, partnerschaftliche Organisation und Kommunikation.

3. Ausgehend von dieser strukturellen Identität hat Kollektiv-Selbständige Arbeit eine Entwicklungsdynamik, die sie von lohnabhängiger Arbeit zum Zwecke der Kapitalproduktion unterscheiden kann:
Sie entwickelt sich über die Formulierung breitgefächerter gemeinsamer und differierender Interessen der Beteiligten, ihre berufliche/ wirtschaftliche Arbeit zu gestalten und **nicht** über einen Interessensgegensatz wie im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital bzw. auf eine Zielsetzung, Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

4. Wie weit eine eigene Entwicklungsdynamik zum Tragen kommen kann, hängt vom wesentlich politischen Bewußtsein der Beteiligten von ihren gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten ab – sowie vom Mut zum Experiment und gemeinsamen Lernen.

Denn Haupthindernis für die Entwicklung kollektiv selbständiger Arbeit ist in der **gegenwärtigen Entwicklungsphase** unser auf das Agieren in hierarchischen Systemen zugeschnittene Sozialisation, die für gleichberechtigtes, kollektives Arbeiten nur eine eingeschränkte Handlungs- und Wahrnehmungsfähigkeit zur Verfügung stellt, wodurch die Experimentiermöglichkeit stark eingeschränkt werden.

Die vorhandenen **materiellen** Schranken erscheinen demgegenüber in der **gegenwärtigen Entwicklungsphase in der BRD** weniger gravierend, auch wenn sie im Einzelfall das Zustandekommen eines Unternehmens verhindern können.

FORTSETZUNG

Mythos Kibbuz

sie ihren Entschluß, den Feind aufgrund seines Verbrechens die schwersten Verluste erleiden zu lassen, zu einer Einberufung einer sofortigen Sitzung des UN-Sicherheitsrates auf, um die Situation im besetzten Palästina zu untersuchen. Gleichzeitig ruft sie die Vereinten Nationen und alle friedliebenden Völker und ihre Regierungen auf, sofort zu intervenieren, um den Massakern an unserem Volk ein Ende zu setzen und internationalen Schutz für unser Volk auf dem Boden seines unabhängigen Staates bereitzustellen (...).• Aber diese internationale Intervention fand im Gegensatz zum Irak bis heute nicht statt. Im Gegenteil wird die Situation weiter verschärft, wie z.B. durch die gezielte Einwanderung jüdischer Menschen aus der Sowjetunion nach Palästina. Die Auswanderung mehrerer hunderttausend Juden aus der SU kommt für Israel nicht überraschend, sondern wurde vom zionistischen Staat gewollt und forciert. Bislang bildeten Masseneinwanderungen stets die notwendige materielle Grundlage für eine neue Expansion des zionistischen Staates. Bis zu diesem Jahr war nach dem Krieg von 67 die Einwanderungswelle deutlich rückläufig. Die jetzige Entwicklung muß als Voraussetzung gesehen werden dafür, daß – trotz aller zionistischer Mobilisierung und Propaganda – die West-Bank und der Gaza-Streifen bislang nicht offiziell annektiert werden konnten. Die aktuelle Einwanderungswelle müssen wir nun als Voraussetzung betrachten, die besetzten Gebiete endgültig und offziell zu annektieren – ähnlich wie 1981 mit den vorher ebenfalls besetzten Golan-Höhen geschehen. Wir halten es für die derzeit wichigste Aufgabe der Palästina-Solidarität, die Bedrohung, der das palästinensische Volk und die angrenzenden arabischen Völker durch die zionistische Politik ausgesetzt sind, genau zu analysieren und zu erörtern, um in der antiimperialistischen Linken und der demokratischen Öffentlichkeit ein waches Bewußtsein von Stand des Kampfes in Palästina zu schaffen. Dennoch herrscht große Unklarheit über die Ursachen und Hintergründe des Palästina-Konflikts. Der nachfolgende Artikel soll ein Beitrag sein, einen Teil dieser Unklarheiten zu beseitigen.

SIEDLERKOLONIANISMUS

„Israel" mit seiner Staatsideologie, dem Zionismus, ist ein typisches Beispiel für ein siedlerkolonialistisches Gebilde. Siedlerkolonialismus meint die Form der Unterjochung fremder Länder und Völker, die sich nicht mit den klassisch kolonialistischen Methoden des militärisch abgesicherten Raubes einheimischer Rohstoffe und der Auspressung der Arbeitskraft begnügt (Großbritannien beispielsweise in Indien), sondern die zu erobernden Länder an mit vielerlei Versprechungen angelockte Mitglieder der eigenen Bevölkerung verteilt. Diese Form der Aneignung und Unterwerfung hat sich für den europäischen Kolonialismus und später den Imperialismus aus einer Reihe von Gründen als äußerst nützlich erwiesen.

Der klassische Kolonialismus weist eine Reihe von Merkmalen auf, die ihn zu einer sehr instabilen Herrschaftsform werden lassen:

1. Die Kolonialarmee besteht aus Soldaten, die nicht freiwillig in einem fremden Land stehen und damit schlecht motiviert sind und nach Hause wollen. Der Siedler dagegen kämpft für sich selber.
2. Eine aus Söldnern zusammengesetzte Kolonialarmee ist fremd im Land und daher einer Befreiungsarmee unterlegen. Eine Armee von Siedlern dagegen wird im Laufe der Jahre die Kenntnisse und Erfahrungen erwerben, die diesen ursprünglichen Vorteil der Kolonisierten ausgleichen.
3. Der Siedlerstatus sollte die Fremdheit der Herren beim klassischen Kolonialismus überwinden.
4. Der alte Kolonialismus kam nie über die Beherrschung der Städte hinaus. Das Land war durch eine Armee in kurzen militärischen Expeditionen nicht zu erobern. Das ermöglichte die Befreiung der Städte durch Einkreisung vom Land her. Durch das Siedlerwesen wird es möglich, Bastionen der Kolonialisten auf dem Land zu errichten, die von hochmotivierten Soldaten, eben den Siedlern, verteidigt werden, bei gleichzeitiger Zerschlagung der ökonomischen Basis der einheimischen Bevölkerung (durch Landraub, Verweigerung von Lohnarbeit für die Siedler auf dem geraubten Land). In Palästina ist die Hauptform des kolonialen Stützpunktes auf dem Land der Kibbuz.

Es ist kein Zufall, daß die letzten Bastionen kolonialerFremdherrschaft heute siedlerkolonialistische Gebilde sind („Israel", „Südafrika", Neukaledonien). Sie haben sich als relativ stabil erwiesen. (Das heißt nicht, daß die Mehrzahl der sogenannten „unabhängigen" Nationalstaaten in der sogenannten Dritten Welt nicht vom Imperialismus ausgebeutet werden. Die heute übliche Form des Raubes vollzieht sich aber im Rahmen von Institutionen wie IWF und Weltbank und einem alles beherrschenden Weltmarkt, dessen Tauschverhältnisse von der Finanzbourgeoisie diktiert werden.)

ZIONISMUS

Um die gegenwärtige Situation verstehen zu können, müssen wir einen kurzen Blick auf die Geschichte Palästinas werfen. Der israelisch-arabische bzw. israelisch-palästinensische Konflikt reicht in seinen Wurzeln etwa 100 Jahre zurück. Um diese Zeit entstand die Ideologie des Zionismus – untrennbar verbunden mit dem Namen Theodor Herzl, der die Grundzüge des Zionismus in seinem Buch, der „Judenstaat", niedergeschrieben hat. Zionismus bedeutet eigentlich nichts weiter als die feste Absicht, einen Staat in Palästina zu gründen, in dem nur Menschen jüdischen Glaubens leben dürfen und alle anderen durch Diskriminierung oder offene Gewalt vertrieben werden sollen. Diese Idee traf bei jüdischen Menschen in aller Welt keineswegs auf Gegenliebe. Aus den unterschiedlichsten Gründen waren (und sind) Juden und Jüdinnen dem Gedanken an einen „Judenstaat" gegenüber sehr reserviert. Dieser Gedanke hat nämlich einen ganz entscheidenden Haken: Er ist abgrundtief rassistisch. Ein Zusammenleben zwischen JüdInnen und PalästinenserInnen ist im Zionismus nicht vorgesehen. Jüdische Siedler sollten Palästina in der Manier einer Herrenrasse in Besitz nehmen unter Berufung auf ein mystisches, religiös begründetes Recht: die Vertreibung Israels aus dem gelobten Land vor 2.000 Jahren. Das sehr reale Recht der dort lebenden Menschen – des palästinensischen Volkes – sollte nichts gelten. Damit war der Konflikt vorprogrammiert.

Der Zionismus hätte wohl nie nennenswerte politische Bedeutung erlangt, hätten die damaligen europäischen Großmächte – vor allem das britische Imperium – darin nicht die Chance erkannt, Palästina für ihre Interessen zu kolonialisieren. Von da an konnten die Zionisten auf die tatkräftige Rükkendeckung mächtiger Freunde bauen.

Die Geschichte der zionistischen Besiedlung Palästinas, die sich in unseren Geschichtsbüchern als melodramatisches Pioniersepos liest, ist in Wirklichkeit die Geschichte des Leidens und des Widerstandskampfes des palästinensischen Volkes gegen Siedler, die Grund und Boden an sich rissen, die die Menschen, die dort lebten, vertrieben oder umbrachten, PalästinenserInnen zu Menschen zweiter Klasse degradierten und spätestens seit der Gründung des zionistischen Staates Israel im Jahre 1948 zur massiven militärischen Bedrohung ihrer arabischen Nachbarn wurden.

Der Widerstand gegen die Besiedlung begann mit der Gründung der ersten zionistischen Siedlung im Jahre 1882. Und zwar nicht, weil die palästinensische Bevölkerung etwa fremden- oder judenfeindlich gewesen wäre, sondern aus für jeden und jede nachvollziehbaren Gründen: Die SiedlerInnen zäunten Wasserquellen ein und beschlagnahmten Boden, was bisher kollektiver Besitz gewesen war, legten ihre Siedlungen als Wehrdörfer an und zerstörten traditionelle Lebensgewohnheiten.

Heute garantieren die USA, die aus dem 2. Weltkrieg als führende imperialistische Macht hervorgegangen sind und die imperialistischen Staaten Westeuropas, insbesondere die BRD für die Existenz „Israels". Die Schutzmächte haben gewechselt, das imperialistische Interesse an der arabischen Region ist geblieben. Hauptinstrument zur Beherrschung oder zumindest zur Kontrolle derselben ist „Israel". Diese sogenannte „einzige Demokratie im Nahen Osten", wie uns die Propaganda glauben machen will, hat von ihrem rassistischen und faschistischen Charakter nichts eingebüßt, im Gegenteil: Spätestens seit Beginn der Intifada kann keiner und keine mehr behaupten, es gäbe einen Unterschied zwischen südafrikanischen Faschisten, die sich Buren nennen, und israelischen, die sich Zionisten nennen. Zu sehr ähneln sich die Bilder.

Zwischen der zionistischen und fast jeder anderen Siedlerideologie lassen sich Parallelen aufzeigen: Die Buren in Südafrika genau wie die italienischen Siedler in Libyen begründeten ihren Anspruch auf das Land religiös. All diesen Ideologien ist der Rassismus gemeinsam, der zum Motor der Vertreibung, Unterdrückung und Vernichtung der einheimischen Bevölkerung wird. Die europäischen Siedler auf dem nordamerikanischen Kontinent, die die USA und Kanada auf den Gräbern der nordamerikanischen Völker gründeten, prägten den Satz: „Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer". Heute pinseln die Anhänger des Radikalzionisten Meir Kahana an die Wände der Jerusalemer Altstadt: „Nur ein toter Palästinenser ist ein guter Palästinenser".

Foto: Marily Stroux

KIBBUZ ALS KOLONISATIONSMODELL

Bei jeder Form direkter kolonialer Fremdherrschaft trifft der unversöhnliche Widerspruch zwischen weißer kolonialer Kaste und unterdrücktem Volk extrem kraß aufeinander. Die Siedler sind gezwungen, ihre Siedlungen unter militärischen Gesichtspunkten anzulegen, da die Völker sich nicht kampflos in ihr Schicksal ergeben und legitimerweise die Einrichtungen der fremden Herren angreifen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit spezifischer Siedlungsformen, die in der Lage sind, der Doppelanforderung – einerseits Lebens- und Arbeitsstätte, andererseits befestigtes Militärlager und Instrument der Eroberung – gerecht zu werden. Der Kibbuz ist eine solche Siedlungsform. Es handelt sich hierbei

keineswegs um eine zionistische „Erfindung". Das Prinzip der Militärsiedlung wurde schon von den Römern (Fortifikation) beispielsweise in Gallien angewandt und u.a. von den Merowingern in Südwestdeutschland übernommen. (...) Kibbuz ist eine von 3 wesentlichen Formen landwirtschaftlicher Siedlungen, die der Zionismus in Palästina anwendet, wegen seiner Besonderheiten aber sowohl politisch als auch militärisch die bedeutendste.

Kibbuz wird propagiert als sozialistisches Kollektiv, in dem Privateigentum aufgehoben ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter einen relativ hohen Stand erreicht, das Leben insgesamt weitgehend kollektiv gelebt wird. Betrachten wir die Institution Kibbuz als geschlossenes System, kommen wir zu diesen Schlüssen. Aber genau diese Sichtweise ist nicht legitim. Keine Produktions- und Lebensweise darf unabhängig von ihrem klassenspezifischen Kontext betrachtet werden: Warum für wen auf wessen Rücken wird so und so gelebt und produziert? Wir können also nicht umhin, den Kibbuz im Zusammenhang mit seiner Funktion für die zionistische Vertreibungs- und Eroberungspolitik zu sehen.

Die Kibbuzbewegung entstand aus den Bedingungen, mit denen sich die Landräuber konfrontiert sahen. In allererster Linie bekamen sie schon sehr früh zu spüren, daß Herzl's Parole vom „Land ohne Volk für das Volk ohne Land" nicht stimmte. Der Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die Besiedelung erforderte Siedlungsformen, die oben genannte Doppelfunktion erfüllen konnte, einerseits militärische Festungen zu sein, andererseits eine größtmögliche Identifikation der Siedler mit „ihrem" Land zu bewirken. Aus diesen Anforderungen ergab sich die Notwendigkeit, das Produktionsmittel Boden direkt der Verfügungsgewalt der Siedler zu unterstellen und die Effizienz der Produktion und der Aggression durch größtmögliche Funktionalisierung der Siedlungsstruktur zu optimieren. So erhielt jeder Siedler eine militärische Ausbildung neben der landwirtschaftlichen und spiegelt als Individuum die Doppelfunktion des Kibbuz als Militärbastion und Produktions- und Lebensstätte wieder. Folgerichtig ging die Kibbuzbewegung auch bei der Verteilung der anderen notwendigen Arbeiten nach dem Effektivitätsprinzip vor: Kindererziehung, Haushaltsarbeiten usw.. Der Sinn ist die größtmögliche Ausnutzung der Lebenszeit des Einzelnen im Dienste der Eroberung.

Der Kibbuz ist (weiter) eine konsequente Umsetzung der urzionistischen Prinzipien: „Jüdische Arbeit, jüdische Ware, jüdischer Boden", die in Form einer Programmatik in den 20er Jahren formuliert wurde und die alleinige Verfügungsgewalt über sämtliche Produktionsmittel sichern sollten. Umgekehrt: Es war erklärtes Ziel, den PalästinenserInnen durch den Ausschluß von allen möglichen Faktoren die Existenzgrundlage zu entziehen und sie so zum Verlassen ihrer Heimat zu zwingen. Diese Orientierung ist schon bei der Entstehung des Zionismus gegeben. Theodor Herzl schrieb bereits in einer Tagebucheintragung vom 12.6.1885: „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Land jederlei Arbeit verweigern. Das Expropriationswerk muß, ebenso wie die Fortschaffung der Armen, mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. (...) Die Immobilienbesitzer sollen glauben uns zu prellen, uns über dem Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird ihnen nichts." (1) PälästinenserInnen ist die Mitgliedschaft in Kibbuzim verboten. Die wichtigste Funktion der Kibuzzim ist die militärische.

Das läßt sich unter anderem am Wandel der Bedeutung der Siedlungsform in den verschiedenen Phasen der zionistischen Besiedlung Palästinas ablesen. Der erste Kibbuz wurde 1908 gegründet (die erste zionistische Siedlung in Palästina überhaupt bereits 1882) (2). In den darauffolgenden Jahren, insbesondere nach der Balfour-Deklaration 1917 (3) und nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg nahm die zionistische Einwanderung nach Palästina stark zu. 1948 standen bereits 149 und im folgenden Jahr weitere 79 Kibbuzim auf palästinensischem Boden. Diese Siedlungsform hatte in diesen Jahren das absolute Übergewicht gegenüber anderen. Insbesondere als Reaktion auf den palästinensischen Volksaufstand 1936-39 bekam jede Siedlung Wachtürme, Mauern und Stacheldraht. In der Zeit nach der „Staatsgründung" verlor der Kibbuz an Bedeutung. Die Siedlungen, die in dieser Zeit im „Staatsgebiet" neu gegründet wurden, waren in der Regel keine Kibuzzim. Mit der Besetzung von West-Bank, Gaza-Streifen und Golanhöhen 1967 nahm die Bedeutung des Kibbuz wieder zu. D.h. immer in expansionistischen Phasen erlebt dieses Siedlungsmodell einen Aufschwung. Viele Kibbuzim und andere zionistische Siedlungen sind auf den Ruinen arabischer Dörfer gebaut, deren Bevölkerung vertrieben wurde.

Interessant bei der Analyse der militärstrategischen Bedeutung der Siedlungen ist ihre geographische Lage: Sie verfolgen das Prinzip einer Einkreisungsstrategie von arabischen Dörfern und Städten (Beispiel: die Altstadt von Jerusalem, Nablus) oder konzentrieren sich entlang der Grenzen und an strategisch wichtigen Punkten und Verkehrswegen. Ihre Ausrüstung und Organisation entspricht ihrer militärischen Aufgabe: große Nahrungsmittel- und Waffenlager, einheitliche Verteidigungssysteme, militärische Ausbildung der BewohnerInnen, für schwere Militärfahrzeuge passierbare Straßen etc..

Eine weitere wichtige Funktion der Kibbuz-Bewegung für den Zionismus ist die politisch-ideologische. Der aggressive Rassismus, der den ideologischen Überbau der Vertreibungspolitik darstellt, wird genau durch die Siedlerbewegung ganz wesentlich reproduziert. Die meisten Kibbuzim sind Mitglieder faschistischer Siedlerorganisationen wie Gosh Emunin. Gerade die Erziehung der Kinder, die hier oft fälschlicherweise als Ausdruck der Überwindung reaktionärer Kleinfamilienstrukturen mißverstanden wird, ist sehr streng und sehr konzentrisch organisiert und beginnt ab dem Moment, an dem sie denken können, den Kindern einen abgrundtiefen Haß auf PalästinserInnen anzuerziehen.

Der Anteil von Kibbuzmitgliedern an der zionistischen Armee spricht deutlicher als jede Analyse für die ideologische Funktion der Kibbuzbewegung als Elitezuchtanstalt des Zionismus. Heute existieren etwa 270 Kibbuzim in Palästina, die von ca. 120.000 Siedlern bewohnt werden. Das entspricht ungefährt 3,5% der israelischen Bevölkerung. Dagegen stellten die Kibbuzime 1967 25% aller zionistischen Soldaten, 1973 waren 36% aller zionistischen Offiziere Kibbuzniks. Beim Überfall auf den Libanon 1982 stellten die Kibbuzim 30% aller Offiziere.

Obwohl der Anteil der Kibbuzniks an der Gesamtbevölkerung des zionistischen Staates relativ gering ist, haben sie einen sehr großen Einfluß auf die politischen Entscheidungen.

Ökonomisch stellen die Kibuzzim landwirtschaftliche Großbetriebe dar. In den letzten Jahren ist zunehmend eine Umorientierung auf industrielle, nicht zuletzt Kriegsproduktion festzustellen. Ebenso spielt der Tourismus in der Ökonomie der Kibbuzim wie auch der „Israels" überhaupt eine immer größere Rolle. Die Kibuzzim kosten den israelischen Staat aber mehr als sie ihm erwirtschaften. Daraus läßt sich absehen, daß die primäre Bedeutung dieser Siedlungen für den Zionismus nicht die ökonomische ist.

FAZIT:

Kibbuz ist eine erzzionistische Einrichtung. Entstanden aus den spezifischen Anforderungen, die das „Problem" Palästina zu kolonisieren und die einheimische Bevölkerung zu vertreiben mit sich brachte, wurde er zur wichtigsten Strategie zur Zerschlagung der palästinensischen Ökonomie und der Eroberung und Kontrolle der Gebiete Palästinas außerhalb der Städte.

Der Mythos des Kibbuz macht sich fest an bestimmten kollektiven Organisationsformen des Arbeits- und Lebensprozesses in diesen Siedlergemeinschaften, was auch so nicht von uns bestritten wird. Aber: Der primäre Grund für das Vorhandensein dieser Strukturen ist ihre Funktionalität für die Vernichtung der Lebensgrundlagen der PalästinenserInnen. Dieser Punkt schließt das tiefe Eigeninteresse der Siedler, ihre rassistischen Privilegien zu verteidigen, mit ein.

Es stimmt, daß es viele fortschrittliche Menschen vor allem in den 20er und 30er Jahren gab, die durch die Kibbuzim ihre eigenen Ideale von Sozialismus und Kommunismus verwirklicht sahen. Aber gerade von Männern und Frauen, die mit solchen Vorstellungen nach Palästina ausgewandert sind, gibt es erschütternde Zeugnisse der Enttäuschung. Die, die geblieben und überzeugte Kibuzzniks und Zionisten geworden sind, sind damit Kolonialherren und Rassisten geworden, auch wenn sie die Begriffe Sozialismus und Kommunismus noch im Munde führen mögen. Ein europäisch-proletarisches Klassenbewußtsein wird rassistisch, wenn es sich unfähig zeigt, die Klassenwidersprüche der imperialistischen Unterdrückung zu begreifen. Ein konkretes Beispiel aus einer anderen Weltregion: Viele Männer und Frauen der Pariser Commune sind nach deren Zerschlagung nach „Neu-Kaledonien" geflohen, haben sich dort niedergelassen und sind somit zu Unterdrückern der KanakInnen (4) geworden, die heute den Befreiungskampf gegen die französischen Siedler führen.

Wir müssen dem Mythos vom kommunistischen Kibbuz entschieden entgegentreten. Insbesondere jede Form von Urlaub, freiwilliger Arbeit als „volunteer", oder Ausbildung im Kibbuz ist direkte Unterstützung für die faschistische Vertreibungspolitik „Israels" gegenüber den PalästinenserInnen. ●

(1) Indirekt zitiert nach: Khella, Karam; Israel-Siedlerwesen und rassistischer Staat; Artikel in „Al Karamah" Nr.1; Marburg 1986

(2) Wenn wir hier die strenge Unterscheidung zwischen Kibbuzim und anderen zionistischen Siedlungsmodellen beibehielten, so folgten wir den Einteilungskriterien der Zionisten. Vom antikolonialen und antizionistischen Standpunkt aus ist es legitim, alle zionistischen Siedlungen in Palästina als Kibbuzim zu bezeichnen, weil ihre Unterschiede, ihre innere Organisation, nicht aber ihre Funktion für die Eroberung betreffen.

(3) Die Balfour-Deklaration, benannt nach dem damaligen britischen Außenminister Lord Balfour, ist eine Garantiererklärung des britischen Imperialismus, sich für „... die Schaffung einer

BODENSPEKULATION / POTSDAMER PLATZ BERLIN

Daimler, die SPD und ihr Blinddarm AL

Ganz toll! Da Daimler-Benz nun seine Bürotürme an den Potsdamer Platz setzen darf, wird es 3.000 Arbeitsplätze mehr in Berlin geben. Das glauben jedenfalls die auf Arbeit fixierte SPD und ihr Wurmfortsatz, die AL. Die ALer sind zwar gegen den Daimler-Vertrag, ihre sozialdemokratischen Koalitionsgenossen lassen sich jedoch mit dem Versprechen von 2.500 bis 3.000 Arbeitsplätzen ködern, das „Filetstück" am Potsdamer Platz, 61.710 qm Gemeindeland, an die privaten Großaktionäre von Daimler-Benz zu verramschen. (Schlauere „bürgerliche" Politiker lassen sich wenigstens, wie zur Zeit des Berliner CDU/FDP-Senats, mit Barem bestechen.)

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● Nicht einen einzigen Arbeitsplatz wird es in der gesamtdeutschen Volkswirtschaft weniger geben, wenn Daimler seine Büros am Stadtrand oder in irgend einer anderen Gemeinde ansiedelt. Und Daimler wird kommen! Denn Berlin als zukünftige Hauptstadt und Tor zum Wirtschaftsgebiet des ehemaligen Ostblocks besitzt da eine Monopolstellung. Folglich ist zu erwarten, daß hier die Bodenpreise mindestens ebenso steigen werden wie in anderen Metropolen Deutschlands, Europas und der Welt.

Eine halbe Million für einen Quadratmeter Boden!

In der Bundesrepublik stiegen die Bodenpreise von 1965 bis 1989 von 22 auf 132 DM pro Quadratmeter im Durchschnitt, also um des Sechsfache in 24 Jahren (Globus / Stat. Bundesamt). Der gesamte private Gewinn aus dem Bodenwertzuwachs betrug allein in dem einen Jahr 1986 rund 120 Milliarden DM (Helmut Creutz, Leistungslose Einkünfte aus Bodenbesitz, in: z. f. sozialökonomie 69/86). Mehr als das Doppelte des jährlichen Verteidigungshaushalts floß also privaten Grundeigentümern zu!

In der Hamburger Innenstadt, am Jungfernstieg und Neuen Jungfernstieg, kostet ein Quadratmeter gegenwärtig 30.000 bis 40.000 DM (Forbes 6/90). Vergleichsweise wenig! In Zürichs Bahnhofsviertel wurden vor acht Jahren 40.000 bis 50.000, heute 250.000 bis 300.000 Franken für den Quadratmeter gezahlt – eine Verachtfachung des Bodenpreises in acht Jahren! „Die 6 Hektar Bahnhofstraße kosten mindestens 10 Mrd Franken", schreibt die Zeitschrift Forbes (5/90). Ein Franken entspricht etwa einer DM.

Auch Johannes Hubert Willisch sollte sich an einem Stück „Bahnhofstraße" bereichern können: Ihm war der Bahnhofsvorplatz von Magdeburg zugedacht worden! In Magdeburg hatten die durch Wahlbetrug an die Macht gekommenen SED-Gemeindepolitiker, voran der Oberbürgermeister Werner Nothe (heute PDS), geplant, der Gesellschaft des westdeutschen Bodenspekulanten Willisch 500 Hektar Gemeindeland zuzuschanzen. Darunter befanden sich 50 Hektar zentralgelegenen Bodens, der bereits bei einem viel zu niedrig veranschlagten Quadratmeterpreis von 2.000 Mark einen Gesamtwert von einer Milliarde besitzt.

„In westdeutschen Großstädten .. liegen die Preise (für gleichwertige Grundstücke) mancherorts zehnmal so hoch", schreibt dazu der Spiegel (30/90). Ein Weiterverkauf dieses Bodens, „der so kinderleicht wäre, daß ein Analphabet ihn erledigen könnte", hätte Willisch, bei Abzug der 50%, die an die Gemeindekasse abzuführen wären, also viereinhalb Milliarden einbringen können, zusätzlich mindestens 60 Millionen Provision. Doch diese Milliarden wären nur ein Teil der Reibachs gewesen, vor dem die verantwortlichen „Kommunisten" gewiß nicht die Hand zur Faust geballt hätten. Hinzu gekommen wären die Milliardengewinnen, die durch den Wertzuwachs dieses Bodens in einigen Jahren zu erwarten sind. Nun ist der Vertrag mit Willisch vom neuen Magistrat rückgängig gemacht worden (Tsp. 2. 8. 90).

In Ost-Berlin wurde – noch von Modrow (PDS) beschlossen und von Schwerziena (SPD) zunächst gestoppt, dann fortgeführt – Gemeindeland für zwei bis acht Ost-Mark der Quadratmeter an Mieter von Einfamilienhäusern verschleudert. Finanzstadtrat Bernd Fritsche (SPD) meint, das hätte dem notleidenden Ost-Berliner Stadtsäckel – also den anderen Berlinern – bis zum Juni bereits „eine dreistellige Millionensumme" gekostet.

In Potsdam, einem ehemals prächtigen Vorort Berlins, wurden für wenige 10.000 Ost-Mark wertvolle Villengrundstücke aus Volkseigentum an ehemalige SED-Bonzen und Stasi-Schergen verscherbelt. Ein Grundstück, dessen Quadratmeterwert um 650 DM liegt, ging für einen Quadratmeterpreis von fünf Ost-Mark weg, ein anderes, für das ein westdeutscher Interessent fünf Millionen DM geboten hatte, für 16.600 Ost-Mark (Spiegel 26/90). Und dieser „Ausverkauf" geht auch mit den frischgebackenen „Volksvertretern" weiter, „landauf, landab" werden noch schnell Millionäre produziert.

In Potsdam sollen jetzt auf Vorschlag des Ressortchefs Ulrich Mehlmann (CDU) „Grundstücke in gefragter Lage ... zu im Westen üblichen Höchstpreisen verkauft werden" (Tsp. 21. 7. 90). Er will damit erreichen, daß die ehemalige Residenzstadt Potsdam „in alter Herrlichkeit" wiederaufersteht. Was er damit ebenfalls erreichen wird, sind Mieterhöhungen und erhebliche Bodenwertsteigerungen, die diese neuen Eigentümer zum Nachteil der übrigen Bürger als leistungslose Gewinne einsacken werden.

In Japan betrug der durchschnittliche Wertzuwachs des Bodens im letzten Jahr 17%, 80 km von Tokio entfernt mehr als 36%, in Osaka für Gewerbegrundstücke 46,3%, für Wohngrundstücke sogar 56,1%. In Osaka verdoppeln sich also die Bodenpreise in knapp zwei Jahren – eine gigantische Rendite für Geldanleger und Bodenspekulanten!

In Tokio selbst muß für den Quadratmeter eines Wohngrundstücks umgerechnet bereits 168.000 DM, für ein Geschäftsgrundstück über eine halbe Million hingeblättert werden. Das führte zu so hohen Mieten, daß die in Tokio Beschäftigten weit von Tokio entfernt wohnen und Fahrzeiten zu ihren Arbeitsplätzen und zurück von insgesamt vier bis sechs Stunden in Kauf nehmen müssen (Tsp. 24. 3. 90).

Der West-Berliner Senat verschenkt 15 Milliarden!

Und in West-Berlin? Im Zentrum einer zukünftigen europäischen Metropole, in der bis zum Jahr 2000 ein Bevölkerungszuwachs von 300.000 Menschen erwartet wird (VB, 5. 7. 90), verschleudern die Sozialdemokraten Gemeindeland, das wahrscheinlich bald der teuerste Boden Europas sein wird, für ein Butterbrot an die Großaktionäre eines Großkonzerns, der mit seinen Kapitalgewinnen nicht mehr weiß wohin. Da bietet sich, wie vom Himmel gefallen, der Potsdamer Platz als ex-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

trem günstige Kapitalanlage mit gewaltiger Rendite an, insbesondere für Kuwaiter Grundeigentümer, die als Daimler-Aktionäre (Spiegel 32/90) dort ihre Öldollars anlegen. Der dortige Quadratmeter hat laut Spiegel (20/90) bereits jetzt einen Wert von etwa 10.000 DM (Ku'damm: 7.000 DM/qm). Die Multifreundlichen Sozis (Hoffmann-Axthelm: „Angst vor dem Markt und geheime Sympathie jenen Kolossen gegenüber, die ihn durch Übermacht auszuschalten wissen, wo also dieselbe Organisation, Mittelmäßigkeit und Verläßlichkeit herrscht wie im eigenen Lager"; taz 1490) geben das Eigentum der Berliner Bürger – unser aller Eigentum! – für 1.505 DM pro Quadratmeter her, also mit einem Verlust von rund 8.500 DM pro Quadratmeter. Sie verramschen die 6 Hektar für 92 Millionen DM, obwohl das Grundstück bereits jetzt 617 Millionen wert ist. Das ist ein Geschenk an die Daimler-Aktionäre von mehr als einer halben Milliarde! Ein hübsches Sümmchen, daß z. B. für die Einstellung zusätzlicher Lehrer in der Stadt, wie das derzeit gerade gefordert worden ist, genutzt werden könnte.

Was wäre jedoch, wenn der Senat den Boden erst in 10 bis 20 Jahren verkaufen würde, wenn „Groß-Berlin mit mehr als fünf Millionen Einwohnern das dominierende Wirtschafts- und Kulturzentrum Deutschlands" (Spiegel 28/90) geworden ist? Dann wäre durch die Ansiedlung vieler Firmen in Berlin nach dem Mauerfall und durch die zu erwartende Wohungsnachfrage durch gut verdienende Manager und Privatunternehmer und durch zahlungskräftige Beamte aus Bonn, nachdem Berlin Hauptstadt geworden sein wird, der Bodenwert um das Vielfache gestiegen, wenn nicht gleich auf Tokioer, dann vielleicht auf Züricher Niveau, also auf 250.000 bis 300.000 DM pro Quadratmeter. Der Gesamtwert des Boden betrüge dann 15 bis 18 Milliarden DM! Damit könnten eine Menge unsubventionierter und doch preiswerter Wohnungen gebaut werden, die dafür sorgen könnten, daß die Mietpreise in der zukünftigen Hauptstadt Berlin nicht auf Züricher oder gar Tokioer Niveau klettern.

Doch das widerspräche den Interessen jener vielen Politiker, die selbst Haus- und Grundeigentümer sind, wie z. B. der Reg. Bürgermeister Momper. Dieser SPD-Politiker tritt in einem Spiegel-Gespräch mit Wallmann vehement für Berlin als Hauptstadt ein (Spiegel 28/90). Vielleicht in Erwartung dessen, was dann auf ihn zukommt? Im einführenden Artikel zur Hauptstadtfrage heißt es: „Die Mieten in Berlin steigen und die Grundstückspreise explodieren..."

Mit einem Pachtvertrag 600 Millionen im Jahr für die Gemeinde!

Ganz im Sinne der Bodenreformer Henry George und Adolf Damaschke und des Liberalsozialisten Franz Oppenheimer und wie es der Anarchist Silvio Gesell praktizieren wollte, empfahl der Ost-Berliner Bürgermeister Schwierzina, das Grundstück am Potsdamer Platz in Erbpacht zu vergeben, „ein bewährtes, in Berlin seit dem 17. Jahrhundert breit angewandtes Verfahren", wie der Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm (in der taz vom 14. 6. 90) feststellt. Doch „so etwas war (bei den Verhandlungen mit dem West-Berliner SPD/AL-Senat) nie im Gespräch„, sagt Konzernsprecher Kleinert (Spiegel 20/90). Und der brave Schwierzina kann sich, wie schon gegenüber Ost-Berliner Mietern und Hausbesitzern, die noch billig Grundeigentümer werden wollten, auch nicht gegen seine rüden Westgenossen durchsetzen.

Bei nur 4% Pachtzins würde der Gemeinde beim gegenwärtigen Preisstand von 10.000 DM/qm eine Pacht von fast 25 Millionen, wenn Züricher Preisniveau erreicht sein wird, eine Pacht von 600 bis 700 Millionen DM im Jahr zufließen, mit steigender Rate entsprechend des Bodenwertzuwachses. Wenn die Sozialdemokraten meinen, dieses „Filetstück" Europas unbedingt Daimler zuschanzen zu müssen, warum dann nicht gegen jenen Zins, den nun die Daimler-Aktionäre kassieren? Einerseits, indem die Daimler-Benz-Kapitalgesellschaft einen Teil ihre Büroräume selbst nutzt und somit Kosten für das Anmieten teurer Fremdräume spart; andererseits, indem sie den größten Teil der Räume, die sie dort baut, teuer vermietet.

Letztendlich zahlen diesen Bodenzins jene Menschen, die nach Berlin zuziehen und hier Kinder kriegen und aufziehen und durch diesen Bevölkerungszuwachs den Boden für den Neubau von Wohnungen und Gewerberäumen verknappen und die durch die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums durch ihre produktive Arbeit die Nachfrage nach dem knappen und unvermehrbaren Boden steigern. Das treibt die Mieten für Wohnungen und Gewerberäume und den Bodenzins und die Bodenpreise hoch. Doch alles, was Sozis und ALern dazu einfällt, sind Subventionszahlungen an die Mieter aus der Staatskasse, damit die Mieter die hohen Zinsbelastungen bezahlen können, was jedoch den Grundrentnern den Bodenzins garantiert. Oder sie fordern Mietpreisbindungen, wie z. B. die AL-Senatorin Schreyer auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Daimler-Skandal. Mietpreisbindungen blockieren jedoch dringend notwendige Geldinvestitionen in den Wohnungsbau, da dann die hohen Kreditzinsen nicht mehr bezahlt werden können, und sie sind – da es bei Daimler um Gewerberäume geht – völlig irrelevant.

Diese 600 bis 700 Millionen an Bodenzins aus dem Daimler-Gelände könnte der Senat in einigen Jahren selbst kassieren, neben allen anderen Einnahmen, die aus der Daimler-Ansiedlung fließen werden. Von 600 Millionen könnte er Mietbeihilfen bezahlen, ohne dieselben Mieter mit entsprechenden Steuern zu belasten, oder jedem Einzelnen der 3.000 Arbeitslosen, die es angeblich ohne Daimler geben wird, ein saftiges Arbeitslosengeld zahlen: Jeder Arbeitslose hätte dann ein Monatseinkommen von mehr als 16.600 DM! Jetzt fließt dieses Geld als arbeitsfreies und kaum versteuertes Einkommen in die Taschen der Daimler-Aktionäre. Ein Liebesdienst an den Genossen Edzard Reuter, Chef des Daimler-Konzerns und Sohn des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuther, SPD?

Vielen Dank an die „Volksvertreter" des Berliner Abgeordnetenhauses, die dem Großkapital das Milliardeneigentum der Berliner Bürger schenken! Dank auch an alle jene ALer, die sich vor allem Sorgen um das Pflanzen von Veilchen im Zentrum einer zukünftigen Weltstadt machen – und natürlich um „Arbeitsplätze". In ihrem Pressedienst fordern sie, daß im Vertrag mit Daimler „zusätzliche Arbeitssplätze festgeschrieben werden". – Arbeitsplatzgarantie wie im gerade pleite gegangenen „realen Sozialismus"? Dieser Quatsch belegt bestens den ökonomischen Sachverstand von „Alternativ"-Politikern, die vorgeben, uns aus der Wohnungs- und Beschäftigungsmisere herausbringen zu können.

Wie drohte doch Proudhon zu recht? „... wenn ein Mensch bei seinen Lebzeiten das Recht seines Grundbesitzes in ein Eigentumsrecht verwandeln will, so erkläre ich ihm den Krieg auf Leben und Tod." Jetzt sind es die Daimler-Grundeigentümer und ihre Politlakaien, die uns den Krieg erklärt haben...

Die dänische Bodenwertsteuer und ihre Folgen

Radikale Sozial- und Bodenreformer fordern die Rückgabe des Naturgeschenks Boden und seiner Schätze an alle Menschen durch ihre Vergesellschaftung oder, wie Silvio Gesell, ihre Zueignung an alle Mütter und Kinder, um diesen eine vom Patriarchat unabhängige Einnahmequelle aus seiner Verpachtung zu erschließen. Doch dumme, schlaffe und selbstsüchtige Politiker vertun eine Chance zu etwas mehr sozialer Gerechtigkeit und Volkswohlstand, indem sie Volkseigentum an Geldanleger und Spekulanten verschleudern und damit obendrein auf eine Einnahmequelle verzichten, die aus der Arbeit schaffender Menschen gespeist wird und jetzt allein für parasitäre Finanzkapitalisten und Grundrentner sprudelt.

Die einzige Lösung, die uns jetzt noch bleibt ist die, die bereits der Altliberale Adam Smith und später George und Damaschke und in neuerer Zeit u. a. Martin Pfannschmidt (Die Bodenrente, 1953; Vergessener Faktor Boden, 1972) und Gustav Bohnsack (Gesellschaft, Raumordnung, Städtebau, Grund und Boden, 1967) vorgeschlagen haben: die Bodenrente durch eine Bodenwertsteuer abzuschöpfen. Dadurch könnte auch ohne Vergesellschaftung des Bodens der Gesellschaft ein jährlicher Betrag aus der Bodenrente zurückerstattet werden, der höher liegt als der gegenwärtige Verteidigungshaushalt. Bereits 1986 betrug der Bodenzins, der den privaten Grundeigentümern zufloß, laut Creutz rund 60 Milliarden DM.

Diese Abschöpfung des arbeitsfreien und ständig steigenden Einkommens der Grundrentner aus dem Bodenzins, der bedingt ist durch die Vormachtstellung des unvermehrbaren Naturprodukts Boden auf dem Markt, ist keine blasse Theorie. Sie wird in vielen Ländern der Welt praktiziert. In British Columbia (Kanada) z. B. deckt die Abschöpfung der Bodenrente 75% des gesamten städtischen Steueraufkommens. In Dänemark wird seit den 20er Jahren eine Bodenwertsteuer erhoben, durch die immerhin 50% der Bodenrente in die Gemeindekassen fließt. Durch die Bodenwertsteuer, und da auch der ungenutzte Bodens besteuert wird, kam es dort zu einem erhöhten Bodenangebot und zu sinkenden Bodenpreisen. Der Boden verlor an Wert als Geldanlage und Spekulationsobjekt. Da für die Bodenwertsteuer die Besteuerung des vermehrbaren Sachkapitals reduziert und für Kleinwohnungen ganz abgeschafft wurde, bewirkte beides zusammen eine positiven Entwicklung des Wohnungsbaus, des Kleingewerbes und der Kleinbauernwirtschaften.

Da Boden jetzt relativ billig ist und da das Kapital, also auch die vermehrbaren Häuser, kaum noch durch Kapitalsteuern belastet wird, können Bauherren preiswerter bauen. Folglich wird mehr gebaut, das Angebot an Wohn- und Gewerberäumen steigt, die Mieten sind auch in Großstädten nicht übermäßig hoch und es kann eine marktgerechte und ökonomisch effiziente Mietpreispolitik betrieben werden. Da die Kapitalsteuer reduziert wurde, lohnt es sich auch für die Gewerbetreibenden, in neue oder zusätzliche Produktionsmittel zu investieren, und für junge Leute, sich selbständig zu machen, als Einzelunternehmer oder Genossenschaftler, und Kredite für Werkzeuge, Maschinen, Büro- und Ladeneinrichtungen aufzunehmen. Und für die Bauern lohnt es sich, einen Mähdrescher zu kaufen oder eine neue Scheune zu bauen. Die freihändlerisch orientierten dänischen Bauern kommen ohne Preisbindungen und staatliche Subventionen zurecht, schreibt Pfannschmidt.

Die Bodenpreise steigen nicht mehr in schwindelnde Höhen und die Kapitalkosten werden nicht zusätzlich zu den Kreditzinsen auch noch durch eine Kapitalsteuer hochgetrieben. Die Folge ist, daß mehr und moderneres, ökonomisch effizienteres Kapital erzeugt wird, die Kapitalzinsen fallen, die Beschäftigung zunimmt, der Markt mit preiswerten Gütern versorgt wird und durch die fallenden Kapitalzinsen und die Umverteilung wenigstens der Hälfte der Bodenzinsen das Volkseinkommen zu Gunsten aller arbeitenden Menschen und zu Lasten der parasitären Zinsbezieher und Bodenspekulanten umverteilt wird. Und schließlich wirkt die Bodenwertsteuer der Kapitalkonzentration in den Händen der Konzerne und Großkapitalisten entgegen, was auch der Selbstverwaltungswirtschaft zugute kommt: „Durch ihren Ausbau hat Dänemark (...) ein starkes Kleinbauerntum erhalten und das städtische Kleineigentum maximiert" (Pfannschmidt).

Henry George

Damit ist genau das durch die Praxis bestätigt worden, was Henry George in seiner Theorie vorhergesagt hatte: „Besteuert die Fabrikate und die Wirkung ist, daß die Fabrikation gehemmt wird; besteuert die Verbesserungen und die Wirkung ist, daß die Verbesserungen abnehmen werden; besteuert den Handel, und der Austausch wird gehindert; besteuert das Kapital und die Wirkung ist, daß es sich zurückzieht. Aber der ganze Bodenwert kann durch die Besteuerung genommen werden und die einzige Wirkung wird sein, daß die Gewerbetätigkeit angeeifert wird, daß dem Kapital neue Gelegenheit zur Anwendung geboten ist und daß die Güterproduktion sich mehrt."

Diese von den dänischen Bauern 1902 initiierte Verlagerung der Steuern vom vermehrbaren Realkapital auf den unvermehrbaren Boden wurde von den regierenden Linksparteien eingeführt und später von den Rechtsparteien fortgeführt. (Was jetzt noch fehlt, ist die Besteurung des nicht beliebig vermehrbaren Geldes, um auch dieses ins Angebot zu zwingen und die Kredite zu verbilligen!) Was in Dänemark seit mehr als 60 Jahren erfolgreich praktiziert worden ist und (vielleicht wegen der größeren Nähe der Dänen zum alten germanischen Bodenrecht) allgemeine Zustimmung gefunden hat, sollte auch für uns gut und auch hier zu verwirklichen sein. ●

AUF DER SUCHE NACH DEM DRITTEN WEG, 1.TEIL: EINE SACKGASSENIDEE?

Kommunismus: „Sackgassen- und Wahnidee"?

„Der Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 war ein Unheil für die Arbeiterklasse der ganzen Welt." (Jorge Semprun alias Federico Sanchez, ehemaliger kommunistischer Funktionär, Freibeuter 10/1981)

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● 1917 brachten die Kronstädter Matrosen und Arbeiter mit dem Sturm auf den Petersburger Winterpalast in Rußland die Bolschewiki an die Macht; diese marxistisch orientierten Kommunisten hatten den Arbeitern und Bauern die Räterepublik versprochen. Vier Jahre später, im März 1921, wurden dieselben Matrosen und Arbeiter der Kronstädter Kommune von eben diesen Kommunisten im Auftrage Lenins und unter dem Kommando Trotzkis zusammengeschossen (siehe Kool/Oberländer, Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Bd. 2). Warum? Sie hatten die Einlösung des Räte-Versprechens gefordert.

Die Sowjetunion, die Union der Arbeiter- und Bauernräte, wurde nie verwirklicht. Aber auch Marxens Kommunismus ist gescheitert. Der Moskauer Historiker Jurij Afanasjew bezeichnet ihn heute (in einem Interview im Spiegel 14/1990) als eine „Sackgassen-" und „Wahnidee".

Bakunin: „Ich hasse den Kommunismus"

Die Anarchisten hatten sich schon zu Marxens Lebzeiten vom Kommunismus distanziert. Bakunin: „Ich hasse den Kommunismus, weil er die Verneinung der Freiheit ist, und weil für mich die Menschlichkeit ohne Freiheit unbegreiflich ist. Ich bin kein Kommunist, weil der Kommunismus zu Gunsten des Staates alle Kräfte der Gesellschaft konzentriert und absorbiert, weil er unvermeidlicherweise das Eigentum in den Händen des Staates konzentriert. Ich hingegen wünsche die Aufhebung des Staates, die vollständige Ausrottung des Autoritätsprinzips und der Schutzherrschaft des Staates, der unter dem Vorgeben, die Menschen moralisch zu machen und sie zu zivilisieren, sie bis jetzt nur geknechtet, bedrückt, ausgebeutet und demoralisiert hat. Ich wünsche die Organisation der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Eigentums von unten herauf auf dem Wege der freien Assoziation und nicht von oben herab durch irgendwelche Autorität, also wünsche ich die Abschaffung des Staates." „In diesem Sinne, meine Herren, bin ich Kollektivist und keineswegs Kommunist" (Michael Bakunin vor dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga in Bern 1868, Sozial-politischer Briefwechsel, S. 315).

Der Antikommunismus ist also keine Erfindung der Springer-Journaille. Was diese faschistoiden Schreiberlinge – aus Furcht, sie und ihre Herren könnten jene Privilegien verlieren, die ihnen der Kapitalismus garantiert – unqualifiziert anprangern, den „roten Faschismus", haben die Anarchisten bereits vor mehr als 100 Jahren exakt vorausgesagt und bekämpft, und Otto Rühle, Rätekommunist und Mitbegründer der KPD, hat ihn sachgerecht in brauner und roter Faschismus analysiert und verworfen. Und anders als manche westdeutsche und West-Berliner Linke, die es sich erlauben können, als Maden im Speck des real existierenden Kapitalismus immer noch vom Kommunismus zu träumen, haben die Menschen in Osteuropa die Schnauze voll von dieser Utopie. Sie haben 40 bzw. 70 Jahre real unter der Herrschaft der Kommunisten gelebt, in Furcht, Armut und Bevormundung. Sie haben für dieses gigantische Sozialexperiment bezahlt mit millionenfacher Sklaverei in Arbeitslagern, mit Millionen verhungerter Bauern und aus politischen gewerkschaftlichen Gründen Ermordeter, darunter ungezählte Rätekommunisten, Sozialrevolutionäre und Anarchisten.

Für die betroffenen Menschen im „realen Sozialismus" ist der Kapitalismus das kleinere Übel, eine Einschätzung, die ebenfalls das „antisozialistische" und „konterrevolutionäre" Werk der kommunistischen Bankrotteure ist: Sie haben alles nur Denk- und Machbare getan, um den Sozialismus für eine ganze Epoche total zu diskreditieren und damit konservativen, faschistischen und rassistischen Regimen Vorschub geleistet und ihrem ebenso brutalen Terror eine Scheinlegitimation verschafft. Sie haben objektiv der Reaktion gedient und die rote Fahne der Pariser Kommune in den Dreck gezogen.

Bereits Marx forderte „zentralisiertes Staatskapital" und „Arbeitszwang"

In der „Sowjetunion" erkennen immer mehr Historiker, Ökonomen und Politiker, wie z. B. der Ex-Kommunist Boris Jelzin, daß es eine klare, nach rückwärts verfolgbare Linie von Stalin über Lenin und Trotzki zu Karl Marx gibt. Viele Linke, auch manche antiautoritäre, glauben jedoch immer noch, Marx wäre – weil er das „Absterben des Staates" prophezeit, die „freien Assoziationen der Produzenten" versprochen und die Pariser Kommune bejubelt hat – ein halber Anarchist gewesen.

Hier liegt ein gewaltiges Mißverständnis vor. Bereits im Kommunistischen Manifest, gewiß keine unwichtige Schrift, lesen wir, und wir sollten dabei vor den entlarvenden Stellen nicht gnädigst die Augen verschließen!: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, (...), alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren", desweiteren: „Zentralisierung des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol" und „Zentralisierung des Transportwesens in den Händen des Staates", und schließlich: „Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen".

Ich habe hervorgehoben, was deutlich macht, wo bei Marx das „Schweinesystem" des „Archipel GULag" vorgezeichnet ist, der „staatskapitalistische Monopolismus", wie ihn Lenin gefordert hat, die „Militarisierung der Arbeit", wie sie Trotzki erzwingen wollte, und was beides Stalin durchgesetzt hat: Herrschaft, Staat, Kapital, Zentralismus, Monopolismus, militärischen Arbeitszwang, kurzum: sklavenhalterisch organisierten Staatskapitalismus. Nur – das war die einzige Variante zu Marxens Prophezeiung – das „Proletariat" hatte dabei nichts zu melden und zu lachen. Die von der Roten Armee und geheimen Staatspolizei unterjochten Arbeiter und Bauern waren lediglich Menschenmaterial für eine autoritäre Parteielite, die sich zur Avandgarde des Proletariats selbsternannt und mit Blut und Terror gegen diese Arbeiter und Bauern zur Herrschaft über das Proletariat aufgeschwungen hat.

Marx, der in seinen Frühschriften so hinreißend von der Aufhebung der Entfremdung und der allseitig entfalteten Persönlichkeit sprach, hat in seinen ökonomischen Schriften den roten Faschisten die Rechtfertigungs-„Idee" für ein System geliefert, das den Grad der Entfremdung, Beschränkung und Abrichtung der Menschen im Kapitalismus noch weit übertraf und mit dem sich nur der NS-Kapitalismus messen konnte. Diese Ideologie gab Marx als „wissenschaftlichen Sozialismus" aus, und der „wissenschaftliche" Sozialist Marx, der offensichtlich von utopischem Wunschdenken geleitet war, diffamierte alle Sozialisten, die seinen Dogmen keinen Glauben schenkten wollten, als „utopische Sozialisten" und „kleinbürgerliche" Spinner. Die Geschichte hat ihn widerlegt und selbst als einen Utopisten entlarvt, wenn auch als einen der größten und „erfolgreichsten".

Kommunismus, eine „Sackgassenidee" wie Afanasjew behauptet? In der Tat: der gesamtgesellschaftliche Produktions- und Verteilungskommunismus ist eine Sackgassenideologie und deswegen in der Praxis gescheitert. Darüber kann auch nicht die Behauptung gläubiger Marxisten hinwegtäuschen, der „wahre" Marxismus sei nirgends zum Zuge gekommen. Welche Genossen sind den die „wahren" Kommunisten? Lenin oder Trotzki? Stalin oder Tito? Mao oder Deng? Pol Pot oder Honecker? Vielleicht der nette Konkursverwalter Gorbatschow? Oder der flotte Gysi, der Marx „nicht aufgibt" (Spiegel 30/1990)? Wahrscheinlich irgend einer jener überheblichen intellektuellen Sektierer im warmen Westen, die uns – entgegen allen historischen Erfahrungen – weiterhin ihre marxistischen Phrasen um die Ohren schlagen. Bloß den müssen wir noch finden.

Machen wir eine libertäre Kapitalanalyse!

Marx hat durchaus richtig gesehen, daß sich die Hoffnung der klassischen Liberalen wie Adam Smith, durch Gewerbefreiheit und Wettbewerb würde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden werden, nicht erfüllen würde. Marx, den der Ökonom John Maynard Keynes ebenfalls zu den Klassikern zählt, kam jedoch kaum über die Feudal- und Kapitalerkenntnisse anderer Klassiker hinaus. Wie sie begriff er zwar das Grundrenten-Problem, nicht aber das Kapital- und Geldzins-Problem und somit auch nicht die Hauptursache des „Profits" und der Wirtschaftskrisen.

Der entscheidende Fehler in der Kapitalanalyse der Klassiker steckt in ihrer mangelhaften Zinsanalyse. Sie alle waren zwar der richtigen Auffassung, daß der unvermehrbare Boden trotz Wettbewerbs immer eine Rente – d. h. ein arbeitsfreies Einkommen! – für den Grundeigentümer abwerfen würde (die „Differentialrente"); sie glaubten jedoch, der Geldzins könne – ebenso wie der „Profit" der vermehrbaren Produktions- und Gebrauchsmittel (Maschinen, Miethäuser usw.) – bei ausreichendem Wettbewerb „zu jeder beliebigen Tiefe fallen" (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 370), also auch auf Null und darunter.

Da das Geld als Wertaufbewahrungsmittel ebenso eine Vormachtstellung auf dem Markt besitzt wie der Boden, erhält auch der Kreditgeber langfristig und im Durchschnitt eine Rente, einen „positiven Zins", und zwar für die Aufgabe des in dieser „Ersparnis" steckenden „Liquiditätswertes": die „Liquiditätsverzichtsprämie" (siehe J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes). Unternehmer, die Ersparnisse für Investitionszwecke leihen wollen, müssen also immer einen „Profit" aus ihren Investitionen herauswirtschaften, um diese Liquiditätsprämie zahlen zu können: die Rendite, den Kapitalzins als „Äquivalent" des Geldzinses.

Der Geldzins läßt sich zwar nur realisieren, wenn Profit gemacht wird, da haben die Marxisten recht, und das bezweifelt auch niemand. Die Forderung des Geldgebers zwingt aber die Unternehmer – einschließlich die kollektivistischen! –, Profit auf jeden Fall zu erwirtschaften, denn: ohne Zins kein Kredit. Das Versprechen, Zins zu zahlen, geht also jeder fremdfinanzierten Investition und somit auch dem Profit voraus. Der Geldzins ist also nicht einfach ein Abfallprodukt des Profits, der unabhängig vom Kreditzins erwirtschaftet und gegebenenfalls mit dem Geldgeber geteilt wird, wie Marx und andere Klassiker glaubten. Der Profit ist wesentlich Kapitalzins, und dieser ist – wie bereits die Anarchisten P. J. Proudhon und J. S. Gesell festgestellt hatten und der „bürgerliche" Ökonom J. M. Keynes bestätigt hat – eine Folge des Geldzinses, und der Geldzins ergibt sich aus der Vormachtstellung des Geldes auf dem Markt. Er belastet die Preise der Produkte und Dienstleistungen ganz erheblich und reduziert die Einkommen aller Produzenten: die der Lohnarbeiter, Kleinunternehmer, Bauern, Genossenschaftler usw. (siehe Helmut Creutz in Creutz, Suhr, Onken, Wachstum bis zur Krise?). Die Nutznießer sind die unverschuldeten Kapitaleigentümer und die Finanzkapitalisten. Das ist der Kern einer Kapitalanalyse, die über die der Klassiker (und Neoklassiker) hinausgeht.

Der Einsicht, daß der Zins langfristig und im Durchschnitt immer positiv sein muß, ist Marx allerdings sehr nahe gekommen, wenn er eine wichtige Ursache für die Vormachtstellung des Geldes vor den übrigen Waren folgendermaßen erklärt: „Keiner kann (seine Waren; K. S.) verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar (mit dem eingetauschten Geld; K. S.) zu kaufen, weil er selbst verkauft hat." Er kann das eingenommene Geld also „horten" (Gesell)! Das schließt „die Möglichkeit der Krisen ein" (Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 127 u. 128). Diese „ersparten" (Keynes) „Geldschätze" (Engels), diese „Liquiditäten" (Keynes) werden nur gegen eine „Liquiditätsverzichtsprämie" (Keynes), den Zins, zur Verfügung gestellt. Nur dann sind Investitionen und Konjunktur gesichert. (Siehe Dieter Suhr, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie.)

Weichenstellung in die Sackgasse

Statt jedoch aus dieser an die Wurzel des Kapital- und Krisenproblems gehenden Erkenntnis die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen und die Ursachen der Ausbeutung und Krisen in der Zirkulations- und Kreditsphäre zu suchen – das paßte nicht in Marxens kommunistisches Konzept –, suchte er sie im Produktionsbereich und formulierte dementsprechend (u. a.) seine skurile Mehrwert-Theorie (siehe dazu Klaus Schmitt in Silvio Gesell – „Marx" der Anarchisten?, S. 148ff.).

Damit waren die Weichen vom ursprünglich libertären, marktwirtschaftlich und allenfalls kleingruppen-kommunistisch orientierten Sozialismus der Arbeiter, Bauern, Kleinunternehmer und Genosssenschaftler zum autoritären Staatssozialismus der faschistoiden Parteibonzen und Staatsbürokraten gestellt (siehe Dudley D. Dillard, Proudhon, Gesell and Keynes, An Investigation of some „Anti-Marxian-Socialist" Antecedents of Keynes'General Theory of Employment, Interest and Money; kann bei mir bezogen werden, Tel.: (030) 782 24 65). Aus dieser Theorie konnten Marx und seine Epigonen nur die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und die zentralgesteuerte „Planwirtschaft" ableiten, ein Konzept, das das durch den Zins verursachte Ausbeutungs- und Krisenproblem ebensowenig zu lösen vermochte wie die kapitalistische Wettbewerbswirtschaft der Liberalen und darüber hinaus die Menschen unter die Knute des Staates und einer Partei zwang. Der Mehrwertanteil Geldzins wurden auch im „realen Sozialismus" an in- und ausländische Kreditgeber gezahlt, die Arbeitslosigkeit wurde durch Unterbeschäftigung der „Lohnsklaven" in den bürokratischen Staatsunternehmen verschleiert und die Volkswirtschaften wurden durch die Staatsbürokratie ruiniert.

Lediglich die Bodenfrage wurde einigermaßen verstanden, die Chance ihrer Lösung jedoch vertan. Einen Teil des im „realen Sozialismus" vergesellschafteten Boden haben noch Kommunisten in der Umbruchphase der DDR an Private verramscht, u. a. an jene Parteibonzen und Stasi-Schergen, die 40 Jahre das „Volk" gegängelt und die Initiatoren der „Wende" terrorisiert haben. Sie sind z. T. noch schnell zu Millionären gemacht worden. (Siehe Spiegel 26 u. 30/1990.) Der empirische Tatbestand der historischen Ergebnisse hat bewiesen, daß Marxens ökonomische „Idee" vom Kommunismus in eine Sackgasse führt. Wir müssen dem Liberalsozialisten Franz Oppenheimer wohl Recht geben, wenn er seinem „Meister" Marx vorwirft, er habe seine Kapitalanalyse so angelegt, daß als Ergebnis nichts anderes herauskommen konnte als das, was er beweisen wollte: die historisch „notwendige" Entwicklung zum „Kommunismus", verstanden als eine gigantische, zentralgesteuerte Produktionsmaschinerie (F. Oppenheimer, Die Reste des Utopismus, in Weder Kapitalismus noch Kommunismus). Wir haben es hier offenbar mit einer Ideologie zu tun, die Wunschdenken rechtfertigen soll, und nicht mit einer Wissenschaft. Marx war wohl weniger der Wissenschaftler, als vielmehr der Advokat (um nicht zu sagen Winkeladvokat) des Kommunismus. (Des Staats-Kommunismus! Zum Kollektivismus und Ur-Kommunismus wird noch einiges zu sagen sein...) ●

(Wird fortgesetzt)

AUFRUF ZUR BUNDESWEITEN

Entrüstet-Daimler-Demo

der Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!" am 17. November 1990 in Stuttgart.

Im Zuge der zahlreichen Veränderungen in Osteuropa deutet sich die Auflösung des »Warschauer Paktes« an. Nato und Bundeswehr verlieren ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, da sich das über Jahrzehnte wirksame Feindbild verflüchtigt. Trotz dieser Entwicklung und vieler Abrüstungsbeteuerungen von Politikern hat sich bei uns wenig getan. So hält die Regierung an den höchsten Verteidigungs- und Rüstungsausgaben in der Nachkriegsgeschichte fest. Zudem stieg 1989 von allen führenden Ausfuhrländern nur der Rüstungsexport der Bundesrepublik in die »Dritte Welt«. Menschenverachtende Regime in aller Welt können auch weiterhin alles, was zur Unterdrückung und Kriegsführung notwendig ist, aus der Bundesrepublik beziehen.

Wir fordern von der Daimler-Benz AG und der Bundesregierung

- den Stopp aller Rüstungsexporte
- die Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Güter
- die demokratische Beteiligung der Gewerkschaften, Kommunen, KonsumentInnen über das »Was« und »Wie« dieser Konversion
- die sofortige Einstellung der Rüstungswerbung
- die Umschichtung des Verteidigungshaushaltes und der Gelder für »Forschung und Entwicklung« zugunsten sozialer und entwicklungspolitischer Projekte
- den sofortigen Stopp des Jäger-90-Programms

Warum gerade Daimler-Benz?

Daimler ist nach der Fusion mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) der Hofliferant der Bundeswehr. Bei fast allen Waffensystemen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist Daimler dabei.

Daimler ist der größte bundesdeutsche Rüstungsexporteur. Im Ausland verbinden viele Menschen den Daimler-Stern mit Unterdrückung und Krieg. Die Herrschenden fahren nicht nur Mercedes, sie statten auch ihre Armeen und Polizeien mit Kriegswaffen und Militär-LKW aus dem Hause Daimler-Benz aus. Krieg, Unterdrückung, Hunger und eine Verschärfung der Schuldenkrise sind die Folgen dieser Geschäfte.

Daimler-Benz verschwendet im Auftrag der Bundesregierung Milliarden an Steuergeldern zur Herstellung von Rüstungsgütern und für militärische Forschung und Entwicklung (Jäger 90). Gleichzeitig fehlen bezahlbare Überlebenstechnologien in großen Teilen der Welt und dringend benötigte Mittel für die Sanierung unserer Umwelt.

Das Daimler-Benz-Management spricht zwar viel von der Umstellung auf zivile Produktion, betreibt aber weiterhin zielgerichtet den Ausbau zu einem der weltweit größten und schlagkräftigsten Rüstungskonzerne. Am »Geschäft mit dem Tod« soll auch in Zukunft gut verdient werden.

Und die Bundesregierung?

Die Bundesregierung fördert und unterstützt den Kurs von Daimler-Benz. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre der alles beherrschende bundesdeutsche Rüstungskonzern Daimler-Benz nicht entstanden. Durch milliardenschwere Aufträge und Subventionen sichert der Bund einen erheblichen Teil des unternehmerischen Risikos für den Umbau der Daimler-Benz-Konzerns vom Automobilhersteller zum High-Tech-Konzern ab. Denn mehr als 40% aller Forschungs- und Entwicklungsgelder des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft fließen in Daimlers Kassen.

Konversion ist nötig und möglich!

Wir wollen EINE WELT, in der alle Völker in freier Selbstbestimmung gut nachbarschaftlich ohne Rüstung zusammen leben können, in der kein Mensch verfolgt wird und Hunger leiden muß. Wir wollen Flüsse und Seen zum Baden, gesunde Luft zum Atmen und bezahlbare Häuser und Wohnungen für alle. Um diese Vision zu verwirklichen, brauchen wir eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, humane Arbeits- und Produktionsbedingungen und eine umfassende Konversion.

Als ersten Schritt begrüßen wir die Absicht der Daimler-Benz AG, den Rüstungsanteil von ca. 10 bis 15% um einige Prozentpunkte zu reduzieren und sich weitere Geschäftsbereiche im zivilen Sektor zu suchen. Das Gebot der Stunde wäre jedoch Konversion, das heißt die vollständige Umstellung auf die Fertigung von sozial und ökologisch verträglichen Produkten unter demokratischer Beteiligung der Betroffenen in den Betrieben und Regionen. Angesichts der Kapitalstärke und der vorhandenen Entwicklungs- und Forschungskapazitäten von Daimler ist dies machbar, wenn es nur gewollt wäre. Arbeitsplätze könnten dadurch auch langfristig gesichert werden!

Daimler braucht Bewegung!

Die Daimler-Benz AG wird sich nicht selbst entrüsten, solange sie mit Rüstung Geld verdienen kann und ihr das Negativimage als Rüstungsriese nicht zur sehr im zivilen Bereich schadet. Auch die Bundesregierung wird nicht ohne Druck den Rüstungsetat einschneidend kürzen. Wenn wir Entrüstung und Konversion wollen, dann brauchen wir Bewegung. Deshalb rufen wir zu einer bunten und unüberhörbaren »Entrüstet-Daimler-Demo« in Stuttgart am 17. November 1990 auf.

Kontaktadresse:
Kampagnen-Büro, Bahnhofstr. 18

DAS VERFLIXTE GELD – 9. FOLGE

Der fatale Zins

Daß der Zins eine zweischneidige Sache ist, der die Mehrheiten ärmer und Minderheiten reicher macht, wurde bereits dargelegt. In welchem Umfang es hier zu Reichtumsakkumulationen und -konzentrationen kommt, machte eine Zeitungsmeldung in diesen Wochen klar: Danach ist die englische Königin mit 21 Mrd. DM Vermögen nicht nur die reichste Frau der Welt, mit Hilfe ihrer Anlageberater hat sie im vergangenen Jahr ihr Vermögen außerdem um 1,4 Mrd. DM vergrößern können, was einem täglichen Zugewinn von 3,8 Mio. DM und einer Durchschnittsrendite von 6,7 Prozent entspricht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Hautnaher ist uns eine Untersuchung des Wirtschaftsmagazins „forbes", das im Juli von 82 bundesdeutschen Milliardären berichtete, die zusammen über die hübsche Summe von 195 Mrd. DM verfügen. Dies entspricht – um es etwas faßbarer zu machen – dem Lebens-Arbeitsverdienst von 195.000 Normalverdienern, wenn man für jeden eine Million ansetzt.

Gehen wir bescheiden von einer 6-prozentigen Verzinsung jener 195 Mrd. aus, dann werden die 82 Milliardärsfamilien in diesem Jahr ohne einen Handschlag um 11,7 Mrd. DM reicher, tagtäglich sind das rund 32 Million DM, was dem Nettoverdienst von 438.000 Arbeitnehmern entspricht! Geht man davon aus, daß jeder Arbeitsleistende ein Drittel seiner Arbeitszeit für die Kapitalrendite schuftet, müssen also rund 1,3 Millionen Arbeitnehmer wegen dieser 82 Milliardäre jeden Tag fast drei Stunden mehr arbeiten als es ihren Bedürfnissen bzw. ihrem Lebensrahmen entspricht.

Besonders problematisch ist, daß sich die Vermögen bei 6 Prozent Verzinsung alle 12 Jahre verdoppeln, d.h. in 24 Jahren vervierfachen und in 36 Jahren verachtfachen, wie das bereits in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Da aber, trotz aller Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt, die Leistung und damit die Arbeitseinkommen zweimal langsamer als die Sachvermögen und dreimal langsamer als die Geldvermögen zunehmen, kann man sich die Folgen selber vorstellen.

Was ist und soll der Zins überhaupt?

Der Zins wird häufig als „Preis des Geldes" bezeichnet. Da man Geld jedoch nicht verkauft, sondern normalerweise gegen Güter und Leistungen eintauscht, und – wenn man zuviel davon hat – verleiht, ist die Bezeichnung „Preis" unzutreffend. Die Bezeichnung „Leihgebühr" trifft aber auch nicht die Sache, weil man solche Leihgebühren normalerweise nur für Dinge fragt, die dem Verschleiß unterliegen. Bei Sachen jedoch, die man nach der Leihzeit gleichwertig zurückerhält (z.B. ein Pfund Mehl oder einen Zentner Saatkartoffeln, die man übrig hatte), sind im allgemeinen keine Leihgebühren üblich. Es sei denn, der Vorgang ist für den Verleiher mit Nachteilen verbunden bzw. mit der Aufgabe eines Vorteils. Das ist beim Verleihen von Geld der Fall. Denn mit dem Verleih überschüssigen Geldes verzichtet der Geldgeber auf die Vorteile der Freizügigkeit, des jederzeit Kaufen- und Disponierenkönnens, die mit Geldhaltung verbunden sind. Keynes spricht vom „Liquiditätsvorteil", den der Geldhalter nicht ohne Belohnung aufgibt. Deshalb bezeichnet man den Zins zutreffend auch als „Liquiditätsverzichtsprämie".

Machen wir uns diesen Liquiditätsvorteil einmal an einem Beispiel klar: Drei Wanderer kommen abends hungrig in ein Dorf. Der eine hat noch einen 20-Markschein in der Tasche, der zweite hat unterwegs einen Korb Pilze gesammelt, der auf dem Markt mindestens 20 Mark bringt, und der dritte lobt seine Fähigkeit, mit einer Stunde Holzhacken mehr als 20 Mark verdienen zu können. Der erste wird keine Schwierigkeiten haben, im Dorfgasthof sein Essen zu bekommen. Ob der zweite für seine Pilze einen Abnehmer findet, ist fraglich. Wenn nicht, kann er die Pilze am nächsten Tag auf den Abfallhaufen werfen. Und der dritte im Bunde hat es gewiß noch schwerer, zu einem Arbeitgeber und damit zu seinem Essen zu kommen.

Obwohl das Geld eigentlich nur ein Tauschhilfsmittel und in dieser Rolle ein Äquivalent der Güter und Leistungen sein soll, ist es aufgrund seiner Liquidität, und weil es jeder gerne annimmt, in Wirklichkeit den Gütern und der Arbeit überlegen. Außerdem kann derjenige, der Geld übrig hat, beliebig lange warten. Wer Güter produziert, muß sie dagegen immer loszuschlagen versuchen. Nicht nur weil sie alt, unmodern oder schlecht werden können (siehe unsere Pilze), sondern auch, weil ihre Haltung, im Gegensatz zu Geld, mit Lagerkosten verbunden ist, die den erhofften Gewinn mit jedem Tag schwinden lassen. Noch mehr steht derjenige unter Druck, der von seiner Arbeit lebt. Er kann gar nicht warten, da er schnell verhungern würde.

Dieser Vorteil des Geldes ist also das, was sich derjenige belohnen läßt, der es einem anderen überläßt, obwohl er diesen Vorteil, der dem Geld gewissermaßen von seiner Konstruktion her anhaftet, selber „geschenkt" bekommt. Der Zins ist also zusammen mit dem Geld und seinen Vorteilen in die Welt gekommen.

Welche Aufgabe hat der Zins?

In der Volkswirtschaft gilt der Zins mit seiner schwankenden Höhe als ein Indikator der gegebenen Geld- bzw. Kapitalmarktlage. Außerdem wird der Zins als Lenkungsinstrument bezeichnet, daß das Geld in die wirtschaftlich sinnvollste Anlage leitet. Vor allem aber sorgt der Zins dafür (und hier liegt das Problem), daß diejenigen, die Geld übrig haben, es anderen leihweise überlassen. Der Zins ist also das „Zuckerbrot", mit dem man das für die Wirtschaft unverzichtbare Geld wieder in den Kreislauf zurücklockt.

Für die beiden erstgenannten Aufgaben ist die Zinshöhe an sich ohne Belang. Als Knappheitsindikator und Lenkungsinstrument funktioniert der Zins auch um null herum, ja sogar – wenn Geld im Überfluß angeboten wird – bei Minusgrößen. Als Umlaufsicherungsinstrument jedoch läßt seine Wirkung mit sinkender Höhe nach. Das heißt, was volkswirtschaftlich wünschenswert wäre, um die zinsbedingten Folgen zu verringern, würde zu anderen Problemen führen, nämlich zu einer verstärkten Geldzurückhaltung und damit zu einem Austrocknen der Wirtschaft. Denn wenn die Liquiditätsverzichtsprämie den Geldhaltern nicht mehr hoch genug erscheint, rücken sie „ihr Geld" nicht mehr heraus. Das heißt, mit sinkendem Zins nimmt die Bereitschaft zur Geldfreigabe ab. Dieser Effekt läßt sich statistisch nachweisen: Jedesmal, wenn die Zinsen fallen (was meist im Gleichschritt mit der Inflation geschieht), nimmt die liquide Geldhaltung zu, sowohl bei kurzfristigen Bankeinlagen als auch im Bargeldbereich. Entsprechend geht das Angebot von Geld für langfristige Kredite zurück, und damit kommt der Zinssatzrückgang zum Stillstand. So ist beispielsweise in der Bundesrepublik der Kapitalmarktzins (das ist der Zins, den man für langfristige Geldhergaben erhält) seit 1950 noch nie deutlich unter die 6-Prozent-Marke gefallen, selbst dann nicht, wenn die Inflation – wie 1986 – unter die Nullgrenze ging.

Grundsätzlich wird zwar die Zinshöhe von Angebot und Nachfrage bestimmt, aber diese Marktkräfte werden durch Angebotszurückhaltung außer Kraft gesetzt, wenn der Zins zu tief zu fallen droht. Während bei den Gütermärkten die Knappheitsgewinne mit den Sättigungen der Märkte gegen Null tendieren, kann sich das Geld vom Markt zurückziehen und damit eine künstliche Knappheit schaffen, auch dann, wenn wir – wie seit langem der Fall – förmlich in Geld schwimmen. Erscheint den Geldhaltern die Freigabeprämie nicht mehr hoch genug, halten sie „ihr Geld" nicht nur zurück, sondern steigen in spekulative Anlagen um und lassen beispielsweise die Aktien- oder Wechselkurse verrückt spielen. Aber selbst wenn sie vorübergehend ganz auf Zinsen und Gewinne verzichten, zahlt sich dieses Zuwarten „morgen" durch steigende Zinsen wieder aus. Aber auch normale Geldhalter reagieren auf die Zinshöhe. Sie lassen bei niedrigen Zinsen eher einige tausend Mark in der Kasse liegen, nicht aus Spekulationssucht, sondern ganz einfach, weil sich der Weg zur Bank nicht lohnt.

Wann und wo ist der Begriff „Zins" zutreffend?

Im Gegensatz zu den technischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen ist die Begriffsvielfalt im Bereich der Volkswirtschaft und noch mehr in dem des Geldes oft verwirrend. Profit, Gewinn, Überschuß, Rendite, Mehrwert und Zins werden – zumindest in der Theorie – häufig verwechselt oder durcheinandergeworfen. In der Praxis bleiben nur zwei davon übrig, nämlich Zins und Gewinn. Dabei sind die Zinsen eine feste Größe, die auf das eingesetzte Kapital bezogen ist. Der Gewinn ist der Überschuß, der in der Einnahmen-Ausgabenrechnung als positive Größe verbleibt. Ist die Differenz negativ, liegt ein Verlust vor. Gewinne bzw. Verluste werden normalerweise auf den Umsatz bezogen in Prozenten ausgedrückt.

Die Zinsen, die Kosten für das Kapital, gehen in die Kalkulation der Preise genauso ein wie die Kosten für das Material und das Personal. Daß heute immer noch die Eigenkapitalverzinsung im Gewinn verschwindet und nur die Fremdkapitalverzinsung ausgewiesen wird, trägt nicht nur zur Verwirrung bei, sondern verhindert auch sachgerechte Vergleiche zwischen den Betriebsergebnissen verschuldeter und unverschuldeter Unternehmen. Bei alternativen Betrieben liegt hier oft die Quelle der versteckten Selbstausbeutung. Dafür ein Beispiel: Fünf arbeitslose Tischler, von denen jeder 20.000 Mark erspart hat, machen damit eine eigene Werkstatt auf. Am Jahresende ergibt die Ausgaben-Einnahmerechnung, in die sie auch ihren normalen ausgezahlten Lohn hineinnehmen, einen Überschuß von 4.000 Mark. Sie freuen sich und halten das Ergebnis ihres Tuns für erfolgreich. In Wirklichkeit können sie diese schwarze Zahl nur schreiben, weil sie die entgangenen Zinsen bei der Bank vergessen haben. Und hätten sie sich die 100.000 Mark für 7 Prozent Zins leihen müssen, hätten sie mit einem Minus von 3.000 Mark abgeschlossen. Vermeidbar wäre der Verlust nur bei einer Kürzung ihrer Löhne gewesen.

Zins ist also Einkommen aus Kapitalbesitz. Dabei überträgt sich die Geldzinshöhe auf den Sachkapitalzins. Denn wer wird wohl bei einem Bankzins von z.B. 6 Prozent sein Geld abheben und in eine Sachanlage stecken, wenn sie weniger Zins als bei der Bank erbringt? Das heißt, der Geldzins gibt den Sachkapitalzins vor. Er ist die Schwelle und Hürde vor jeder Investition. Erst mit sinkendem Geldzins werden Investitionen möglich, die vorher keine ausreichende Verzinsung erbrachten, so sinnvoll und notwendig sie auch sind. Mit sinkendem Geldzins muß auf gesättigten Gütermärkten aber auch der Sachkapitalzins sinken. Denn welcher Hauswirt kann noch in der Miete eine 6-prozentige Kapitalverzinsung fordern, wenn jeder Mieter bei der Bank eine Hypothek für 3 Prozent bekommt und sich damit eine Eigentumswohnung kaufen kann? – Die eigentliche Ursache der Ausbeutung liegt also nicht im Produktions- sondern im Zirkulationsbereich. Verständlich, daß der marxistische Weg zum Sozialismus zum Scheitern verurteilt war.

Sind alle Kreditkosten Zinsen?

Zins ist das, was der Kapitalbesitzer für den Einsatz oder das Verleihen seines Geldes erhält. Bekommt man für eine Termineinlage bei der Bank oder für ein Wertpapier im Jahr z.B. 4 Prozent, so sind das – stabiles Geld vorausgesetzt – Zinseinkünfte. Ist die Kaufkraft des Geldes nicht stabil oder wird ein inflationärer Kaufkraftverlust befürchtet, wird der Einleger sein Geld nicht für 4 Prozent freigeben, sondern z.B. einen zusätzlichen Aufschlag von 3 Prozent fordern, um den Inflationsverlust auszugleichen. Dieser Inflationsausgleich wird meist undifferenziert dem Zins hinzugezählt, obwohl es sich dabei um kein leistungsloses Einkommen handelt, sondern um die Neutralisierung eines Verlustes, der sich sonst als Gewinn für den Kreditnehmer ausgewirkt hätte. Zins und Inflationsausgleich zusammen werden heute im allgemeinen als „Nominalzins" bezeichnet, der Nominalzins abzüglich Inflationsausgleich als „Realzins". Für den Geldgeber ist nur dieser Realzins von Interesse und Belang. Für den Geldleiher aber ist der Nominalzins der entscheidende Betrag, denn in dieser Höhe muß er Einnahmen erwirtschaften und abführen, auch dann, wenn er selber seine Preise nicht um den Inflationsaufschlag erhöhen kann. Steigende Zinsen – ob markt- oder inflationsbedingt – führen also sehr schnell zu Investitionsverzögerungen oder -rückstellungen. Wir können das besonders gut auf dem zinsempfindlichen Wohnungsmarkt verfolgen.

Zu den (schwankenden) Zinsen und Inflationsausgleichaufschlägen, muß der Kreditnehmer – sofern er eine Bank in Anspruch nimmt – jedoch noch mehr bezahlen, nämlich den Vermittlungsaufschlag der Bank, die sogenannte Bankmarge. Auch diese Bankmarge wird fast immer in den Zinsbegriff hineingenommen, obwohl sie damit nur insoweit zu tun hat, wie darin die Verzinsung des Bank-Eigenkapitals enthalten ist.

Die Bankmarge, die im Schnitt aller Kredite etwa bei 3 Prozent der Kreditsumme liegt, besteht etwa zu zwei Dritteln aus Sachkosten, vor allem solchen für das Personal und die Gebäude. Einbegriffen ist weiterhin ein Risikoanteil, mit dem die Bank sich gegen solche Verluste absichert, die bei Zahlungsunfähigkeiten von Kreditnehmern entsteht. Dieser Risikoaufschlag ist natürlich sehr unterschiedlich und hängt vor allem von den Sicherheiten ab, die ein Kreditnehmer bieten kann. Bei erststelligen Hypotheken schlägt er kaum zu Buche, bei riskanten Krediten ist er umso höher. Die unterschiedlichen Bankmargen werden jedoch noch mehr von dem Arbeitsaufwand bestimmt, der mit Einlage bzw. Krediten verbunden ist. Kleinere und kurzfristig laufende Kredite, vor allem solche, die mit vielen kleinen Zahlungen abgestottert werden, wie Konsumentenkredite, sind darum besonders teuer, langfristig laufende große Kredite entsprechend billiger.

Der Bankgewinnanteil aus dem Kreditgeschäft liegt durchschnittlich etwa bei 0,5 bis 1 Prozent der Kreditsumme im Jahr, vor Steuern gerechnet. Nach Steuern reduziert er sich auf knapp die Hälfte.

Fazit und Forderungen

Der Zins stellt eine Belastung der Arbeitsleistenden zugunsten der Besitzenden dar. Diese Belastung ist umso höher, je höher die Zinssätze sind. Auch ein Anstieg der Zinsen durch inflationäre Kaufkraftverluste des Geldes vergrößert die Probleme in der Wirtschaft, auch wenn es sich bei der Erhöhung „nur" um einen vordergründig neutralen Inflationsausgleich handelt. Willy Brandt hat Anfang der 80er Jahre den Hochzins einmal als „mörderisch" bezeichnet und damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Allerdings „mordet" nicht nur der hohe, sondern auch der normale Zins, nur dauert es dabei etwas länger.

Ziel jeder Volkswirtschaft, die Stabilität und soziale Gerechtigkeit anstrebt, müßte es also sein, den Zins möglichst nach unten zu drücken. Bei diesem Bestreben müssen wir auf zwei Ebenen ansetzen: Zum einen bei der Kaufkraftstabilität des Geldes, um den Inflationsaufschlag zu verringern bzw. zu überwinden, zum anderen bei der Möglichkeit, Geld künstlich zu verknappen und aus der Knappheit einen leistungslosen Gewinn zu ziehen.

Für beide Aufgaben ist letztlich die Notenbank zuständig. Durch eine präzise Steuerung der Geldmenge und des Geldumlaufs können inflationäre Entwicklungen verhindert werden. Durch rechtliche Anpassung der Geldordnung an diejenige der übrigen öffentlichen Einrichtungen kann der Mißbrauch des Geldes als Spekulations- und Herrschaftsmittel eingegrenzt bzw. aufgehoben werden. Die heutige Regelung, daß jeder, der einen Geldschein in die Hand bekommt, daran Eigentum erwirbt, ist Anachronismus und war allenfalls beim Gold- und Silbergeld vertretbar, dessen Wert in sich gegeben und das damit selber eine Ware war.

Das wichtigste öffentliche Verkehrsmittel kann – wenn es funktionieren soll – nicht gleichzeitig privates Eigentum sein; das „alleinige gesetzliche Zahlungsmittel" nicht gleichzeitig privates Spekulationsmittel, aus dem man ohne Leistung Einkommen beziehen kann. Das Geld, „das Blut der Wirtschaft", muß zu Störungen führen, wenn jeder das Recht hat, es zu blockieren und andere an der Nutzung zu hindern. Unser Geld steht zwar gesetzlich unter Annahmezwang, das heißt, jeder, der an einen anderen eine Forderung hat, muß es zum Ausgleich annehmen, es fehlt aber das „zweite Bein", nämlich der Weitergabezwang, der allein den Kreislauf verstetigt und das Geld zu einem neutralen Tauschvermittler macht, aus dem allenfalls solange ein knappheitsbedingter „Leihpreis" zu erzielen ist, wie die Nachfrage nach Krediten über dem Angebot liegt. Eine darüber hinausgehende Zinserpressung durch künstliche Verknappung des Angebotes widerspricht nicht nur den Marktgesetzen, sondern muß aus einfachen mathematischen Gründen auf Dauer zu einer Selbstzerstörung der Wirtschaft und Gesellschaft führen. ●

Eine Liste der Bücher und Schriften von Helmut Creutz wie auch anderer Veröffentlichungen zu Geld-, Wirtschafts- und Bodenordnungsfragen kann gegen Freiumschlag bezogen werden bei:
Versand Reinhold Hug
Werner-Voß-Damm 54
1000 Berlin 42

KURZMELDUNG

Neue Arbeit Saar GmbH

Technische Beratung nun auch für Beschäftigungsprojekte der Jugendhilfe – bundesweit und kostenlos –.

Gefördert durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, gibt es seit einigen Monaten die Zentrale Entwicklungsgentur, kurz ZEA genannt. Träger ist die Neue Arbeit Saar gGmbH in Saarbrücken.

Mit der Zentralen Entwicklungagentur steht erstmalig im Bundesgebiet den Trägern von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten für arbeitslose Jugendliche eine Technologieberatung zur Verfügung.

Neben der Beratung zu technischen Fragen aus den traditionellen handwerklichen Beschäftigungsfeldern hat sich diese neue Einrichtung auch personell auf ein energietechnisches und ökologisch orientiertes Beratungsangebot spezialisiert. Jugendbeschäftigungsprojekte erhalten hier also auch technischen Rat bei der Planung von Vorhaben in folgenden Bereichen:

- ökologische Humanisierung / Verfahren und Baustoffe
- ökologische Haustechnik / Wasser und Abwasser
- energiesparende Heizung und Lüftung / auch Kollektoren
- dezentrale Energieversorgung / Wärmekraftkoppelungen
- Niedrigspannungsanlagen / Photovoltaik und Windkraft
- Abfallbeseitigung / Rückführung von Wertstoffen
- Verfahrenstechniken in der Metall- und Holzverarbeitung

Abhängig vom jeweiligen Planungs- und Sachstand im Projekt kann die Beratung erfolgen als:

- kurzfristige Auskunft zum jeweiligen Problem
- mittelfristige Hilfe durch Erarbeitung von Konzepten
- längerfristige Hilfe bei der Projektentwicklung oder der Produktfindung und -vermarktung inclusive persönlicher Beratung vor Ort.

Die technische Beratung wird unterstützt durch den 2. Arbeitsschwerpunkt der ZEA – die Datenbank für Träger von Jugendbeschäftigungsprojekten. Diese wird künftig bundesweit planungsrelevante Informationen bereitstellen z.B. zu Fragen wie:

* Adressen vergleichbarer Projekte und Einrichtungen
* Projektkonzeptionen und neue Beschäftigungsfelder
* Gesetzliche Grundlagen (Steuer- und Handelsrecht
* Finanzierungsrichtlinien (EG, Bund, Länder)

Anfragen zur Technologieberatung telefonisch oder schriftlich an:
Neue Arbeit Saar gGmbH, Zentrale Entwicklungsagentur
Bertha-von-Suttner-Str. 1, 6600 Saarbrücken
Ansprechpartner:
Dipl.-Ing. Peter Wucherpfennig
☎ (0681) 8 19 07-39

JOBS

DO: In selbstverw./selbstorg. Bildungswerk (anerk. Einr. der Erwachsenenbildung) ist noch eine von drei h.a. unbefr. Stellen zu besetzen. Wir zahlen ein Gehalt von 2.800,– DM brutto. Aufgabenbereiche u.a.: Betreuung der Kurse und Bildungsurlaube, Geschäftsf. u. Verw., Planung von Kurskonzepten, zweimalige Programmerstellung im Jahr u. Öffentlichkeitsarbeit. Umfangreiche EDV-Kenntnisse sind erforderlich. BewerberInnen senden ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen an das Kommunikative Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

Dringend
Mitarbeiter/in für unsere Kantine gesucht !!!
Unsere Kantine verpflegt zwei selbstverwaltete Betriebe, mit insgesamt 30-35 Personen täglich.
Wir suchen für unsere Kantine, ab sofort, eine/n weitere/n Mitarbeiter/in. Es handelt sich um ein Arbeitsvolumen von ca. 20 Std. in der Woche.
Sie/Er wird in einem Team arbeiten, in dem die Aufgaben und die Arbeitszeit nach Anforderung und persönlichen Wünschen abgesprochen werden. Sie/Er sollte Haushaltserfahrungen mitbringen und selbständig arbeiten können.
Die Vergütung erfolgt Stundenweise.
Bei Interesse rufen Sie uns bitte Mo-Fr. unter der Tel.-Nr. (0621) 15 27 33 an und verlangen Petra Kunz.

Schreinerei in Selbstverwaltung sucht tatkräftige MitarbeiterInnen – möglichst auch als MitgesellschafterInnen.
Elephant Holzwerkstatt GmbH
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Elektrowerkstatt Lübeck sucht Meister(in) zum Eintritt in unseren Selbstverwalteten Betrieb.
☎ (0451) 86 35 92

Wir, die Handwerkergenossenschaft in Mannheim sind ein selbstverwalteter Betrieb (Arbeitsbereiche Schreinerei, KFZ-Werkstatt) mit 20 MitarbeiterInnen und suchen ab Oktober eine/n neue/n **MitarbeiterIn für kaufmännische Arbeiten** in unserem „Zentralbüro". Voraussetzung ist eine kaufmännische Ausbildung bzw. Erfahrung im kaufm. Bereich. Kenntnisse im Steuer-/Bilanzrecht wären gut. Bewerbungen an Handwerkergenossenschaft aG,
Verbindungskanal Linkes Ufer,
6800 Mannheim
☎ (0621) 15 38 53

Bau-Werkgemeinschaft, Frankfurter Betrieb für Altbaumodernisierung, sucht erfahrene Mitarbeiter f. Innenausbau und/oder Heizungsinstallation zur festen oder aushilfsweisen Anstellung.
☎ (069) 54 01 96

JOBSUCHE

Ab 2. Januar '91 möchte ich mich für neue, spannende Aufgaben engagieren!
Ich suche dazu zielorientierten, Selbstverwalteten Betrieb oder Projekt, (Genossenschaft wünschenswert, aber nicht Bedingung), evtl. auch noch im Aufbau, möglichst Rhein-Neckar-Raum. Ich verfüge über langjährige Gruppen- und Berufserfahrung in betrieblicher Selbstverwaltung, bin technisch und kaufmännisch ausgebildet (KFZ-Mechaniker - FS.KL.II - und praktischer Betriebswirt) und gewohnt, zielsicher und selbständig im Team zu arbeiten. Bisheriger Tätigkeitsschwerpunkt: demokratische Betriebsorganisation, Rechnungswesen mit EDV-Kenntnissen, Buchhaltung mit Steuerwesen, verantwortliche kaufmännische Betriebsführung mit Kenntnissen und Erfahrungen im Genossenschafts- und Handelsrecht.
Hubi Cramer, Verbindungskanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25 (tagsüber); (0621) 15 45 42 (abends).

Groß- und Einzelhandelskaufmann / Sozialwirt grad., 42J. ledig, ortsungebunden (auch Ausland), spanisch, englisch, vertraut mit allen Bürotätigkeiten und Buchhaltung sucht per sofort verantwortungsvolle Tätigkeit in Betrieb oder Organisation mit partnerschaftlicher Orientierung zur dritten Welt (möglichst Süd/Zentralamerika).
Peter Kost
Karl-Theodor-Str. 14
2000 Hamburg 50

VERKÄUFE

Verkaufe Getreidemühle mit Steinmahlwerk ∅ ca. 40 cm komplett mit Vorratstrichter, E-Motor (16A) auf Palette montiert. Preis VHS.
☎ (0621) 2 16 37, Eberhard verlangen.

WOHNEN

Wir (m, 26, w, 25, m, 3mon.) suchen 2-3 Zi. in Haus- oder Wohngemeinschaft mit Kindern im Raum Köln, Wuppertal, Bergisches Land.
Harry und Barbara
☎ (02222) 6 32 87

PROJEKTE

Gibt es in Portugal Kooperativen, die ökol. Landbau bzw. Weiterverarbeitung betreiben (z.B. Wein) und am Vertrieb ihrer Produkte in Weltläden der BRD interessiert sind? Wer hat Kontakt dazu?
Infos an:
G. Grünklee, Otto-Heise-Str. 2
3163 Sehnde 2

Für den Aufbau eines Lebens- (u. Arbeits)projekts suchen wir Menschen / eigenes Gelände, eigene Betriebe in Planung / Offenheit u. konstruktive Auseinandersetzung in Fragen von Sexualität, Humanität, Ökologie u. Gewaltlosigkeit / gemeinschaftl. Kinderbetreuung, kulturelle u. politische Arbeit / Infos zum Projekt auf gemeinsamen Wochenende am 15./16.9.90 (o. vorab Textsammlung gegen DM 10,00).
Anmeldung bei:
Kooperative '90 e.V.
Sinziger Hof
5167 Vettweiß 4
☎ (02424) 18 66

Selbstverwaltetes Wohn- und Arbeitsprojekt EMMAUS e.V. Stuttgart mit Holzwerkstatt, Gebrauchtmöbelhandel u. Transporte bietet Wohn- u. Arbeitsplatz; z. Zt. 1w u. 5m.
Näheres unter
☎ (0711) 24 05 86 o. 89

SONSTIGES

Verschenke oder spende meine Bibliothek, Politik & Gesellschaft, an gemeinnütziges, öffentliches Bildungsprojekt.
☎ (06131) 20 82 50

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Selbstverwaltetes Übernachtungshaus

sucht zur endgültigen Realisierung ihres Vorhabens GeldgeberInnen und UnterstützerInnen. Das Haus soll Anfang '91 eröffnet werden und ist Bestandteil eines Gewerbehofes mit unterschiedlichen Projekten.

Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- ○ Sie werden stille Gesellschafterin oder stiller Gesellschafter unserer GmbH.
- ○ Sie geben uns ein Darlehen.
- ○ Sie gehen eine selbstschuldnerische Bürgschaft ein.
- ○ Sie beteiligen sich an einer Leihgemeinschaft.
- ○ Sie kaufen im Voraus eine bestimmte Anzahl von Übernachtungen.
- ○ Sie unterstützen unser Projekt durch eine Geldspende.
- ○ Oder Sie haben eine ganz andere Idee, wie Sie uns unterstützen können (vielleicht haben Sie 86 Garnituren Bettwäsche zuviel...).

Bei Interesse interessierende Form der Unterstützung ankreuzen und an:

Schanzenstern GmbH i. Gr., Oelkersallee 64
2000 Hamburg 50, ☎ (040) 439 34 13

TAGUNGSHÄUSER

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere -Lernwerkstatt- hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökolog. Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1 - 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

ALTERSVERSORGUNG

Lebensversicherung & Altersversorgung von den unterschiedlichsten Gesellschaften ganz nach den individuellen Bedürfnissen, wie z.B. die Mehr-Wert-Police, aber auch Rentenversicherung ohne Gesundheitsfragen bietet die **versiko GmbH** – Kollektive Versicherungsagentur –, Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf 12
☎ (02 11) 27 70 11. Ruf doch mal an!

MATERIALMAPPE

Companera Prostituierte
Befreiende Bildungsarbeit mit Prostituierten in Nicaragua
Mit dieser Materialmappe wird ein Erfahrungsbericht aus Nicaragua vorgelegt.
Die Veröffentlichung innerhalb des Arbeitskreises „bewußt:päd./AK Päd. P. Freire" ist deshalb genau passend, weil damit ein besonderes interessantes Beispiel für eine befreiende Pädagogik vorgestellt werden kann.
Aus dem Inhalt:
- ○ Die Voraussetzungen der Prostitution im Lauf der Geschichte
- ○ Zur Prostitution in Nicaragua: ideologische Voraussetzungen, emotionale und psychologische Bedingungen...
- ○ Prostitution vor dem Sieg der Revolution: Eine brutale Form menschlicher Ausbeutung
- ○ Gegenmaßnahmen, die im Rahmen der revoltionären Regierung getroffen wurden
- ○ Darstellung des Projekts mit Einblick in die bewußtseinsbildende Arbeit
- ○ Einblicke in die methodologischen Grundlagen einer befreienden Pädagogik mit Prostituierten
- ○ Einblicke in die Arbeit mit bestimmten Techniken, Codierungen
- ○ Aus der Zusammenarbeit mit der Sandinistischen Polizei, den Massenorganisationen...
- ○ Aktuelle Situation und Perspektiven
- ○ Die Unterdrückungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen ändern...

86 A4-Seiten mit Zeichnungen in Spiralbindung
12 DM incl. Versandkosten
Diese Materialmappe ist nicht über den Buchhandel erhältlich.
Bestellung an die
AG SPAK, Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

LEGEN SIE SICH AN MIT UNS

Wir suchen **AnlegerInnen**, die sich in Form der **Stillen Gesellschaft** an unserem selbstverwalteten Großhandel beteiligen wollen.

10 Jahre eigensinniges Beharren auf kollektiven Eigentums- und Arbeitsbedingungen

= 10 Jahre SELBSTVERWALTUNG

Großhandel mit Produkten (Nicaragua-Kaffee, Tee, Kräuter, Säfte,...), die bestimmten Kriterien genügen, wie - ökologische Verträglichkeit
- gesellschaftliche Nützlichkeit
- möglichst direkter Bezug von ProduzentInnen und AnbauerInnen

Aufklärung über Strukturen und Abhängigkeiten des Handelns mit "Kolonialwaren"
Unterstützung von sozialen und politischen Projekten mittels Spenden hier und anderswo.

Mit Euch und Euren Beteiligungen · Auf in die nächsten 10 Jahre!

Informationen bei:
ÖKOTOPIA GmbH
Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61 · 030-6913064

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8023 Dresden, c/o Initiativdruckerei Micha-Druck, PF 71-01, Hechtstr. 143, ☎ (0037/51) 598 28 44

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Konrad und Paul sind schwul. Konrad und Paul können mitreden. Konrad und Paul lesen magnus.

KONRAD UND PAUL
von Ralf König

Jeden Monat neu in
magnus
Das schwule Magazin

Probeheft gegen 3,– DM in Briefmarken bei:
magnus, Postfach 620560,
1000 Berlin 62

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG «DAS ANDERE EUROPA»

3. überregionales Vorbereitungstreffen der Arbeitsgemeinschaft «Das Andere Europa» vom 29. bis 30. September 1990 im Haus der Demokratie, 7030 Leipzig, Bernhard-Göring-Str. 152.
Information & Anmeldung:
Planungsgruppe Berlin
c/o Friedels Fairsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42

CECOP

Aus Anlaß ihres zehnjährigen Geburtstages organisiert die CECOP in Bologna am 25. und 26. Oktober 1990 Veranstaltungen zu folgenden Themen:
○ Mitarbeiterbeteiligung in Unternehmen
○ Europäische Richtlinien zur Förderung demokratischer Wirtschaftsformen und genossenschaftlicher Betriebe.
Information & Anmeldung:
CECOP
avenue de Cortenbergh 62
B-1040 Bruxelles
☎ (32/2) 736 20 30

ISO

Kollektives Management «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 28.bis 30.9.90
Ort: Frauensee, DDR (Suhl, Thüringen)
Gebühr: 50,– DM
Information & Anmeldung:
ISO (Institut für Selbstorganisation)
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
☎ (069) 738 18 33

Exkursion nach Mondragon
Teilnehmerbeitrag nach Vereinbarung
Termin: 14. bis 20.10.90
Anmeldung: ISO-Büro, s.o.

RAT & PLAN

GeschäftsführerInnenseminar
Sie sind GeschäftsführerIn eines Vereins, einer GmbH? Oder überlegen Sie sich, diese Funktion zu übernehmen? Als GeschäftsführerIn sind Sie Ansprechpartner für alles. Muß das sein? Oder wie organisieren und strukturieren Sie wesentliche Arbeitsabläufe für Ihren Arbeitsplatz in Ihrem Betrieb/Verein?
In der Geschäftsführung sitzen häufig fähige Menschen, die dennoch auf diese Rolle nur unvollständig vorbereitet sind: Delegation und Zentralisation wichtiger Aufgaben, Personalwesen, Vertragsrecht, Haftungsfragen, AGBs, Werbung, Finanzen, Kalkulation und andere Repräsentations- und Planungsaufgaben. In diesem **Rat & Plan**-Seminar geht es um die Vermittlung ausgewählten Grundlagenwissens sowie um den Erfahrungsaustausch zwischen GeschäftsführerInnen.
Beginn und Dauer: Dienstag, 25. Sept. 1990, 9 Uhr
12 Tage á 4 Unterrichtsstunden
Preis: DM 960,00 zzgl. MWSt.
Anmeldung schriftlich bei:
Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50

Einführung in die Buchhaltung
Immer diese leidige Buchhaltung! Gäbe es das Finanzamt nicht, wären Sie diese Sorge los. Machen Sie ihre Buchhaltung wirklich nur für den Staat?
Eine gute Buchführung ist die Grundlage einer vorausschauenden betrieblichen Planung. Im **Rat & Plan**-Kompaktkurs „Einführung in die Buchhaltung" geht es um Belegordnung, Kassenbuch, Amerikanisches Journal, Wareneingangsbuch, Umsatzsteuer und Umsatzsteuervoranmeldung, Betriebsausgaben und Abschreibungen; alle relevanten Informationen für aufzeichnungspflichtige Betriebe.
Termine & Dauer: 21./22.9. o. 23./24.11.90, 12 Unterrichtsstunden
Preis: 131,58 DM zzgl. MWSt.
Anmeldung s.o.

Existenzgründungsseminar
Sind Sie fit für die wirtschaftliche Selbständigkeit? Wissen Sie, woran Sie denken müssen, welche Behörden und Institutionen nach der Gewerbeanmeldung auf Sie zukommen? Wissen Sie, wieviel *Umsatz Sie mindestens machen müssen* und wie Sie Ihr Vorhaben am günstigsten finanzieren?
Auf diese und andere Fragen möchte der Kompaktkurs Antwort geben und Ihnen Techniken vermitteln, wie Sie die Gründung eines eigenen Unternehmens planen können. Der Kurs informiert über die Vorgehensweise bei der Gründungsplanung und über Einzelfragen im Bereich Finanzierung und Gründungsformalia sowie Rechtsform und Steuern.
Termine & Dauer: 14./15.9. o. 16./17.11.90, 12 Unterrichtsstunden
Preis: 131,58 DM zzgl. MWSt.
Anmeldung s.o.

Buchführung II
Dieser Kurs richtet sich vor allem an buchführungspflichtige Betriebe, d.h. Betriebe, die verpflichtet sind, doppelte Buchführung zu machen mit dem entsprechenden Abschluß. Wir werden zum einen die Kenntnisse des Kurses „Einführung in die Buchführung", zum anderen folgende Schwerpunktthemen behandeln:
Kontenrahmen, Forderungen, Verbindlichkeiten, das Konto Privat, Anlagevermögen, Inventur, besondere Kostenkonten, Abschlußarbeiten sowie die Erstellung der Bilanz und G + V.
Voraussetzung ist die Teilnahme am Kompaktkurs „Einführung in die Buchhaltung" oder entsprechende Buchführungskenntnisse.
Termine & Dauer: 1.-3.10. o. 3.-5.12.90, 24 Unterrichtsstunden
Preis: 300,00 DM zzgl. MWSt.
Anmeldung s.o.

KOBI

Projekte und Initiativen erfolgreich initiieren – eine Bildungsurlaubswoche zum Thema Existenzgründung in sozialen und pädagogischen Tätigkeitsfeldern vom 5.11. bis 9.11.90 beim Kommunikativen Bildungswerk in Dortmund.
Themen dieser Woche werden sein:
○ Projektplanung und Projektorganisation
○ Rechtsfragen
○ Finanzierungsquellen und -konzepte
○ Öffentlichkeitsarbeit
○ Durchsetzungsstrategien

Text – Wort – Bild
Öffentlichkeitsarbeit in Projekten und Initiativen in der Woche vom 8. bis 12.10. als Veranstaltung nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz. Gerade wir als Bildungswerk haben in den letzten Jahren bemerkt wie wichtig eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist – die sich insbesondere an breite Bevölkerungsschichten wendet, aber genau*sogut an wichtige andere sogenannte* Multiplikatoren. In dieser Woche werden theoretische Ansätze, konzetionelle und planerische Grundlagen – das „praktische" Handwerkszeug anspruchsvoller Öffentlichkeitsarbeit vermittelt.
Als Inhalte sind geplant:
○ Presse- und Medienarbeit
○ Produktion eigener Materialien – Flugblätter, Plakate, Veranstaltungsprogramme, Broschüren
○ Planungen von Aktionen und Veranstaltungen

Unternehmensplanung und Unternehmensprofil
In diesem dreitägigen Kompaktseminar vom 10. bis 12.10.90 soll es darum gehen, Methoden und Instrumente der strategischen Planung zu vermitteln – speziell für Betriebe und Initiativen die sich aus verschiedenen Gründen konstituiert haben, so daß dieser Bereich der mittel- und langfristigen Planung oft vernachlässigt wurde. Es werden in diesem Seminar auch die Probleme bei der Umsetzung berührt und Möglichkeiten zur Realisierung von strategischer Planung aufgezeigt und mögliche Barrieren untersucht.

Für alle diese Kursangebote kann ein ausführlicher Prospekt beim
Kommunikativen Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23 angefordert werden.

NETZ NRW

NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW in Kooperation mit dem Öko-Bildungswerk Dortmund:

Grafische Gestaltung von Werbung
Eigene Materialien wie Flugblätter, Plakate, Programme und Broschüren sind ein wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit von Initiativen und Projekten.
Wie sie unter grafischen Gesichtspunkten besser und ansprechender gestaltet werden können, soll in diesem Seminar an praktischen Beispielen gezeigt werden.
Termin: Sa. 6.10.90, 10 bis 18 Uhr
Ort: Alte Feuerwache, Köln
Kosten: 30,00 DM ohne Verpflegungskosten

Ökobank in NRW
Seit geraumer Zeit vergibt die Ökobank Frankfurt auch Kredite in Nordrhein-Westfalen. Da die Ökobank sich besonders an selbstverwaltete und ökologisch orientierte Betriebe wendet (z.B. durch Förderkredite und Projektsparbriefe), *soll in diesem Seminar der Frage nach*gegangen werden, wie sich diese Orientierung im Alltag der Kreditvergabe ausdrückt, was die Kriterien für „Selbstverwaltung" und „Ökologie" sind und mit Hilfe welcher Gremien die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.
Termin: Auf Anfrage
Ort: WDÖFF, Bonn
Kosten: 40,00 DM zzgl. Unterk. & Verpflegung: 110,00 DM

Anmeldung an:
Öko-Bildungswerk e.V.
Huckarderstr. 12
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 16 24 76

MEDIEN

SYPSOS

Mit Computern Gegenöffentlichkeit schaffen. Vernetzung dezentral und international.
vom 5. bis 7.10.90 in Nürnberg
Anmeldung & Information:
Kommunikation und neue Medien
Postfach 19 05 20
8000 München 19

ANARCHISMUS

WETZSTEIN E.V.

Anarchistische Tage in München
Weil sich im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe Nov. 88 bis Mai 89 (70 Jahre) Revolution und Räterepubliken in München 1918/19 gezeigt hat, daß zum Stichwort Anarchie viele konfuse & falsche Meinungen herrschen, haben wir im Wetzstein e.V. beschlossen, dagegen politische Bildung zu setzen.
Einstimmung soll ein Vor-Abend am 7. November geben: ein Abendessen im „Stragula" (Voranmeldung!)
Freitag 16. Nov. abends starten wir dann mit einem Bücher- & Theorie-Abend: Literaten & Leitfiguren, KämpferInnen & Ideen...
Samstag 17. Nov. nachmittags ein Projektemarkt, auf dem nicht nur Münchener Projekte & Betriebe, sondern auch Ideen & Ansätze aus anderen Gebieten vorgestellt werden sollen. Abends Kultur.
Sonntag 18. Nov. nachmittags eine Zukunftswerkstatt zum Szeneleben (nicht nur) in München. Hindernisse, Utopien, neue Projekte...
Eine Abendmesse der hl. Inquisition.
Montag 19. Nov. vormittags Pressekonferenz, abends Auswertung & Ausblick.
Noch suchen wir den passenden Ort: Wer Lust hat, mitzuarbeiten, wird gerne zu unserem Plenum eingeladen:
Wetzstein e.V., Fritz Letsch
Pariserstr. 23, 8000 München 80

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

GESUNDHEIT

BürgerInnen-Beteiligung im Gesunde-Städte-Netzwerk der BRD
Fachtagung vom 14.-16.9.90 im Haus der Jugend, Frankfurt/Main. „Bürgerbeteiligung" ist ein wesentliches Element in der Konzeption von Gesundheitsförderung wie sie die Weltgesundheitsorganisation wegweisend formuliert. Von ihr wird auf nationalen und internationalen Kongressen viel gesprochen. Wie steht es aber mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der konkreten Praxis der Städte und Kreise, die dem „Gesunde-Städte-Netzwerk" in der BRD angehören? Welche Hindernisse stehen der BürgerInnen-Beteiligung im Wege?
Mit dieser Fachtagung wollen wir eine Bestandsaufnahme der tatsächlichen Beteiligung von BürgerInnen an der öffentlichen politischen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einleiten. Eingeladen sind vor allem Bürger und Initiativen aus Städten und Kreisen, die dem Gesunde-Städte-Netzwerk beigetreten sind und sich damit öffentlich zur Förde*rung der BürgerInnen-Beteiligung bekannt und verpflichtet haben.* Auch die Arbeit verschiedener SozialforscherInnen zum Thema soll in die Fachtagung einfließen. Gleichzeitig wollen wir auch das Schwerpunktthema eines bundesweiten Kongresses vorbereiten, der vom 22.-24.10.90 in Nürnberg vom Gesunde-Städte-Netzwerk durchgeführt wird und dessen Hauptthema „BürgerInnen-Beteiligung" sein soll.
Information & Anmeldung:
GesundheitsAkademie
Braunschweiger Str. 53b
2800 Bremen 1
☎ (0421) 498 86 34

SONSTIGES

Die bayerischen Eltern-Kind-Initiativen bereiten ein «Spektakel» vor.
Auf der ganztägigen Veranstaltung am 6.10.90 in Nürnberg stellen sie ihre Arbeit vor und machen auf die Chancen und Möglichkeiten der selbstorganisierten Kinderbetreuung aufmerksam.
Bei einer Podiumsdiskussion mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung soll über die Probleme und Perspektiven der Initiativen gesprochen werden. Ein kulturelles Rahmenprogramm für und von Eltern und Kinder sorgt für Unterhaltung.
Information:
Die Mitarbeit in Bayern e.V.
Elsässer Str. 13, 8000 München 80
☎ (089) 48 63 43

AG SPAK

Arbeitsbereich Stadtteilarbeit

Studentische Wohnungsnot
21. bis 23.9.90, in Düsseldorf
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
☎ (089) 77 40 77

Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen

«Die Pflegesituation behinderter Menschen in der DDR im Vergleich zur BRD»
Viele pflegebedürftige Menschen in der DDR leben in Sondereinrichtungen oder bei ihren Familien. Ambulante Dienste sind nicht vorhanden. Bislang gab es eine einkommensunabhängige finanzielle Absicherung, die nach Abschluß des Staatsvertrages wegfällt.
Das Seminar soll die Gelegenheit für einen Erfahrungsaustausch bieten. Es soll Ansätze zu einer Verbesserung behinderter Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, sowohl in der DDR als auch in der BRD aufzeigen.
Termin: 21. bis 23.9.90, Jugendherberge Melsungen
Anmeldung & Information:
über AG SPAK, s.o.

«Was tun nach dem Studium? – sich selbst Arbeitsplätze schaffen»
Termin: 27. bis 30.9.90
Anmeldung & Information:
über AG SPAK, s.o.

«Brauchen wir ein zweites Krüppeltribunal?»
Vom 19. bis 21. Oktober 90 in der Jugendherberge Nürnberg
1991 geht die Dekade der Behinderten zu Ende. Es ist dies ein Anlaß, nachzuschauen, was sich zwischenzeitlich an gesellschaftlichen Veränderungen für Behinderte ergeben hat. Es sind neben einigen Verbesserungen im schulischen und pflegerischen Bereich vermehrt Angriffe auf das Lebensrecht behinderter Menschen zu bemerken. Brauchen wir ein zweites Krüppeltribunal, um diese behindertenfeindlichen Tendenzen zusammenzutragen und damit an die Öffentlichkeit zu gehen?

ÖKOLOGIE

AGÖF

Ökologischer Stadtumbau
AGÖF-Fachkongreß vom 12. bis 13.9.90 im Festspielhaus Recklinghausen.
Information & Anmeldung:
Rheinisches Institut für Ökologie
Melchiorstr. 14
5000 Köln 1
☎ (0221) 73 00 59

FRAUEN

UMDENKEN

Wirtschaftswissen für Frauen. «Mit der Marktwirtschaft auf Du und Du».
Termin: ab 2.10.90, 5 Abende, wöchentl. Di., 19.30 Uhr
Information + Anmeldung: Umdenken, Politisches Bildungswerk e.V.
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50
☎ (040) 389 52 70

ökowerk

Weiterbildung für den Betrieb

München: Werbung, Werbung!
Marketingkommunikation in selbstverwalteten Betrieben.
Samstag, 29. September 1990 im Selbsthilfezentrum

Berlin: Die DATEV-BWA, das unbekannte Wesen oder die betriebswirtschaftliche Auswertung richtig gelesen.
Samstag, 13. Oktober 1990 im Mehringhof

Hamburg: Rechtliche Probleme rund um die GmbH
Samstag, 3. November 1990 im Netzwerk

Frankfurt: Betriebliche Finanzplanung
– sind öffentliche Kredite sinnvoll?
Samstag, 17. November 1990 in der Ökobank

Es wird ein Kostenbeitrag von DM 50,- für Mitglieder und DM 100,-für Nichtmitglieder erhoben.

Information und Anmeldung bei:
Ökowerk e.V.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12
☎ (0211) 27 23 95

e.V.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.